



Konsolidierter Jahresfinanzbericht 2012

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorstands.....	5
Bericht über die Lage des Konzerns 2012	11
A) Geschäfts- und Rahmenbedingungen	11
1. Organisatorische und rechtliche Struktur	11
<i>Operativ tätige Tochterunternehmen</i>	11
<i>aap Biomaterials GmbH</i>	11
European Medical Contract Manufacturing (EMCM) B.V.	11
ADC Advanced Dental Care GmbH	11
<i>Beteiligungen</i>	12
AEQUOS Endoprothetik GmbH.....	12
<i>Organe</i>	12
Vorstand	12
Aufsichtsrat.....	12
2. Segmente.....	13
3. Wichtige Produkte und Geschäftsprozesse.....	13
4. Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbspositionen	13
5. Wesentliche rechtliche und wirtschaftliche Einflussfaktoren	15
6. Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten	15
7. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen	18
B) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage.....	19
Abschluss oder Beendigung von Kooperationsvereinbarungen und anderen wichtigen Verträgen	19
Ertragslage	20
(1) Darstellung Ergebnisentwicklung/Ergebnisstruktur	20
(2) Analyse der bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren	22
(3) Entwicklung von Umsatz- und Auftragslage	23
(4) Wesentliche Änderungen in der Struktur einzelner Aufwendungen und Erträge.....	26
Finanzlage	28
Vermögenslage	29
C) Nachtragsbericht	31
D) Risikobericht.....	32
1) <i>Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess (Bericht gemäß §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB)</i>	32
2) <i>Risikomanagementsystem</i>	33
3) <i>Beschreibung der einzelnen Risiken, Quantifizierung und Erläuterung möglicher Konsequenzen</i>	33
a) <i>Markt, Wettbewerb, Neue Produkte und Technologien</i>	33
b) <i>Aktivierung von Entwicklungskosten</i>	34
c) <i>Zulassung der Produkte</i>	34
d) <i>Abhängigkeit von Kunden und Lieferanten</i>	35
e) <i>Patente und geistiges Eigentum</i>	36
f) <i>Produkthaftungsrisiko</i>	36
g) <i>Rechtliche Risiken</i>	36
h) <i>Datenschutz</i>	37
4) <i>Weitere Angaben gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 2 HGB</i>	37
E) Prognosebericht.....	39
F) Sonstige Angaben	44
1. <i>Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals</i>	44
2. <i>Grundzüge des Vergütungssystems (Vergütungsbericht)</i>	44
Vorstandsvergütung	44

Aufsichtsratsvergütung.....	47
Aktienoptionsprogramm 2008	47
Aktienoptionsprogramm 2010	47
Aktienoptionsprogramm 2012	48
3. <i>Direkte und indirekte Beteiligungen > 10 % der Stimmrechte</i>	48
4. <i>Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen zur Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands und über Satzungsänderungen</i>	48
5. <i>Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien</i>	49
6. <i>Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, und die hieraus folgenden Wirkungen</i>	54
7. <i>Entschädigungsvereinbarungen im Falle von Übernahmeangeboten mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern</i>	55
Konzern-Gesamtergebnisrechnung nach IFRS für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	56
Konzern-Bilanz nach IFRS zum 31. Dezember 2012	57
Konzern-Kapitalflussrechnung nach IFRS	58
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	59
Konzernanhang zum 31. Dezember 2012 nach IFRS	60
A. Unternehmensdaten.....	60
B. Allgemeine Angaben	60
1. Grundlagen	60
2. Kapitalflussrechnung.....	61
3. Segmentberichterstattung	61
C. Konsolidierungsgrundsätze.....	61
1. Konsolidierungskreis	61
2. Stichtag des Konzernjahresabschlusses.....	62
3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	62
4. Kapitalkonsolidierung	62
5. Schuldenkonsolidierung.....	63
6. Erfolgskonsolidierung.....	63
7. Währungsumrechnung	63
8. Anteile an Joint Ventures.....	63
D. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	63
E. Wesentliche Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen	69
F. Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	70
G. Erläuterungen zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung	73
(1) Umsatzerlöse.....	73
(2) Aktivierte Eigen- und Entwicklungsleistungen.....	73
(3) Sonstige betriebliche Erträge	73
(4) Materialaufwand.....	74
(5) Personalaufwand	74
(6) Abschreibungen	75
(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen	75
(8) Finanzergebnis	75
(9) Ertragsteuern	76
(10) Ergebnis je Aktie nach IAS 33	78
H. Erläuterungen zur Konzern-Bilanz	78
(11) Immaterielle Vermögenswerte	78
(12) Geschäfts- oder Firmenwert	80
(13) Entwicklungskosten.....	81
(14) Sonstige Immaterielle Vermögenswerte	82
(15) Sachanlagen	82
(16) At-equity bewertete Beteiligungen.....	84

(17)	Sonstige finanzielle Vermögenswerte.....	85
(18)	Vorräte	85
(19)	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	86
(20)	Sonstige finanzielle Vermögenswerte.....	87
(21)	Sonstige Vermögenswerte	88
(22)	Forderungen aus Ertragsteuern	88
(23)	Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	88
(24)	Eigenkapital.....	88
(25)	Aktienkursbasierte Vergütungen	102
(26)	Rückstellungen	105
(27)	Verbindlichkeiten	106
(28)	Entwicklungsaufträge mit passivischem Saldo gegenüber Kunden.....	107
(29)	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	107
(30)	Sonstige Verbindlichkeiten	108
(31)	Sonstige finanzielle Verpflichtungen.....	108
(32)	Eventualverbindlichkeiten	108
I.	Berichterstattung zu Finanzinstrumenten.....	109
(33)	Grundlagen.....	109
(34)	Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien	110
(35)	Aufwendungen, Erträge, Verluste und Gewinne aus Finanzinstrumenten	113
(36)	Wertminderung finanzieller Vermögenswerte	113
(37)	Management von Finanzrisiken	113
(38)	Kapitalmanagement.....	116
(39)	Kapitalflussrechnung.....	117
J.	Sonstige Angaben	117
(40)	Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.....	117
(41)	Geschäftsführungsorgan, Aufsichtsrat.....	118
(42)	Angaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG	120
(43)	Honorar des Abschlussprüfers	121
(44)	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	122
(45)	Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex.....	122
(46)	Veröffentlichung	122
	Versicherung der gesetzlichen Vertreter (gemäß § 37y Nr. 1 WpHG)	123
	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	124
	Glossar	125

Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, liebe Mitarbeiter und Geschäftspartner,

im Laufe der letzten vier Jahre ist es uns gelungen, die *aap* Implantate AG neu zu positionieren. Das Ergebnis des Transformationsprozesses ist ein positives Wachstum und eine gestärkte finanzielle Performance. Wie die Ergebnisse für das Jahr 2012 zeigen, beginnen wir von den getätigten Änderungen an unserer Strategie Nutzen zu ziehen. Sie liefern klare Anzeichen dafür, dass *aap* mit einem positiven Ausblick ausgestattet ist und sich somit von ihren Wettbewerbern am Markt unterscheidet.

Gewinn- und Verlust-Perspektive				
in Mio. €	2008	2009	...	2012
Produktumsätze*	29,5	25,8		33,8
EBITDA (Produkte)*	3,4	1,2		4,1
Cash-EBIT ¹ (Produkte)*	-6,6	-3,7		0,6

¹ Cash-EBIT: EBIT ohne Berücksichtigung von aktivierten Entwicklungsleistungen und darauf entfallende Abschreibungen

*Bereinigte Zahlen: 2008, 2009 & 2012 ohne die Effekte aus dem Bereich Analytics, dem Projektgeschäft und Einmaleffekten

Strategische-Perspektive: Fokus auf das Kerngeschäft				
	2008	2009	...	2012
Dental	+			
Analytics	+			
Medical Aesthetics	+			
Recon	+	+		(+)
Trauma	+	+		+
Biomaterials	+	+		+

Effizienz-Perspektive				
	2008	2009	...	2012
Anzahl der Standorte	6	5		3
Anzahl der operativen Gesellschaften (Mutter und Tochterunternehmen)	11	10		3
Mitarbeiter (JAE*)	259	235		250
Umsatz (Produkte) /JAE*	114 T€	110 T€		135 T€
EBITDA (Produkte) /JAE*	13 T€	5 T€		16 T€
Freshness-Index**	k. A.	14 %		15 %

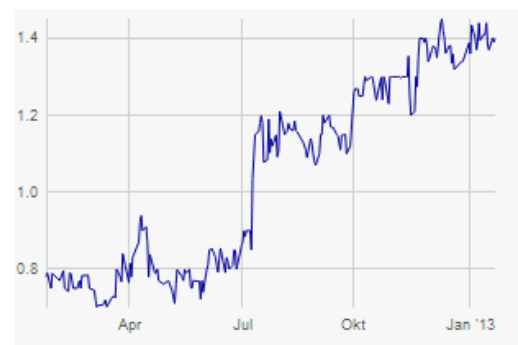
* Jahresarbeitseinheit (JAE) ist die Anzahl der während einer Periode beschäftigten Vollzeitmitarbeiter ohne Berücksichtigung des Bereichs Analytics.

** Der Freshness Index ist der prozentuale Anteil vom gesamten Produktumsatz, den neu zugelassene Produkte in den USA und Europa in den letzten drei Jahren erzielt haben.

Bilanz-Perspektive				
In Mio. €	12/31/2008	12/31/2009	...	12/31/2012
Eigenkapitalquote	62 %	71 %		74 %
Nettoverschuldung (verzinslich)	13,2	7,6		4,3
Working Capital-Quote (Umsatz)	1,8	1,9		2,5
DCR rollierend (letzte 4 Quartale)	3,6	1,2		0,8
ICR rollierend (letzte 4 Quartale)	4,0	7,7		11,8

Aktien*			
	2012	2011	Veränderung
Aktienvolumen (in Mio. €)	30,70	30,70	0 %
Schlusskurs per 31.12. (€)	1,34	0,70	91 %
Marktkapitalisierung 31.12. (Mio. €)	41,10	21,50	91 %
52-Wochen-Ø-Preis (€)	1,02	0,99	3 %
52-Wochen-Hoch (€)	1,45	1,17	24 %
52-Wochen-Tief (€)	0,70	0,65	8 %
Ø-Handelsvolumen/Tag	29.029	8.443	244 %

*XETRA-Markt, Schlusskurse



Unser Ziel ist es, unseren Aktionären einen nachhaltigen und langfristigen Wert ihrer Anlage zu bieten. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir dieses Ziel erreichen können, indem wir unsere begonnene Strategie weiter umsetzen und als verantwortliche Führungskräfte handeln. Gute Corporate Governance aufrechtzuerhalten hat für uns eine hohe Priorität, die ebenfalls in unserer Entsprechenserklärung abgebildet wird. Wir unterstützen insbesondere eine Diversity-Politik um sicherzustellen, dass unsere Mitarbeiter in Alter, kulturellem Hintergrund, Geschlecht und ihrer Kompetenz unterschiedlich sind. Wir glauben, dass das Unternehmen durch diese Vielfalt gestärkt wird und wir dadurch die Bedürfnisse unserer Kunden bestmöglich erfüllen können.

Im Laufe des Jahres 2012 haben wir mehrere neue Produkte eingeführt, die zu einem starken Umsatz- und Cash-Flow-Wachstum beigetragen haben. Trotz anhaltendem wirtschaftlichen Druck und politischer Instabilität in der EU und einigen Wachstumsmärkten liefen die Geschäfte in all unseren Bereichen gut. In den USA sind wir mit unserer derzeitigen und zukünftigen Produktpipeline gut positioniert und erwarten, unsere Performance dort weiter zu steigern. Bedeutende Fortschritte wurden auch in der Forschung und Entwicklung erzielt. Das Unternehmen bringt nach wie vor innovative und neue Produkte auf den Markt. Insgesamt bleiben wir dem Ziel verpflichtet, unsere Strategie auf das Kerngeschäft zu fokussieren, um weiterhin profitables Wachstum zu erzielen. Wir konzentrieren uns täglich darauf, unseren Kunden einen ausgezeichneten Service anzubieten und unsere Betriebsausgaben stetig zu optimieren, damit wir weiterhin Cash generieren.

Fassen wir die wichtigsten Erfolge des Jahres 2012 zusammen:

- Gesamtumsatzwachstum von 25 %, inkl. 16 % Produktumsatzwachstum
- Operatives EBITDA-Wachstum von 50 % auf 6,1 Mio. € (EBITDA 7,1 Mio. € abzüglich Wertaufholung Vermögenswerte 1,0 Mio. €)

- Erstmalig positives Cash-EBIT
- Nettoverschuldung wurde von 6,9 Mio. € auf 4,3 Mio. € reduziert, Gesellschafterdarlehen um 2,4 Mio. € getilgt und zum Teil durch Bankdarlehen mit einem niedrigeren Zinssatz substituiert
- Starkes Umsatzwachstum in den USA auf 6,0 Mio. € (+79 %) und in Asien auf 7,2 Mio. € (+88 %)
- Erfolgreiche Markteinführung von LOQTEQ® mit Umsätzen in Höhe von 2,0 Mio. € im ersten vollen Verkaufsjahr
- Abschluss neuer Trauma-Distributionsverträge in großen Märkten wie Brasilien sowie eine Pilotmarketingvereinbarung für den US-Markt mit einem weltweit tätigen MedTech-Unternehmen
- Abschluss von Lizenz- und Liefervereinbarungen für die Produkte Ostim® mit einem weltweit tätigen MedTech-Unternehmen und Vebroplast® mit einem chinesischen Orthopädieunternehmen mit einem Umsatzeffekt in Höhe von insgesamt 2,6 Mio. €
- Freshness Index auf 15 % (Vorjahr: 13 %) verbessert
- Realisierung von Fortschritten mehrerer OEM-Entwicklungs- und Lieferprojekte für verschiedene Biomaterialien mit weltweit tätigen MedTech-Unternehmen
- Realisierung von bedeutenden Fortschritten in der Entwicklung einer Silberbeschichtungstechnologie für Trauma-Produkte
- Markteinführung der scCO₂-Technologie, einer Methode zur Reinigung und Sterilisierung von humanen Knochenmaterials mit Hilfe von superkritischem Kohlendioxid
- Abschluss von vier wichtigen Verträgen im Bereich Auftragsfertigung mit internationalen Unternehmen aus Japan, Israel, Deutschland und den USA

Evaluierung der Management Agenda 2012

Kunden			
Ziele der Management Agenda 2012		Ergebnisse der Management Agenda 2012	Ziel erreicht?
LOQTEQ®-Umsätze im Geschäftsjahr 2012 > 2,4 Mio. €		LOQTEQ®-Umsätze erreichten 2,0 Mio. €, bei einem Auftragseingang in Höhe von 2,4 Mio. €. Nicht alle Aufträge konnten aufgrund von Verzögerungen bei der Registrierung in einigen Ländern ausgeliefert werden.	Auftragsvolumen erreicht, Umsätze durch Verzögerungen bei der Produktregistrierung verspätet
Nach vollständiger FDA-Zulassung: Ernennung eines US-Distributors für LOQTEQ® im dritten Quartal		Die Registrierung der ersten sechs LOQTEQ®-Platten in den USA ist abgeschlossen. Eine Pilotmarketingvereinbarung für den US-Markt wurde im vierten Quartal unterschrieben.	Ja, aber mit leichter Verzögerung

Ernennung von Distributoren in UK, Spanien, Italien und Frankreich, möglichst vor Ende des zweiten Quartals	Wir haben neben Vertriebspartnern in Spanien und Italien weitere Distributoren in der Türkei, Tschechien und Portugal bestellt. Wir arbeiten weiter an der Gewinnung von Distributoren in Frankreich und Großbritannien. Außerhalb der EU konnten wir Vertriebspartnerschaften in Ägypten sowie in amerikanischen Wachstumsmärkten wie Mexiko, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Costa Rica und Puerto Rico abschließen.	Mit vielen Ländern Vertriebsvereinbarungen abgeschlossen; An Abschlüssen in Großbritannien und Frankreich wird weiterhin gearbeitet
Verlängerung von OEM-Verträgen mit Bestandskunden	Wir haben diverse Liefervereinbarungen für unterschiedliche Biomaterialien mit einem weltweit tätigen MedTech-Unternehmen erfolgreich verlängert.	Ja
EMCM: Gewinnung neuer Kunden für aseptische/sterile medizinische Produkte	EMCM unterschrieb Vereinbarungen: <ul style="list-style-type: none"> • mit einem führenden amerikanischen Forschungsinstitut, • einem in Deutschland ansässigen MedTech-Unternehmen über die Entwicklung/Lieferung von sterilen entflammaren Produkten • einem japanischen Unternehmen über ein steriles, rekombinantes Peptid-Produkt und • einem israelischen Unternehmen über ein arzneimittelfreisetzendes Medizinprodukt. 	Ja

Innovation		
Ziele der Management Agenda 2012	Ergebnisse der Management Agenda 2012	Ziel erreicht?
Silberbeschichtungstechnologie (Trauma/Orthopädie): erfolgreicher Abschluss von Tierversuchen im vierten Quartal	Wir haben umfangreiche Fortschritte in der Entwicklung unserer Silberbeschichtungstechnologie gemacht. Der Start der in-vivo-Studien hat sich aus nicht bei aap liegenden Gründen auf das erste Quartal 2013 verzögert. Wir stehen in ständigen Kontakt mit der Zulassungsbehörde, um eine reibungslose CE-Registrierung des neuen Produkts – ein Trauma/Biomaterialien-Hybridprodukt – zu gewährleisten.	Fortschritte erzielt
Freshness Index >17 %	Der Freshness Index betrug 15 % in 2012, eine Verbesserung gegenüber 2010 und 2011. Mit dem vorgesehenen Wachstum von LOQTEQ® im Laufe des Jahres 2013 werden wir den Wert weiter verbessern können.	Nein
Abschluss der klinischen Studie für Silberzement vor Ende des zweiten Quartals	Eine klinische Studie für Silberzement wurde im ersten Halbjahr 2012 abgeschlossen. Die Ergebnisse werden derzeit noch evaluiert. Die nächsten potenziellen Schritte sind das Beantragen der regulatorischen Zulassung bzw. das Durchführen von zusätzlichen Studien.	Ja

Unterzeichnung einer weiteren Entwicklungsvereinbarung über ein Knochenzement und/oder eine Zementierungsapplikation	Vorbehaltlich gewisser Prüfungsergebnisse haben wir mit einem weltweit tätigen MedTech-Unternehmen eine Entwicklungsvereinbarung über ein Biomaterial unterschrieben.	Ja
EMCM: Einführung einer neuen Behandlungsmethode für Allografts und Generierung erster Umsätze: B2B-Modell mit EU-Knochenbanken	EMCM hat die Entwicklung ihrer scCO ₂ -Technologie abgeschlossen und einen Liefervertrag mit der niederländischen Knochenbank Sanquin unterschrieben. Mit ihren US-Partnern hat EMCM auch ein wissenschaftliches Symposium zum Thema Allografts und über die scCO ₂ -Technologie zur Reinigung und Sterilisierung von Humanknochen ausgerichtet.	Ja

Finanzen		
Ziele der Management Agenda 2012	Ergebnisse der Management Agenda 2012	Ziel erreicht?
Umsatzwachstum von 10 %	Ziel übertroffen: Umsatzwachstum in Höhe von 25 %	Ja
Cash-EBIT: Verbesserung auf mindestens 1 Mio. €	Das Cash-EBIT-Ziel von 1 Mio. € wurde übertroffen und ist auf Produktebene erstmalig positiv.	Ja
DCR ≤ 2,5 und ICR ≥ 6 (Basis: Operatives EBITDA)	Ziele übertroffen: DCR 0,8 (Vorjahr: 1,7); ICR 11,8 (Vorjahr: 6,8)	Ja
Stabilisierung der Unternehmensfinanzierung	Verbesserung der Unternehmensfinanzierung: Die Nettoverschuldung wurde von 6,9 Mio. € (2011) auf 4,3 Mio. € (2012) reduziert. Aktionärsdarlehen mit hohen Zinssätzen wurden um 2,4 Mio. € zurückgeführt und zum Teil durch Bankdarlehen mit weitaus niedrigen Zinssätzen substituiert.	Ja
Fortgesetztes profitables Wachstum	Ein weiteres Jahr profitables Wachstum: Das EBITDA-Wachstum von 50 % lag weit über dem Umsatzwachstum von 25 %.	Ja

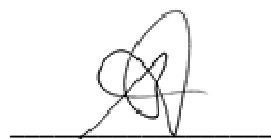
Organisation/IT		
Ziele der Management Agenda 2012	Ergebnisse der Management Agenda 2012	Ziel erreicht?
IT-Infrastruktur: Prüfung des Outsourcings aus Gründen des Risikos und des Qualitätsmanagements	Wir haben verschiedene Outsourcing-Alternativen untersucht. Zurzeit sehen wir keinen Handlungsbedarf und haben keinerlei Pläne, die IT-Infrastruktur auszulagern.	Ja
Einführung des Code of Conduct	Im Laufe des Jahres haben wir diverse Projekte in Gang gesetzt bzw. weiter implementiert: z. B. fortgeschrittene Datenschutzmaßnahmen, Arbeitnehmererfindungsrichtlinien und Verfahren zur Verbesserung des Vertragsmanagements. Ein vollständiger Verhaltenskodex wurde noch nicht veröffentlicht.	Fortschritte erzielt

Mit unserer Strategie des profitablen Wachstums haben wir im Geschäftsjahr 2012 weitere Fortschritte erzielt. Wir erreichten viele unserer strategischen Ziele und sind finanziell und organisatorisch nun derart aufgestellt, dass wir mit der Umsetzung der weiteren Schritte unserer Maßnahmen fortfahren können.

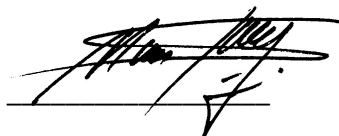
Wir haben eine neue Management Agenda für das Jahr 2013 erstellt, die es allen Stakeholdern ermöglichen wird, unsere Performance transparent zu verfolgen. Unsere jeweiligen Quartalsberichte werden über den Fortschritt der Zielerreichung der Managementagenda informieren. Auf unserer Website werden wir alle Präsentationen und Pressemitteilungen veröffentlichen, die im Laufe des Jahres erscheinen werden und gegebenenfalls über Aktualisierungen informieren. Weiterhin haben wir mit dem Launch unserer Investor Relations app eine weitere Möglichkeit geschaffen, jederzeit die aktuellsten Informationen über *aap* abrufen zu können.

Wir möchten uns bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement, ihre Kreativität und Zusammenarbeit sowie ihren Einsatz bedanken. Wir bedanken uns bei unseren Kunden für ihr entgegengebrachtes Vertrauen und wollen auch in den nächsten Jahren ihre Bedürfnisse nicht nur weiterhin erfüllen, sondern übertreffen.

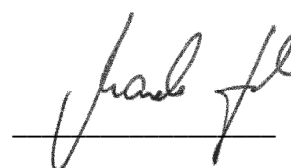
Wir bedanken uns bei unseren Aktionären für ihr Vertrauen in das Unternehmen. Wir tun unser Bestes, um 2013 ein noch erfolgreicherer Jahr als 2012 werden zu lassen. Wir sehen weiteren Verbesserungen unserer finanziellen Performance entgegen, die es uns eventuell ermöglichen werden, eine Dividende auszuschütten.



Biense Visser
Vorstandsvorsitzender/CEO



Bruke Seyoum Alemu
Mitglied des Vorstands/COO



Marek Hahn
Mitglied des Vorstands/CFO

Bericht über die Lage des Konzerns 2012


Im Folgenden wird über die Verhältnisse des Konzerns unter Verwendung der Begriffe „aap“, „aap-Gruppe“, „Gruppe“ oder „Unternehmensgruppe“ berichtet.

Bei den nachfolgend dargestellten Zahlenangaben können technische Rundungsdifferenzen bestehen, die die Gesamtaussage nicht beeinträchtigen.

A) Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1. Organisatorische und rechtliche Struktur

Die aap Implantate AG ist Obergesellschaft der aap-Gruppe. Nach wirtschaftlicher Darstellung verfügt die aap-Gruppe zum 31. Dezember 2012 über folgende operativ tätige, vollkonsolidierte Gesellschaften: aap Implantate AG, aap Biomaterials GmbH und die European Medical Contract Manufacturing (EMCM) B.V.

aap Implantate AG, Berlin		
aap Biomaterials GmbH, Dieburg	100 %	
EMCM B.V., Nijmegen, Niederlande	100 %	
aap BM productions GmbH, Dieburg	50 %	
AEQUOS Endoprothetik GmbH, München	4,57 %	

Operativ tätige Tochterunternehmen

aap Biomaterials GmbH

In der aap Biomaterials GmbH sind alle deutschen Entwicklungs- und Produktionsaktivitäten im Bereich Knochenzement und Zementierungstechniken sowie medizinischer Biomaterialien zusammengefasst. Sitz der Gesellschaft ist Dieburg bei Frankfurt am Main.

European Medical Contract Manufacturing (EMCM) B.V.

In der EMCM mit Sitz in Nijmegen sind die niederländischen Entwicklungs- und Produktionsfunktionen im Bereich medizinischer Biomaterialien zusammengefasst.

ADC Advanced Dental Care GmbH

Die aap Implantate AG hat am 23. März 2012 von den Minderheitsgesellschaftern sämtliche restlichen Anteile an der ADC Advanced Dental Care GmbH erworben und damit ihre Beteiligung an

dem Tochterunternehmen von 54 % auf 100 % aufgestockt. Ferner wurde mit Vertrag vom 06. Juli 2012 die Verschmelzung der ADC Advanced Dental Care GmbH durch Aufnahme auf die *aap* Biomaterials GmbH mit Wirkung auf den 01. Januar 2012 beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister beider Gesellschaften erfolgte am 30. August 2012.

Daneben wurden im Berichtsjahr die *aap* Joints GmbH sowie die *aap* BM productions GmbH gegründet. In der *aap* Joints GmbH sollen beginnend in 2013 sämtliche Aktivitäten im Bereich Orthopädie (Knie, Hüfte und Schulter) gebündelt werden. In der *aap* BM productions GmbH sind die Produktionsaktivitäten im Dentalbereich zusammengefasst worden. Zu diesem Zweck wurden Produktionsausstattung und Know-How in die *aap* BM productions GmbH übertragen und 50 % an der Gesellschaft an unseren exklusiven Distributionspartner verkauft. Zukünftig wird das Unternehmen als Joint-Venture gemeinschaftlich von *aap* und unserem Partner betrieben.

Beteiligungen

AEQUOS Endoprothetik GmbH

Die *aap* Implantate AG hält eine Beteiligung von 4,57 % an der AEQUOS Endoprothetik GmbH. Die Gesellschaft hat bis Ende 2010 das durch die *aap* Implantate AG mitentwickelte und produzierte innovative Kniesystem AEQUOS® vertrieben. Zu Beginn des Jahres 2011 wurden sämtliche Vermögenswerte betreffend das AEQUOS®-Kniesystem gegen Gewährung von Aktien und einem umsatzabhängigen Lizenzmodell an eine italienische Unternehmensgruppe verkauft. Im Verlauf des Jahres 2012 wurden die überwiegenden Anteile an der italienischen Unternehmensgruppe an eine Investorengesellschaft verkauft. In diesem Zusammenhang sind die an die AEQUOS ausgegebenen Aktien zurückgekauft worden. Die AEQUOS zugeflossenen Mittel wurden im Zusammenspiel mit einer Kapitalherabsetzung zum Ausgleich des bei AEQUOS vorhandenen Bilanzverlusts genutzt. Die weitere Entwicklung der Gesellschaft wird nun einzig bestimmt von der Vermarktung des AEQUOS®-Kniesystems durch die italienische Unternehmensgruppe und der damit verbundenen Lizenzzahlungen an die Gesellschaft.

Organe

Vorstand

Der Vorstand der *aap* Implantate AG besteht aus drei Mitgliedern. Herr Biense Visser (60) ist Vorstandsvorsitzender (CEO) und zeichnet für die Bereiche Corporate Development, Legal Affairs und Investor & Public Relations verantwortlich.

Herr Bruke Seyoum Alemu (47) ist Chief Operating Officer (COO) und verantwortet in der Unternehmensgruppe die Bereiche Forschung & Entwicklung, Produktion, Vertrieb und Marketing.

Herr Marek Hahn (38) ist Chief Financial Officer (CFO) und verantwortet neben dem Bereich Finanzen auch die Bereiche Personal, IT und Administration.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der *aap* Implantate AG besteht aus drei Mitgliedern. Aufsichtsratsvorsitzender ist Herr Rubino Di Girolamo und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist Herr Ronald Meersschaert.

2. Segmente

Die *aap*-Gruppe wird sowohl nach innen als auch nach außen als ein Unternehmen ohne separate Segmente geführt. Dieser Ansatz spiegelt sich ebenfalls in der Führungs- und Berichtsstruktur wider.

3. Wichtige Produkte und Geschäftsprozesse

In Deutschland verfügt *aap* über zwei Produktionsstandorte: Berlin und Dieburg. In Berlin fertigt die *aap* Implantate AG Produkte der Osteosynthese und Endoprothetik. In Dieburg verfügt *aap* über einen der weltweit modernsten und leistungsfähigsten Produktionsstandorte für Knochenzemente. Am Standort Dieburg befindet sich die Entwicklungs- und Produktionskapazität für den Bereich medizinischer Biomaterialien sowie Knochenzement und Zementierungstechnik. In den Niederlanden verfügt *aap* in Nijmegen über einen modernen Biomaterialien-Produktionsstandort, an dem unter Reinraumbedingungen und Einhaltung von Good Manufacturing Practice (GMP) Standards produziert wird. Außerdem befindet sich in Nijmegen ein Logistikzentrum und Auslieferungslager für internationale Distributoren.

Neben dem Center of Excellence für die Bereiche Trauma, Marketing und Vertrieb am Hauptsitz von *aap* in Berlin befinden sich weitere Center of Excellence für den Bereich Knochenzement und Zementierungstechniken am Standort Dieburg und für den Bereich Auftragsfertigung in Nijmegen. Ein standortübergreifendes Forschungs- und Entwicklungsgremium sowie ein Qualitätsmanagementgremium fördern Synergieeffekte zwischen Technologien aus den Bereichen Metallimplantate und Biomaterialien. Cross-Functional-Teams sorgen dafür, dass die Geschäftsprozesse kontinuierlich optimiert werden.

Unter unserer ab 2009 verfolgten Fokussierungsstrategie stehen die Produktbereiche Trauma und Biomaterialien im Zentrum unserer Entwicklungs- und Vertriebsaktivitäten. Highlight des Geschäftsjahres 2012 war die erfolgreiche FDA-Freigabe der ersten sechs Systeme unserer innovativen LOQTEQ®-Produktlinie. Für 2013 und Folgejahre stehen der kontinuierliche Ausbau des LOQTEQ®-Portfolios um weitere Indikationsregionen sowie die jeweiligen Zulassungen im CE-Bereich und in den USA sowie die Weiterentwicklung des gesamten Traumaportfolios mit Innovationen im Bereich Silberbeschichtung und resorbierbare Magnesiumimplantate im Vordergrund.

Ende Oktober haben wir eine für *aap* bedeutende Konferenz in Amsterdam ausgerichtet, auf der wir die neuesten Innovationen im Bereich der Reinigung und Sterilisierung humanen Knochenmaterials präsentiert haben. Während dieser Veranstaltung haben wir unsere Fähigkeiten in diesem Bereich europäischen und internationalen Knochen- und Gewebekbanken vorgestellt. Mit dieser Kick-off Veranstaltung werden wir an unserem Center of Excellence für Auftragsfertigung in Nijmegen nunmehr in drei Bereichen tätig sein. Neben den bereits existierenden Kompetenzen in der sterilen Befüllung von entflammaren Materialien sowie Gelen und Flüssigkeiten können wir in Zukunft auch die Reinigung und Sterilisierung humanen Knochenmaterials unter Verwendung unserer Methode mit superkritischem Kohlendioxid (scCO₂-Methode) vornehmen.

4. Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbspositionen

aap verfügt über drei Vertriebskanäle. Der Direktvertrieb im deutschsprachigen Raum an Krankenhäuser, Einkaufsgemeinschaften und Verbundkliniken hat einen Anteil am Umsatz von knapp 11 % (Vorjahr: 13 %). Zusätzlich erfolgt der Vertrieb über ein internationales Distributorennetzwerk in über 40 Ländern und OEM-Partnerschaften mit nationalen und internationalen Kunden. Die

Vertriebswege mit bestehenden und neuen Produkten werden konsequent weiter ausgebaut. Die internationalen Vertriebsaktivitäten konzentrierten sich auf Schlüsselländer wie USA, EU, Westeuropa, BRICS- und SMIT-Länder und den mittleren Osten. Des Weiteren verkauft *aap* seine Produkte weltweit an Vertriebspartner unter eigenen und dritten Marken und gehört in einigen Nischenmärkten zu den weltweiten Technologieführern. Einen Großteil des Umsatzes erzielt *aap* mit der Entwicklung und Produktion von Produkten für führende Orthopädie-Unternehmen, welche die durch *aap* hergestellten Produkte unter ihrem Label weltweit vertreiben. Daneben hat *aap* mit Projekterlösen (z. B. Abschluss von Lizenz- und Liefervereinbarungen, Patentverkauf von IP-geschützten Produkten bzw. Technologien) ein weiteres Standbein für künftiges Wachstum geschaffen. Projektumsätze sollen in 2013 insbesondere in den Technologiebereichen Knochenzemente und Zementierungstechnik sowie im Bereich Biomaterialien realisiert werden.

Die Analyse des vorhandenen IP-Portfolios hat die Identifikation von Produkten und Technologien zur Folge gehabt, die durch ihre Alleinstellungsmerkmale zur Stärkung der Wettbewerbsposition und damit auch zur Steigerung des Unternehmenswertes beitragen können. So ist der kontinuierliche Aufbau des strategischen IP-Portfolios auch weiter Herzstück der Entwicklung von *aap* zum Innovations- und Produktführer.

aap stellte sein Produktsortiment in 2012 auf den wichtigsten internationalen Messen vor, wie der Arab Health in Dubai und der A.A.O.S. (American Academy of Orthopaedic Surgeons) in San Francisco. Anlässlich der Markteinführung von LOQTEQ® in verschiedenen Ländern fand im Mai eine große Distributorenveranstaltung in Berlin statt. Über 100 Teilnehmer bestehend aus Distributoren und Ärzten aus mehr als 20 Ländern nahmen an der zweitägigen Veranstaltung teil. Neben einem Produkttraining für die Ärzte konnten sich die Teilnehmer während einer Unternehmensführung ein Bild von der Produktionsstätte Berlin machen. Als Ergebnis der Veranstaltung wurde u.a. ein exklusiver Distributionsvertrag für Kolumbien geschlossen, der, vorausgesetzt der zeitgerechten Erlangung der Produktzulassung, im ersten Quartal 2013 einen Umsatz von ca. 0,5 Mio. € generieren wird. In Berlin präsentierte sich *aap* mit seinen Produkten auf dem 13. EFORT Congress und in den Niederlanden auf der Spineweek in Amsterdam. Auf dem 31th Annual Meeting der European Bone and Joint Infection Society (EBJIS) in Montreux (Schweiz) stand das Thema Infection Care im Mittelpunkt. Besonderes Highlight war die Vorstellung erster Studienergebnisse zur Anwendung von PerOssal® bei Spondylodiszitis (Entzündung an der Wirbelsäule), welche aktuell an der Orthopädischen Uniklinik Frankfurt (Main) durchgeführt wird.

Anfang September fand die erste einer neuen Veranstaltungsreihe für Distributoren und Anwender aus dem spanischen Sprachraum in Berlin statt. Über 30 Teilnehmer bestehend aus Distributoren und Chirurgen aus Spanien, Puerto Rico, Costa Rica und Mexiko nahmen an dem zweitägigen LOQTEQ® Produkttraining teil. Die hohe Qualität der Veranstaltung und der starke Praxisbezug reflektierten sich in dem überaus positiven Feedback und der Begeisterung der Teilnehmer.

In Deutschland war *aap* u.a. auf der Medica 2012 in Düsseldorf, dem 21. Thüringer Unfallchirurgisch-Orthopädischen Symposium (VLOU) in Suhl, dem Jahreskongress der Deutschen Vereinigung für Schulter- und Ellenbogenchirurgie (DVSE) e.V. in Berlin, der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Biomaterialien (DGBM) in Hamburg und dem Deutschen Kongress für Orthopädie und Unfallchirurgie (DKOU) in Berlin vertreten. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurden diverse Produkte in internationalen Wachstumsmärkten zugelassen bzw. registriert. Die ersten Plattensysteme der innovativen LOQTEQ®-Produktlinie haben Ende des Jahres 2012 die FDA-Freigabe erhalten. In Peru

hat *aap* die Zulassung für ihr Kollagenvlies Jason® und Jason G® erhalten und für einen Knochenzement, der beim künstlichen Gelenkersatz Anwendung findet, die CE-Zulassung.

5. Wesentliche rechtliche und wirtschaftliche Einflussfaktoren

In allen Märkten der Welt sind behördliche Registrierungen und Zulassungen eine Voraussetzung für die Vermarktung von Medizinprodukten. Da die Produkte der *aap* grundsätzlich für eine weltweite Vermarktung bestimmt sind, basiert das Qualitätsmanagementsystem auf den Anforderungen international harmonisierter Normen und europäischer Richtlinien sowie nationalen und internationalen Gesetzen. Dementsprechend wird die *aap*-Gruppe regelmäßig auditiert und entsprechend zertifiziert, so dass die Produkte mit dem CE-Kennzeichen versehen und vertrieben werden dürfen. Darüber hinaus erfolgt die Produktion FDA-konform und bei der niederländischen Tochtergesellschaft EMCM unter GMP (Good Manufacturing Practice).

Alle Gesellschaften sind nach der für Medizinproduktehersteller relevanten und aktuell gültigen EN ISO 13485:2003 zertifiziert und alle Gesellschaften bis auf EMCM sind ebenfalls nach der europäischen Richtlinie für Medizinprodukte 93/42/EWG Anhang II zertifiziert. Zusätzlich sind alle Gesellschaften des Konzerns freiwillig nach EN ISO 9001:2008 zertifiziert. Im Rahmen der Geschäftstätigkeit werden alle relevanten Umweltschutzvorschriften beachtet. Sowohl von der Produktion als auch den Produkten der *aap* gehen keine mittel- oder unmittelbaren Gefährdungen für die Umwelt aus.

6. Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten

Die Medizintechnologie ist eine dynamische und hoch innovative Branche. Bei Patenten und dem Welthandelsanteil liegt Deutschland auf Platz zwei hinter den USA. Rund ein Drittel ihres Umsatzes erzielen die deutschen Medizintechnikhersteller mit Produkten, die höchstens drei Jahre alt sind. Durchschnittlich investieren die forschenden MedTech-Unternehmen rund 9 % des Umsatzes in die Forschung und Entwicklung. Der Innovations- und Forschungsstandort Deutschland spielt damit für die MedTech-Unternehmen eine besonders wichtige Rolle.

Der Anteil Forschung treibender Unternehmen liegt in der Medizintechnikbranche mit 17 % geringfügig unter dem Industriedurchschnitt von 20 %, was auf eine geringere Forschungsaktivität zahlreicher Kleinunternehmen (bis 100 Beschäftigte) zurückzuführen ist. Dennoch sind Forschung und Entwicklung in der Medizintechnik nicht allein Sache der Großunternehmen: Kleinunternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten erreichen Forschung und Entwicklung Intensitäten weit über dem Durchschnitt der Kleinunternehmen beispielsweise im verarbeitenden Gewerbe.

a) Trends in der Medizintechnologie

Die Entwicklung der Medizintechnologie ist sehr dynamisch. Es sind u.a. folgende Trends erkennbar:

- Operationsverfahren werden durch moderne medizinisch-technische Verfahren immer schonender, die Zugänge minimal-invasiver
- Chirurgen erhalten Unterstützung durch eine computerassistierte Navigation
- Medizintechnik und IT wachsen stetig zusammen
- Nanotechnologien sind ebenso auf dem Vormarsch wie die Biotechnologien

Die „meist forcierten Forschungsgebiete“ der Medizinprodukteindustrie sind aus Expertensicht: Orthopädie (v. a. Wirbelsäulenchirurgie und Biomaterialien), Kardiologie (v. a. Beschichtungsverfahren von Medizinprodukten und minimal-invasive Verfahren) und Innere Medizin (v. a. Endoskopie, Diabetes).

Die internationalen Entwicklungen in der Medizintechnologie sind u. a. gekennzeichnet durch fortschreitende Miniaturisierung, den verstärkten Einsatz von IT-Technologien, die Entwicklung neuer Biomaterialien mit verbesserter Verträglichkeit und die Integration biotechnologischer Verfahren. Nur solche Entwicklungen werden dauerhafte Zukunftschancen für neue Produkte und somit zusätzliche Arbeitsplätze bieten, die auch einen messbaren Beitrag zu besserer Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen erbringen. Die frühzeitige Abschätzung dieser Leistungsfähigkeit macht besondere Verfahren auf dem Wege der Produktentwicklungen sinnvoll und erforderlich.

Viele Experten erwarten, dass die Medizintechnik für die Regenerative Medizin deutlich an Gewicht gewinnt. Eine Ursache dafür liegt darin, dass die Zell- und Gewebetechnik in den kommenden Jahren den Schritt von der Grundlagenforschung zur Anwendung vollziehen kann. Die Entwicklung von neuen funktionellen Biomaterialien muss dabei einbezogen werden. Sie sollen bessere biomimetische (also natürliche Vorgaben nachahmende) Eigenschaften besitzen, die eine einfachere Zellbesiedlung und Integration in den Körper ermöglichen.

Implantate sollen zusätzliche Funktionalität im Sinne von „Regeneration der biologischen Funktion“ erhalten. Forschergruppen in vielen Teilen der Welt arbeiten bereits daran, Nanopartikel für „Drug Delivery“ zu entwickeln und zu nutzen.

Für die weltweite Technologieführerschaft werden in allen Feldern der Medizintechnik die USA genannt, in Europa gelten oftmals Deutschland und Großbritannien als führend. Klinische Experten sehen Informations- und Kommunikationstechnologie, Zell- und Biotechnologie, Mikrosystemtechnik und Nanotechnologie als die vier wichtigsten Schlüsseltechnologien für die Medizintechnik an.

b) Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten

aap wendete auch im Geschäftsjahr 2012 erhebliche Mittel für Forschung und Entwicklung auf. In 2012 sind 24 % der gesamten Mitarbeiterzahl in den Bereichen Forschung & Entwicklung (F&E), Clinical Affairs, Regulatory und Quality Management tätig (Vorjahr: 23 %). *aap* investierte ca. 8 % des Umsatzes in die Entwicklung neuer Produkte (Vorjahr: 12 %). Neben den eigenen F&E-Aktivitäten kooperiert *aap* mit einer Vielzahl akademischer Institutionen (Forschungsinstitute, Unikliniken) bei Neu- und Weiterentwicklungen sowie klinischen Studien. Daneben hat *aap* im Verlauf des Jahres 2012 weitere Projekte identifiziert, die im globalen technologischen Wettbewerb äußerst interessant für die weltweit führenden Unternehmen der Orthopädie und Traumatologie sein können. Ziel ist hierbei eine frühzeitige Kooperation mit den Marktführern sowie die Sicherung von Technologien. *aap* beabsichtigt mit diesem Modell eine weitere zukunftssträchtige Säule für die Umsatz- und Ertragserzielung zu schaffen.

Mit dem Ziel der nachhaltigen Innovationsführerschaft und der Unternehmenswertentwicklung verfolgt *aap* konsequent den Ausbau und die Schaffung sogenannter Plattformtechnologien. Das strategische IP-Portfolio ist auf die Sicherung dieser Technologien und der daraus resultierenden Produkte ausgerichtet:

Plattform Technologie	Derivative Produkte	
Zement und Zementierungs-Technologie	PMMA-Zemente HA-PMMA-Zemente Vertebroplastiezemente Vakuum Mischsysteme	Prepack Mischsysteme Einweg-Mischsysteme Einweg-Misch- und Transfersysteme Artikel zur Modernen Zementiertechnik
Silber-Technologie	Ag-Beschichtung	Ag-Zement
Hydroxylapatit(HA) und Calciumphosphat(CaP)-Technologie	PerOssal® Ostim® Granulat Nano-HA-Beschichtung	OsteoCem® (CaP-Zement) Synthetische HA/CaP Keramiken Synthetische nicht-resorbierbare HA-Keramik
Magnesium-Technologie	Kleine Platten, Schrauben & Pins	Interferenz-Schrauben
Winkelstabile Fixationsstechnologie	Anatomische Platten Radius, Humerus	LOQTEQ® Tibia & Femur & Humerus & Ellenbogen & Clavicula & Osteotomie
Schulter-System Technologie	Trauma-Schulter-System	
Kollagen Technologie	Jason®	Jason® G

Grundsätzlich werden alle Produkte in enger Zusammenarbeit mit ärztlichen Anwendern, oft sogar auf deren Initiative hin, entwickelt.

Im Bereich Trauma stand die Weiterentwicklung der LOQTEQ®-Produktfamilie im Fokus. Um den Indikationsbereich zu vergrößern, arbeitete die Forschung & Entwicklung an neuen Plattendesigns und der Herstellung von Prototypen. Die Weiterentwicklung von sechs zusätzlichen Plattensystemen verläuft planmäßig, sodass in 2013 das Gesamtsystem im CE-Zulassungsbereich mit etwa einer 80%igen Indikationsabdeckung am Markt verfügbar sein wird. Zusammen mit unseren klinischen Trauma-Experten wurden mehrere Workshops zur Optimierung und Verifizierung der verschiedenen Plattensysteme durchgeführt, bei welchen das Design der Produkte an Humanpräparaten erfolgreich validiert werden konnte. Die zulassungsrelevanten mechanischen Tests wurden begonnen und bereits zu einem großen Teil mit sehr guten Ergebnissen erfolgreich abgeschlossen.

Bei den Biomaterialien konnten folgende Entwicklungen verzeichnet werden: Eine klinische Studie für unser pH-neutrales Kollagenvlies Jason® wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Ergebnisse der statistischen Auswertung bestätigen bei gleich hoher Wirksamkeit und Verträglichkeit eine signifikant bessere Handhabbarkeit gegenüber entsprechenden Konkurrenzprodukten. Weiterhin wurde für das Knochenersatzmaterial PerOssal® mit einer klinischen Studie im Bereich der infektiösen Wirbelsäulenerkrankungen begonnen. Im Projekt Silberbeschichtung wurden ebenfalls wesentliche Fortschritte erzielt. Zwei produktionsnahe Beschichtungsanlagen befinden sich in der Qualifizierungsphase. Unser langjähriger Partner Dr. Amir Eliezer wurde für seine Forschungen auf dem Gebiet der Korrosion mit dem H.H. Uhlig Award 2013 der US-basierten Korrosionsgesellschaft NACE ausgezeichnet. Der Start der zulassungsrelevanten Tierversuche hat sich aus Gründen, die wir nicht zu vertreten haben, auf das 1. Quartal 2013 verzögert, gleichzeitig wurden die Entwicklungsarbeiten erfolgreich auf weitere Produkte des Traumaportfolios ausgeweitet. Das Projekt Magnesiumlegierung macht in Kooperation mit der Universitätsklinik Gießen Fortschritte und aap hat im Rahmen des internationalen EU Förderprojektes MagnIM („Tailored biodegradable magnesium Implant Materials“) mit den praktischen Arbeiten begonnen.

7. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Einschätzung des Vorstands, wie sich die gesamtwirtschaftliche/branchenspezifische Entwicklung auf den Geschäftsverlauf ausgewirkt hat

a) Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Verlauf des Jahres 2012 hat sich die Weltkonjunktur schwach entwickelt. Nachdem das Wachstum des Welt-Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2011 bereits auf 3,3 % nachgab, hat es sich 2012 weiter auf voraussichtlich weniger als 3 % verlangsamt. Hauptsächlich davon betroffen waren die Industrienationen, deren Wirtschaftswachstum lediglich ein Plus von 1,3 % in 2012 erreichen konnte.

Der Euro-Raum insbesondere hat in der wirtschaftlichen Entwicklung enttäuscht und die vor Jahresfrist gehegten Erwartungen nicht erfüllen können. Die gesamtwirtschaftliche Leistung dürfte 2012 um 0,6 % nachgeben. Insbesondere die Länder Südeuropas zeigen durch die anhaltende Schuldenkrise eine rezessive Entwicklung. Die deutsche Wirtschaft ist demgegenüber weiter gewachsen, wenn auch schwächer als im Jahr zuvor. Ein steigender privater Verbrauch im Zuge der positiven Arbeitsmarktentwicklung und hohe Exporte werden das deutsche BIP 2012 voraussichtlich um 0,8 % steigen lassen.

Die USA verzeichnen 2012 eine moderate Konjunktorentwicklung. Die Wirtschaft wurde durch die sich nur langsam bessernde Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie die Konsolidierungszwänge bei den öffentlichen Haushalten belastet. Das Wachstum von 2,1 % wird unter anderem getragen durch leicht steigende Konsumausgaben und hohe Unternehmensinvestitionen. In Japan konnte sich die Konjunktur nach den vergangenen Wachstumseinbrüchen erholen, sodass das BIP trotz des katastrophengebunden Wiederaufbaus voraussichtlich um 1,6 % zunehmen wird.

In den Schwellenländern hingegen hat die bislang überwiegend hohe Wachstumsdynamik etwas an Tempo verloren. Auch aufgrund der Konjunkturlaute in Europa vermindert sich in diesen Ländern 2012 das BIP-Wachstum auf insgesamt 5,0 %. Dennoch werden insbesondere China und Indien mit 7,9 % und 5,6 % noch relativ kräftig wachsen.

b) Branchenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Medizintechnik-Branche ist ein weltweiter Wachstumsmarkt und wird dies auch in Zukunft bleiben. Dazu tragen unter anderem folgende Faktoren bei:

- Der medizinisch-technische Fortschritt: Er ermöglicht die Behandlung von Krankheitsbildern, die vor 10 oder 20 Jahren nicht behandelt werden konnten. Durch innovative, schonendere Verfahren können immer mehr Operationen an immer älteren Patienten durchgeführt werden.
- Die demographische Entwicklung: Es gibt in Deutschland zunehmend mehr ältere und oftmals von vielen Krankheiten gleichzeitig betroffene Menschen.
- Der erweiterte Gesundheitsbegriff in Richtung mehr Lebensqualität: Patienten fragen Leistungen rund um ihre Gesundheit immer stärker selbst nach und sind bereit, für bessere Qualität und zusätzliche Dienstleistungen mehr zu bezahlen.

Die Folge all dieser Faktoren: Der Bedarf an Gesundheitsleistungen wird weiter steigen.

Die Wachstumsbranche Medizintechnologie hat weltweit Zuwachsraten von rund 5 % jährlich (siehe Studie des Bundeswirtschaftsministeriums „Innovationsimpulse in der Gesundheitswirtschaft“ von 2011).

Der Weltmarkt für Medizintechnologien betrug 2011 rund 212 Mrd. € in Hersteller-Abgabepreisen (Manufacturers prices; Quelle: ESPICOM Business Intelligence Data 2011). Die USA haben mit 83 Mrd. € einen Weltmarktanteil von 39 %. Der europäische Markt wird auf 59 Mrd. € (28 %) geschätzt. Davon hat Deutschland einen Anteil von 17 Mrd. €. Das sind 29 % des europäischen Marktes und rund 8 % des Weltmarktes. Der deutsche Markt ist damit hinter den USA und Japan (21,2 Mrd. €) der drittgrößte MedTech-Markt der Welt. Chinas MedTech-Markt 2011 wird von ESPICOM auf 5,3 Mrd. € geschätzt.

Innerhalb des europäischen Marktes mit einem Volumen von 59 Mrd. € sind nach Deutschland (17 Mrd. €, 29 %) die größten Märkte: Frankreich (9,5 Mrd. €, 16 %), Italien und Großbritannien (jeweils 6,5 Mrd. €, 11 %) sowie Spanien (3,5 Mrd. €, 6 %).

Nach einer Studie von Ernst & Young vom Oktober 2012 stiegen die Umsätze in Europa und den USA 2011 zusammen um 6 % auf 331,7 Mrd. USD. Dabei konnten die US-Firmen die Umsätze um 4 % auf 204 Mrd. USD und die Nettogewinne auf 13,7 Mrd. USD (plus 19 %) erhöhen. Die europäischen Medizintechnik-Unternehmen haben dagegen ihre Umsätze 2011 insgesamt um 8 % auf 127,4 Mrd. USD und die Gewinne nur um 5 % gesteigert (Studie unter: ey.com/medtechdata).

Nach einer Studie des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) wird die Nachfrage nach Medizintechnik bis zum Jahr 2020 in den Schwellenländern im Schnitt jährlich zwischen 9 % und 16 % zunehmen. In den Industrieländern geht die Studie von einem Wachstum von jährlich 3 % bis 4 % aus (Quelle: FAZ vom 6. Januar 2011, „In der Medizintechnik herrscht Zuversicht“).

B) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Abschluss oder Beendigung von Kooperationsvereinbarungen und anderen wichtigen Verträgen

Im ersten Quartal 2012 konnte das Tochterunternehmen *aap* Biomaterials GmbH einen exklusiven Lizenz- und Liefervertrag mit einem weltweit führenden Unternehmen in der Medizintechnik unterzeichnen. Die Lizenz bezieht sich auf den Einsatz des injizierbaren Knochenmatrixprodukts Ostim® für orthopädische Anwendungen und gilt weltweit, mit Ausnahme der USA. *aap* erhielt im Gegenzug eine einmalige Lizenzgebühr von 2,2 Mio. € (ca. 2,8 Mio. USD). In den USA, wo das Produkt bereits zur Verwendung im Dentalbereich zugelassen ist, behält *aap* die Vermarktungsrechte. *aap* bleibt weiterhin alleiniger Hersteller des Produkts.

Das Center of Excellence für Auftragsfertigung in Nijmegen hat im ersten Quartal einen Vertrag über die Prozessierung von menschlichem Gewebematerial mit der niederländischen Knochen- und Gewebebank Sanquin geschlossen. EMCM wird dabei Schädelknochen unter Anwendung eines neuartigen Verfahrens mit superkritischem Kohlendioxid (scCO₂-Technologie) reinigen und sterilisieren, damit diese wieder in Teilen des Körpers eingesetzt werden können. Basierend auf diesem Vertragsabschluss kann *aap* weiteren europäischen Interessenten denselben Service anbieten.

Im zweiten Quartal 2012 hat die *aap* Biomaterials GmbH eine Entwicklungsvereinbarung mit einem weltweit tätigen MedTech-Unternehmen über ein Biomaterial unterschrieben. Die Wirksamkeit des

Vertrags steht noch unter der aufschiebenden Bedingung der Erreichung vordefinierter Prüfungsergebnisse.

Im Verlauf des dritten Quartals 2012 konnte unser Tochterunternehmen EMCM eine Entwicklungsvereinbarung mit einem führenden amerikanischen Forschungsinstitut über ein entflammbares, steriles Produkt sowie mit einem in Deutschland ansässigen MedTech-Unternehmen über die Entwicklung/Lieferung von sterilen entflammbaren Produkten und mit einem japanischen Unternehmen über die Herstellung und Befüllung eines sterilen, rekombinanten Peptid-Produkts abschließen.

Seit Anfang Dezember 2012 haben alle Platten der ersten sechs Systeme der innovativen LOQTEQ®-Produktfamilie die FDA-Marktfreigabe in den USA. In Folge dessen konnte die *aap* Implantate AG im vierten Quartal 2012 einen Vertrag über ein Pilotmarketingprojekt mit einem großen amerikanischen Orthopädieunternehmen abschließen, der sowohl die Standard-Trauma Produkte als auch das LOQTEQ®-Produktportfolio umfasst. Bei erfolgreichem Abschluss des Pilotprojektes wird ein entsprechender Distributionsvertrag für den US-Markt finalisiert.

Des Weiteren wurde im vierten Quartal ein exklusiver Lizenz- und Distributionsvertrag über unseren Wirbelsäulenzement Vebroplast® zwischen EMCM und einem chinesischen Partner geschlossen. Die Lizenz umfasst die Herstellung und den Vertrieb des Zements in China, Honkong und Macau und resultierte in einem Umsatzeffekt von 0,4 Mio. €.

Im Zuge unserer Fokussierung auf die Bereiche Trauma und Biomaterialien haben wir bereits Anfang 2009 den weltweiten Vertrieb von Dentalprodukten auf einen exklusiven Partner übertragen und fungieren über die *aap* Biomaterials GmbH lediglich als Auftragshersteller. Als Zeichen der weiteren Entkoppelung von diesem Bereich, haben wir Ende 2012 die maschinellen Anlagen und das Know-How für die Herstellung der Dentalprodukte in eine eigenständige Gesellschaft überführt und 50 % der Anteile an der *aap* BM productions GmbH an unseren Vertriebspartner veräußert. *aap* erzielte dabei einen Veräußerungspreis von 1 Mio. € und führt von nun ab die Gesellschaft gemeinschaftlich mit unserem Partner. Dabei werden sämtliche bestehenden Geschäftsbeziehungen zwischen *aap* und unserem Vertriebspartner weiterhin vollständig über die *aap* Biomaterials GmbH abgebildet.

Außerdem wurden im Verlauf des gesamten Jahres 2012 LOQTEQ®-Distributionsverträge in Ländern wie Brasilien, Argentinien, Mexiko, Kolumbien, Italien, Spanien, Portugal, Türkei und Ägypten abgeschlossen.

Ende Dezember 2012 hat die *aap* Implantate AG zwei neue Kreditvereinbarungen über jeweils 1 Mio. € abgeschlossen. Die beiden Tranchen haben eine Laufzeit von zwei bzw. drei Jahren und sind jeweils endfällig zu tilgen. Die Verzinsung ist variabel und basiert auf dem 3-Monats-EURIBOR. Zur Absicherung möglicher Zinsschwankungen wurde ein Zinscap abgeschlossen.

Ertragslage

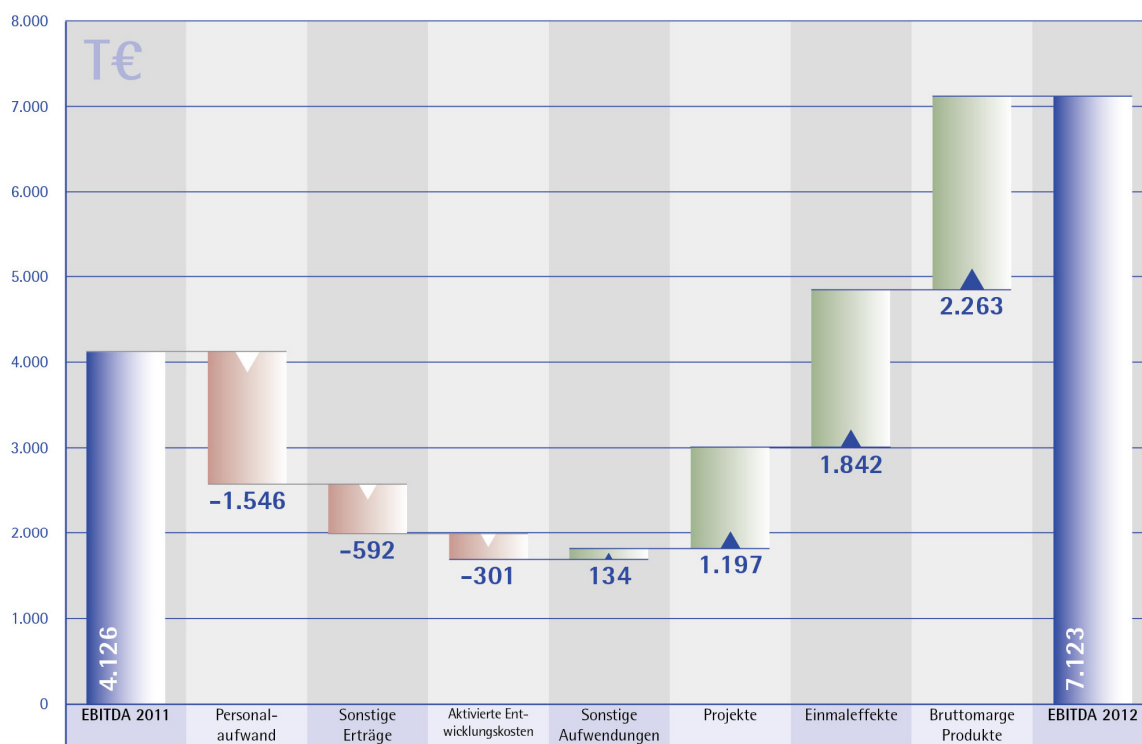
(1) Darstellung Ergebnisentwicklung/Ergebnisstruktur

Die Gesamtleistung (Summe aus Umsatzerlösen, Bestandsveränderung und aktivierten Eigen- und Entwicklungsleistungen) stieg infolge stark erhöhter Umsatzerlöse bei geringerer Bestandserhöhung und vermindertem Umfang an aktivierten Eigen- und Entwicklungsleistungen von 33,0 Mio. € um 19 % auf 39,3 Mio. €.

Gemäß IFRS aktiviert *aap* als entwicklungsintensives Unternehmen neben selbst produzierten Anlagegütern auch Aufwendungen für Eigen- und Entwicklungsprojekte, für deren Zulassung und ökonomisch erfolgreiche Vermarktung eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht (2012: 2,7 Mio. €; 2011: 3,0 Mio. €). Diese aktivierten Entwicklungskosten werden nach der Markteinführung der Produkte über deren wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der gegenüber dem Vorjahr verminderte, aber trotzdem noch hohe Umfang der Aktivierung spiegelt zum einen klar die Fokusstrategie auf die Bereiche Trauma und Biomaterialien, aber auch die Entwicklung von *aap* zum Innovationstreiber für medizinische Implantate und Biomaterialien wider.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich signifikant auf 3,3 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) und enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Wertaufholung von Vermögenswerten, aus der Veräußerung von Finanzanlagevermögen sowie aus Aufwandszuschüssen für Forschungs- und Entwicklungsprojekte.

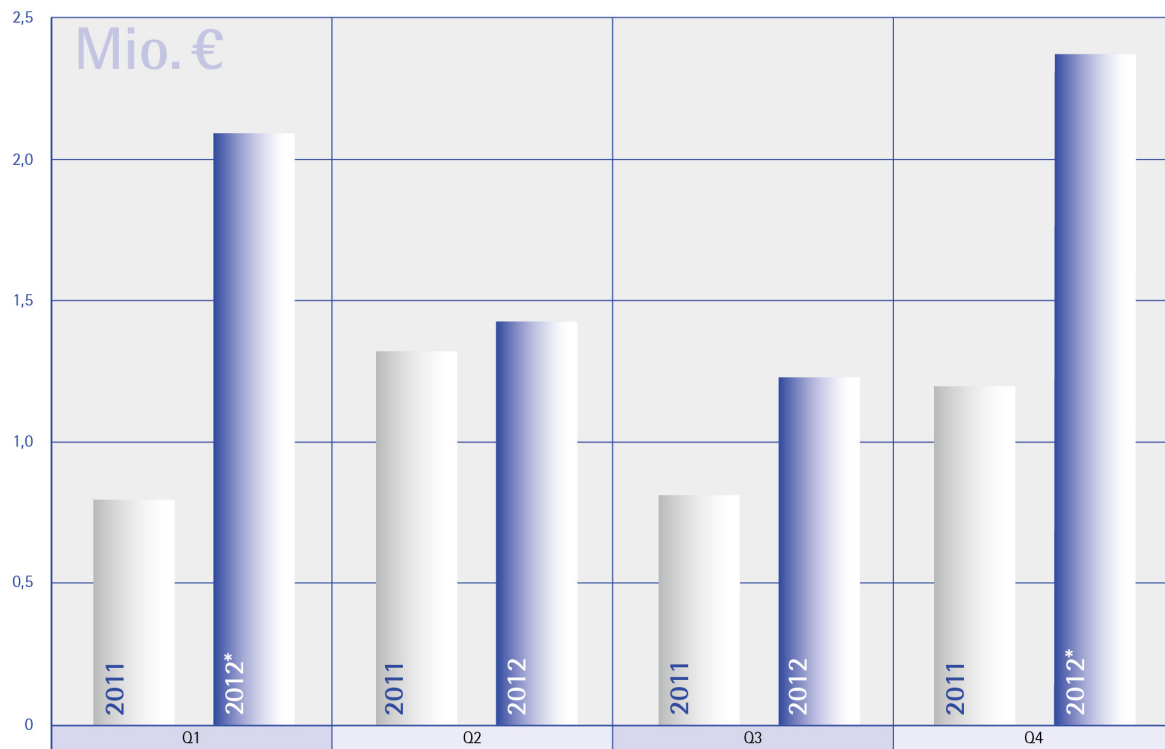
Bei der Analyse der verschiedenen Kostenkategorien lässt sich Folgendes feststellen: Die Materialaufwendungen erhöhten sich infolge des gestiegenen Umsatzvolumens stark von 8,1 Mio. € auf 10,8 Mio. € bei ebenfalls gestiegenen Personalaufwendungen von 13,5 Mio. € (Vorjahr: 11,9 Mio. €). Die Abschreibungen wuchsen auch infolge von außerplanmäßigen Wertberichtigungen auf Entwicklungsprojekte von 3,0 Mio. € auf 3,9 Mio. €, während die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nur leicht von 10,8 Mio. € auf 11,2 Mio. € anstiegen.



EBITDA 2011 versus 2012

Das EBITDA hat sich um 73 % von 4,1 Mio. € auf 7,1 Mio. € erhöht, das EBIT oder operative Ergebnis verbesserte sich von 1,2 Mio. € auf 3,2 Mio. €. Maßgeblich für diesen starken Anstieg waren neben der Umsatzausweitung der Abschluss der beiden Lizenz- und Liefervereinbarungen im ersten und vierten Quartal mit einem EBITDA/EBIT-Effekt von 1,2 Mio. €, der Effekt aus der Veräußerung von 50 % der Anteile der im Geschäftsjahr neu gegründeten *aap* BM productions GmbH in Höhe von 0,8 Mio. € sowie der in den sonstigen betrieblichen Erträgen erfassten Wertaufholung von

Vermögenswerten von 1,0 Mio. €. Ohne Berücksichtigung der Effekte aus der Wertaufholung sowie der außerplanmäßigen Abschreibung auf Entwicklungsprojekte beträgt das operative EBITDA 2012 6,1 Mio. € sowie das operative EBIT 2012 3,0 Mio. €.



* Im ersten und vierten Quartal sind Effekte aus Projektgeschäften enthalten.

EBITDA 2011 versus 2012 auf Gruppenebene nach Quartalen

Ein Beteiligungsergebnis wurde - wie im Vorjahr - nicht erzielt.

Das Finanzergebnis blieb mit -0,5 Mio. € unverändert.

Die ausgewiesenen Ertragsteuern in Höhe von 311 T€ resultieren aus tatsächlichen Steueraufwendungen in Höhe von 396 T€ und dem Ertrag aus der saldierten Veränderung der aktiven und passiven latenten Steuern in Höhe von 85 T€. Zur Entwicklung der latenten Steuern verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

aap erzielte damit ein stark verbessertes Jahresergebnis nach Steuern von 2,4 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €).

(2) Analyse der bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren

aap als innovatives Wachstumsunternehmen betrachtet nachhaltig profitables Wachstum, den Aufbau langfristiger Partnerschaften mit führenden globalen Orthopädie-Unternehmen und die Entwicklung innovativer Produkte als primäre Leistungsindikatoren. Daneben stand im Zuge der weiteren Fokussierung auf die Bereiche Trauma sowie Knochenzemente und Zementierungstechniken der Fokus auf Kunden, Kosten sowie liquide Mittel.

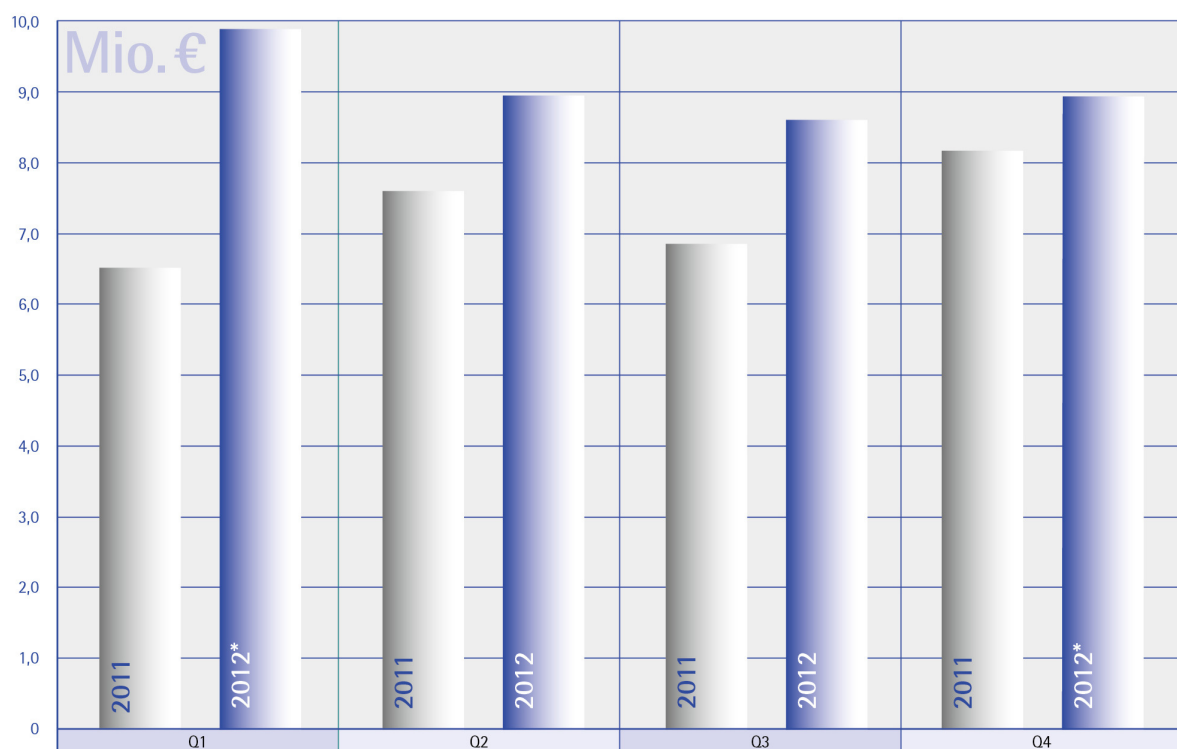
Engagierte und gut ausgebildete Mitarbeiter sind der Schlüssel zum Unternehmenserfolg der aap. Ihre Fachkompetenz ermöglicht die Entwicklung und Produktion innovativer und marktgerechter Medizinprodukte. Deshalb ist es für die aap wichtig, qualifizierte Talente zu gewinnen, die

Mitarbeiter im Unternehmen zu halten und ein Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem alle ihr volles Potenzial einbringen können. Um dies zu gewährleisten, positioniert sich *aap* als attraktiver Arbeitgeber. Die Eckpfeiler der Personalarbeit sind Unterstützung berufsbegleitender Weiterbildungen, eine leistungsgerechte Entlohnung, eine positive Arbeitsatmosphäre und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Als international tätiges Unternehmen arbeitet *aap* auf der Beschaffungsseite mit einer Vielzahl nationaler und internationaler Lieferanten zusammen. Ziel aller Beschaffungsaktivitäten ist es, über eine enge und langfristige Zusammenarbeit mit den Lieferanten Produktqualität und Liefertreue sicherzustellen und so dauerhaft Wettbewerbsvorteile zu erzielen.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor für die nachhaltige Entwicklung der *aap* war und ist in zunehmendem Maße der enge Kontakt zu Kunden sowie ein fundiertes Wissen über die internationalen Märkte. Um dies sicherzustellen, präsentiert *aap* sich weltweit auf den wichtigsten Messen der Branche, verfügt über ein Netzwerk von Key-opinion-leadern in den relevanten medizinischen Bereichen und ist Mitglied in verschiedenen Wirtschaftsverbänden (z. B. BVMed).

(3) Entwicklung von Umsatz- und Auftragslage



* Im ersten und vierten Quartal sind Effekte aus Projektgeschäften enthalten.

Umsätze 2011 versus 2012 auf Gruppenebene nach Quartalen

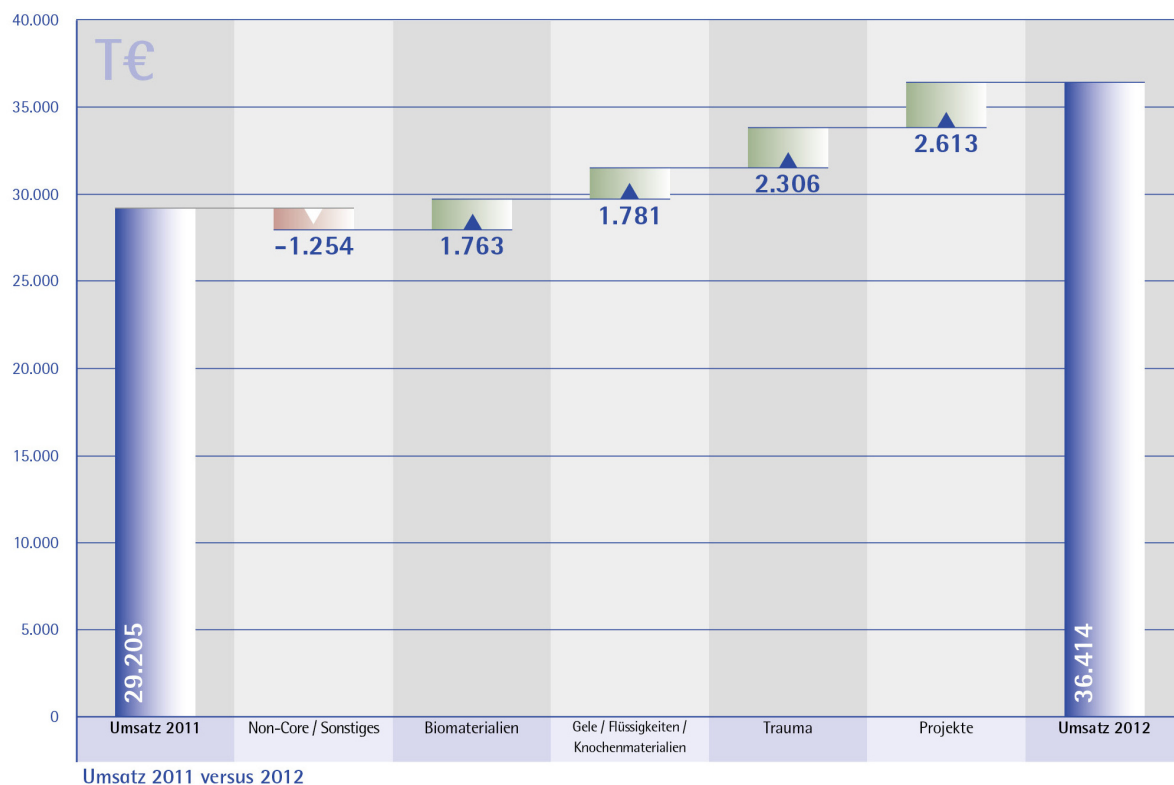
Ihren Gesamtumsatz erwirtschaftet die *aap*-Unternehmensgruppe auf zwei Wegen: Zum einen aus dem Produktumsatz mit unter eigenem Label vertriebenen sowie für OEM-Partner produzierten Biomaterialien und Implantaten und zum anderen aus Projektumsätzen und Auslizenzierungen.

Im Geschäftsjahr 2012 stieg der Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr um 25 % von 29,2 Mio. € auf 36,4 Mio. €. Der Gesamtumsatz in Höhe von 36,4 Mio. € setzt sich für das Geschäftsjahr 2012 aus dem Umsatz mit Produkten und Dienstleistungen sowie den beiden im Geschäftsjahr abgeschlossenen Lizenzvereinbarungen zusammen. Nach Herausrechnung der Lizenzumsätze ergibt sich für 2012 ein vergleichbarer Umsatz auf Produktebene i. H. v. 33,8 Mio. € und damit in 2012 eine Steigerung um 16 % gegenüber dem Vorjahr.

Für das Geschäftsjahr 2012 wurde somit die zu Beginn des Geschäftsjahres kommunizierte Prognose einer 10%igen Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr erfüllt.

Die verschiedenen vorgenannten Effekte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

	2012 Mio. €	2011 Mio. €	Veränderung Mio. €	Veränderung %
Produktumsatz	33,8	29,2	+4,6	+16 %
Projektgeschäft	2,6	0,0	+2,6	>+100 %
Gesamtumsatz	36,4	29,2	+7,2	+25 %



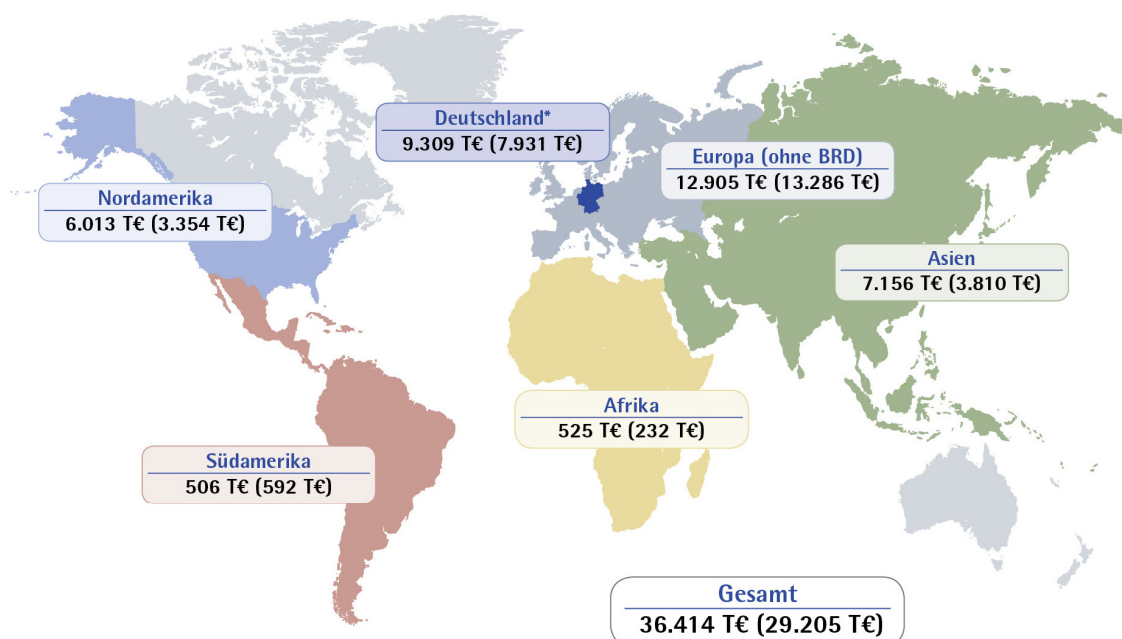
Der im Jahresvergleich gestiegene Umsatz auf Produktebene von 4,6 Mio. € resultiert vor allem aus höheren Umsätzen aus der Kernkompetenz Trauma und Biomaterialien (hier vor allem Knochenzemente/Zementierungstechniken). Daneben trug der Bereich Auftragsfertigung für aseptische Abfüllung von Flüssigkeiten/Gelen/Fluids sowie Prozessierung von Gewebematerialien an unserem niederländischen Standort ebenfalls zum Wachstum bei.

Der Produktbereich Trauma umfasst die Produkte der Frakturheilung für alle wesentlichen Skelettregionen. In 2012 stieg der Umsatz in diesem Bereich um 58 % auf 6,3 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €). Der Anstieg in diesem Produktbereich ist maßgeblich geprägt durch den erfolgreichen

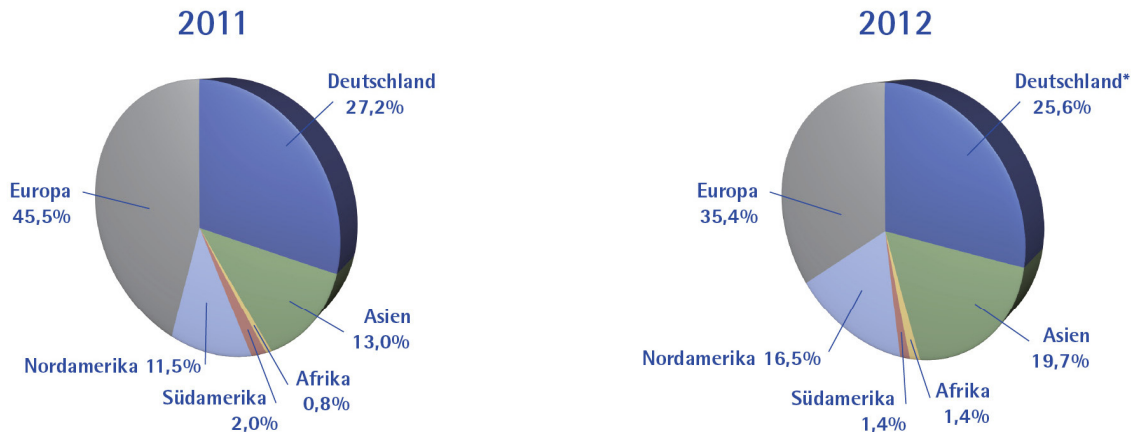
Vertrieb unseres innovativen und patentgeschützten LOQTEQ®-Systems mit einem Umsatz von 2,0 Mio. € im ersten vollen 12-Monatszeitraum (Vorjahr: 0,4 Mio. €). Ausgehend von unserer Managementagenda 2012 hatten wir uns ein Umsatzvolumen für LOQTEQ® in 2012 von 2,4 Mio. € zum Ziel gesetzt. Dieses Ziel haben wir nicht vollständig erreicht, trotz Auftragseingängen von über 2,4 Mio. €. Nicht alle Aufträge konnten aufgrund von Verzögerungen bei der Registrierung in einigen Ländern ausgeliefert werden. Daneben trug die Umsatzentwicklung unserer Standardtraumaprodukte, hier insbesondere die *aap*-Lochschrauben mit einem Umsatzzuwachs von 0,6 Mio. €, positiv zum Wachstum bei.

Im Bereich Biomaterialien mit den Kernproduktbereichen Knochenzement/Zementierungstechniken, Infektionstherapie und Knochen- & Geweberegeneration sowie dem Bereich Auftragsfertigung für Dental, für aseptische Abfüllung von Flüssigkeiten/Gelen/Fluids sowie Prozessierung von Gewebematerialien erhöhte sich der Umsatz auf 28,5 Mio. € (Vorjahr: 22,3 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2012 sind zwei Sondereffekte enthalten: So realisierte *aap* in 2012 insgesamt 2,6 Mio. € aus der Auslizenzierung eines Knochenregenerationsprodukts an ein weltweit führendes Unternehmen in der Medizintechnik (2,2 Mio. €) als auch aus der Auslizenzierung eines Wirbelsäulenzements an einen chinesischen Partner (0,4 Mio. €). Bei Herausrechnung des vorgenannten Gesamteffekts ergibt sich ein Produktumsatz für 2012 von 25,8 Mio. €, was einem bereinigten Wachstum von 15 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Getragen wurde das Umsatzwachstum in 2012 vor allem durch den Produktbereich Knochenzement/Zementierungstechnik sowie die Auftragsfertigung von medizinischen Ästhetik- und Dentalprodukten.

Unser Produktbereich Orthopädie (Hüfte, Knie und Schulter) trug im Geschäftsjahr mit 1,5 Mio. € zum Gesamtumsatz bei (Vorjahr: 2,2 Mio. €). Wie bereits im Geschäftsjahr kommuniziert, evaluiert *aap* verschiedene Alternativen für diesen Produktbereich und befindet sich derzeit in unverbindlichen Gesprächen. Es werden unterschiedliche Geschäftsmodelle erörtert - vom kompletten Verkauf der Vermögenswerte dieses Bereiches bis hin zu einem Joint-Venture mit einem Partnerunternehmen.



Die Zahlen in den Klammern beziehen sich auf die Vorjahreswerte.



* In 2012 sind Effekte aus Projektumsätzen enthalten

Umsätze 2011 versus 2012 nach Regionen

Bei Analyse der geographischen Umsatzverteilung lassen sich folgende Feststellungen ableiten:

- Der Umsatz in Deutschland stieg von 7,9 Mio. € um 1,4 Mio. € auf 9,3 Mio. € vor allem aufgrund gestiegener Umsätze mit Großkunden aus dem Bereich Knochenzement/Zementierungstechnik, Auftragsfertigung Dental sowie sonstiger Auftragsfertigung.
- Der signifikante Umsatzanstieg in Asien von 3,3 Mio. € resultiert zum einen aus dem stark gestiegenen Umsatzvolumen mit einem chinesischen Kunden im Bereich der Auftragsfertigung von medizinischen Ästhetikprodukten sowie dem Lizenzumsatz für einen Wirbelsäulenzement mit einem ebenfalls chinesischen Partner.
- Der ebenfalls starke Anstieg des Umsatzes in Nordamerika ist Folge des Lizenzumsatzes für ein Knochenregenerationsprodukt aus dem erstem Quartal 2012 in Höhe von 2,2 Mio. € sowie erhöhten Umsätzen mit neuen und Bestandskunden aus den Produktbereichen LOQTEQ® und Standardtrauma sowie Knochenzement/Zementierungstechnik.
- In den weiteren Regionen Europa, Asien und Afrika blieben die Umsätze entweder nahezu unverändert bzw. haben sich nur unwesentlich verändert im Vergleich zum Vorjahresniveau.

Durch den Ausbau des internationalen Geschäfts – in beiden Bereichen mit OEM-Kunden und lokalen Distributionspartnern – erzielt *aap* nun 89 % des Umsatzes nicht mehr im deutschen Direktvertrieb (2011: 87 %) und beschränkt damit weiterhin die Folgen, die sich aus Kostendruck und Strukturwandel des deutschen Gesundheitssystems ergeben.

(4) Wesentliche Änderungen in der Struktur einzelner Aufwendungen und Erträge

Die Gesamtleistung (Summe aus Umsatzerlösen, Bestandsveränderung an fertigen und unfertigen Erzeugnissen sowie aktivierten Eigen- und Entwicklungsleistungen) erhöhte sich bei verminderter Bestandserhöhung und geringerer Aktivierung von Eigen- und Entwicklungsleistungen von 33,0 Mio. € auf 39,3 Mio. € vor allem infolge der gestiegenen Gesamtumsatzerlöse. Die ausgewiesene Bestandserhöhung resultiert im Wesentlichen aus zum Stichtag fertig gestellten bzw. nahezu fertig

gestellten Bestellungen von Großkunden aus dem Bereich Knochenzement und Zementierungstechnik sowie Auftragsfertigung für aseptische Abfüllung von Flüssigkeiten/Gelen/Fluids. Die Bestanderhöhung in beiden Bereichen ist unmittelbare Folge des stark gestiegenen Produktionsoutputs in 2012. Es ist zu erwarten, dass auch im Jahr 2013 eine Bestandserhöhung ausgewiesen wird, hier vor allem vor der Zielsetzung, unseren Umsatz mit LOQTEQ® auf über 5,0 Mio. € zu steigern.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich signifikant auf 3,3 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) und enthalten zwei Sondereffekte: Zum einen wurde eine Wertaufholung in Höhe von 1,0 Mio. € auf einen Vermögenswert vorgenommen, der im Konzernjahresabschluss 2008 außerplanmäßig wertberichtigt wurde. Zum damaligen Zeitpunkt führten rechtliche Unsicherheiten im Rahmen von noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen zu einem außerplanmäßigen Wertberichtigungsbedarf von 1,4 Mio. €. Die Fakten, die damals zur Wertberichtigung geführt hatten, liegen nun nicht mehr vor und daher muss in Übereinstimmung mit IAS 36 eine Wertaufholung auf den erzielbaren Betrag vorgenommen werden. Zum anderen erzielten wir aus der Veräußerung von 50 % der Anteile aus der im Geschäftsjahr neugegründeten *aap* BM productions GmbH einen Erlös von 0,9 Mio. €. Nach Herausrechnung von diesen beiden Effekten enthalten die sonstigen betrieblichen Erträge im Wesentlichen Erträge aus staatlichen bzw. europarechtlichen Zuwendungen, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Verpflichtungen sowie aus dem Privatnutzungsanteil aus der Dienstwagenüberlassung.

Die bereinigte Materialkostenquote - ohne Berücksichtigung der Effekte aus den Lizenzgeschäften (Umsatzerlöse von 2,6 Mio. € sowie Materialaufwand 0,9 Mio. €) - liegt bei 27 % (Vorjahr: 25 %). Ursächlich für den Anstieg war vor allem eine veränderte Produktmix-/Umsatzstruktur mit höheren Materialeinsatzquoten.

Die Personalkostenquote sank infolge stark erhöhter Gesamtleistung bei deutlich gestiegenen absoluten Personalaufwendungen von 36 % auf 34 %. Bei Betrachtung der absoluten Werte stiegen die Personalaufwendungen von 11,9 Mio. € auf 13,5 Mio. €.

Die Unternehmensgruppe beschäftigte zum 31. Dezember 2012 264 Mitarbeiter, davon 212 Vollzeit- und 52 Teilzeitbeschäftigte (Vorjahr: 266, davon 221 Vollzeit-, 45 Teilzeitbeschäftigte). Zur langfristigen Absicherung der Produktionsfähigkeiten bildet die *aap* Implantate AG nach wie vor eigene Facharbeiter aus. Der Anstieg der Personalaufwendungen im Jahresvergleich resultiert im Wesentlichen aus dem höheren durchschnittlichen Personalbestand infolge der vor allem im vierten Quartal 2011 gezielten Verstärkung in den Bereichen Vertrieb, Marketing und Produktion. Auch für 2013 ist mit einem Anstieg der Personalaufwendungen zu rechnen, um insbesondere unsere ambitionierten Umsatzziele im Bereich Trauma erreichen zu können.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen nur leicht von 10,8 Mio. € auf 11,2 Mio. € bei signifikant erhöhter Gesamtleistung. Die Quote der sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerte sich infolgedessen von 33 % auf 28 %. Ursächlich für den Anstieg sind erhöhte Vermarktungsaufwendungen im Zuge des internationalen Markttrollouts unseres neuen LOQTEQ®-Plattensystems, Einmalaufwendungen für die Erstellung einer neuen Unternehmenswebsite, gestiegene Personalbeschaffungskosten, erhöhte Beratungsaufwendungen im Zusammenhang unserer scCO₂-Technologie sowie der Evaluation verschiedener Geschäftsmodelle für den Bereich Orthopädie, gestiegene Kosten der Warenabgabe infolge der erhöhten Umsatzerlöse sowie den Einmaleffekten aus den abgeschlossenen Lizenzvereinbarungen im Geschäftsjahr.

Die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte des Anlagevermögens und Sachanlagen erhöhten sich von 3,0 Mio. € auf 3,1 Mio. € und resultieren vor allem aus planmäßig begonnenen Abschreibungen auf im Geschäftsjahr fertiggestellten Entwicklungsprojekten, die nun aktiv vermarktet werden. Die Abschreibungsquote sank leicht von 9 % auf 8 %. Daneben wurden im Geschäftsjahr außerplanmäßige Abschreibungen auf drei Entwicklungsprojekte in Höhe von 0,8 Mio. € vorgenommen, die nicht mehr weiterverfolgt werden und außerhalb unserer Kernkompetenzen liegen. Regelmäßig werden unsere Entwicklungsaktivitäten auf Übereinstimmung zu unserer Fokusstrategie auf die Bereiche Trauma und Biomaterialien bzw. auf ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit (Kosten/erwarteter Nutzen, Zulassung etc.) überprüft. So kann es auch in Zukunft zu weiteren Abschreibungen kommen, wenn die Entwicklungsprojekte nicht mehr die strengen Anforderungen von IAS 38 erfüllen.

Finanzlage

Der operative Cash-Flow der *aap*-Gruppe erhöhte sich im Geschäftsjahr signifikant um 3,9 Mio. € auf 7,1 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €). Diese sehr positive Entwicklung ist maßgeblich beeinflusst von dem im Geschäftsjahr realisierten profitablen Umsatzwachstum (inklusive der Lizenzgeschäfte), einem verbesserten Working-Capital-Management, das sich u. a. in einer Verminderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 1,3 Mio. € zeigt, sowie Vorabzahlungen von Kunden auf platzierte Bestellungen (abgebildet in der Erhöhung der Verbindlichkeiten und anderer Passiva um 1,3 Mio. €). Die adäquate Steuerung des Working Capital wird für *aap* auch in Zukunft ein zentrales Element des Managements darstellen, insbesondere mit dem Ziel die Kapitalbindung im Vorratsvermögen zu reduzieren.

Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -3,9 Mio. € (Vorjahr: -3,7 Mio. €) war vor allem geprägt durch Investitionen in Entwicklungsprojekte, technische Anlagen und Maschinen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Der um 3,4 Mio. € auf -1,6 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €) verminderte Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit resultiert vor allem aus der im Geschäftsjahr planmäßig erbrachten Tilgungsleistungen auf Kreditverbindlichkeiten (-1,2 Mio. €), der signifikanten Reduktion von hochverzinslichen Gesellschafterdarlehen (-2,4 Mio. €) sowie der Hereinnahme von wesentlich niedriger verzinsten Darlehen (+2,0 Mio. €), die teilweise zur Tilgung der Gesellschafterdarlehen herangezogen wurden. Daneben wurden im Geschäftsjahr von den Minderheitsgesellschaftern sämtliche restlichen Anteile an der ADC Advanced Dental Care GmbH für 0,1 Mio. € erworben und damit die Beteiligung an dem Tochterunternehmen von 54 % auf 100 % aufgestockt. Die im Geschäftsjahr 2012 aufgenommenen Mittel dienen der Finanzierung des weiteren Unternehmenswachstums und der Stärkung von *aap's* Finanzbasis.

Die Nettoverschuldung (Summe aller zinstragenden Verbindlichkeiten abzüglich Guthaben bei Kreditinstituten) verringerte sich durch den gestiegenen Bestand an liquiden Mitteln bei nahezu gleichhoher Inanspruchnahme der Kontokorrentlinien, der im Geschäftsjahr planmäßig geleisteten Tilgungszahlungen auf Darlehen, der außerplanmäßig geleisteten Tilgungszahlungen auf Gesellschafterdarlehen sowie der Hereinnahme von langfristigen Krediten von 6,9 Mio. € (31.12.2011) auf 4,3 Mio. €.

Ausgehend von den Bilanzzahlen 2011 konnte *aap* sein Rating basierend auf dem Moody's Schema um zwei Stufen auf Baa3 (Investgrade äquivalent) verbessern. Basierend auf dieser Entwicklung und

des weiterhin positiven Geschäftsverlaufs in 2012 konnte *aap* Ende April eine Ausweitung ihrer Kreditlinien um 1,0 Mio. € erreichen. Die erweiterten Kreditlinien sollen der Sicherung von möglichen Finanzierungsspitzen im Rahmen des geplanten Umsatzwachstums dienen. Im gleichen Zuge wurden von denen uns finanzierenden Banken die Darlehensbelastungserklärungen der Gesellschafter freigegeben und somit konnten im Geschäftsjahr die außerplanmäßigen Tilgungen geleistet werden.

Die liquiden Mittel der Gruppe betragen per 31.12.2012 3,7 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €). Dieses im Vergleich zum 31.12.2011 gestiegene Niveau ist vor allem auf den starken operativen Cash-Flow zurückzuführen, der selbst nach Abzug von Investitionen und Finanzierung einen positiven Saldo von 1,5 Mio. € aufweist. *aap's* erklärtes Ziel für 2013 ist es, durch weiteres profitables Umsatzwachstum die Nettoverschuldung durch die weitere planmäßige Reduktion der Darlehensverbindlichkeiten und geringerer Inanspruchnahme der Kontokorrentlinien weiter zu reduzieren.

Der *aap*-Gruppe standen zum 31.12.2012 vertraglich zugesicherte Kreditlinien in Höhe von 5,8 Mio. € zur Verfügung, von denen zum Bilanzstichtag 4,5 Mio. € in Anspruch genommen wurden. Zum 31.12.2012 verfügte *aap* über eine nutzbare Liquidität (Summe aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten sowie freiverfügbaren Kreditlinien) in Höhe von 4,9 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €).

In Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Brutto-Inanspruchnahme Kreditlinien	-4,5	-4,4
Guthaben unter Kreditlinien	3,3	1,9
Netto-Inanspruchnahme Kreditlinien	-1,2	-2,5

Der *aap*-Gruppe stehen für das Jahr 2013 bis auf weiteres Kreditlinien im Gesamtbetrag von 5,8 Mio. € zur Verfügung. Unter Zugrundelegung des Budgets für 2013 sollte sich die Liquiditätssituation von *aap* in 2013 weiter verbessern. *aap* geht davon aus, 2013 ebenfalls mit einem positiven Cash-Flow abzuschließen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass zur weiteren Sicherung des Umsatzwachstums kurzfristige Working-Capital Finanzierungen innerhalb des Jahres 2013 notwendig werden.

Erfreulich bleibt weiterhin die Entwicklung der für *aap* strategisch wichtigen Finanzierungskennzahlen Schuldendeckungsgrad und Zinsdeckungsgrad. So ergibt sich für den rollierenden Schuldendeckungsgrad (Basis: letzte vier Quartale) ein Wert von 0,8 (31.12.2011: 1,7) und für den rollierenden Zinsdeckungsgrad (Basis: letzte vier Quartale) ein Wert von 11,8 (31.12.2011: 6,8). Mit diesen im Vergleich zum Vorjahr verbesserten Werten liegt *aap* auch weiterhin über den von den Banken üblicherweise geforderten Mindestwerten und bildet damit eine solide Basis zur weiteren Sicherung des profitablen Wachstums der *aap*-Gruppe. Auch für das Jahr 2013 gelten die stringenten Maßstäbe hinsichtlich der Zielwerte für einen Schuldendeckungsgrad kleiner 2,0 sowie einem Zinsdeckungsgrad größer 10 (jeweils bezogen auf das rollierende operative EBITDA). Für weitere Informationen zur Steuerung der Liquidität verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang (Kapitalmanagement).

Vermögenslage

Das Bilanzbild der *aap*-Gruppe veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich. So stieg die Bilanzsumme von 66,2 Mio. € um 3,7 % auf 68,6 Mio. €. Die Erhöhung resultiert vor allem aus

gestiegenen Beständen an aktivierten Eigen- und Entwicklungsleistungen, einem erhöhten Bestand an Umlaufvermögen sowie dem gestiegenen Eigenkapital.

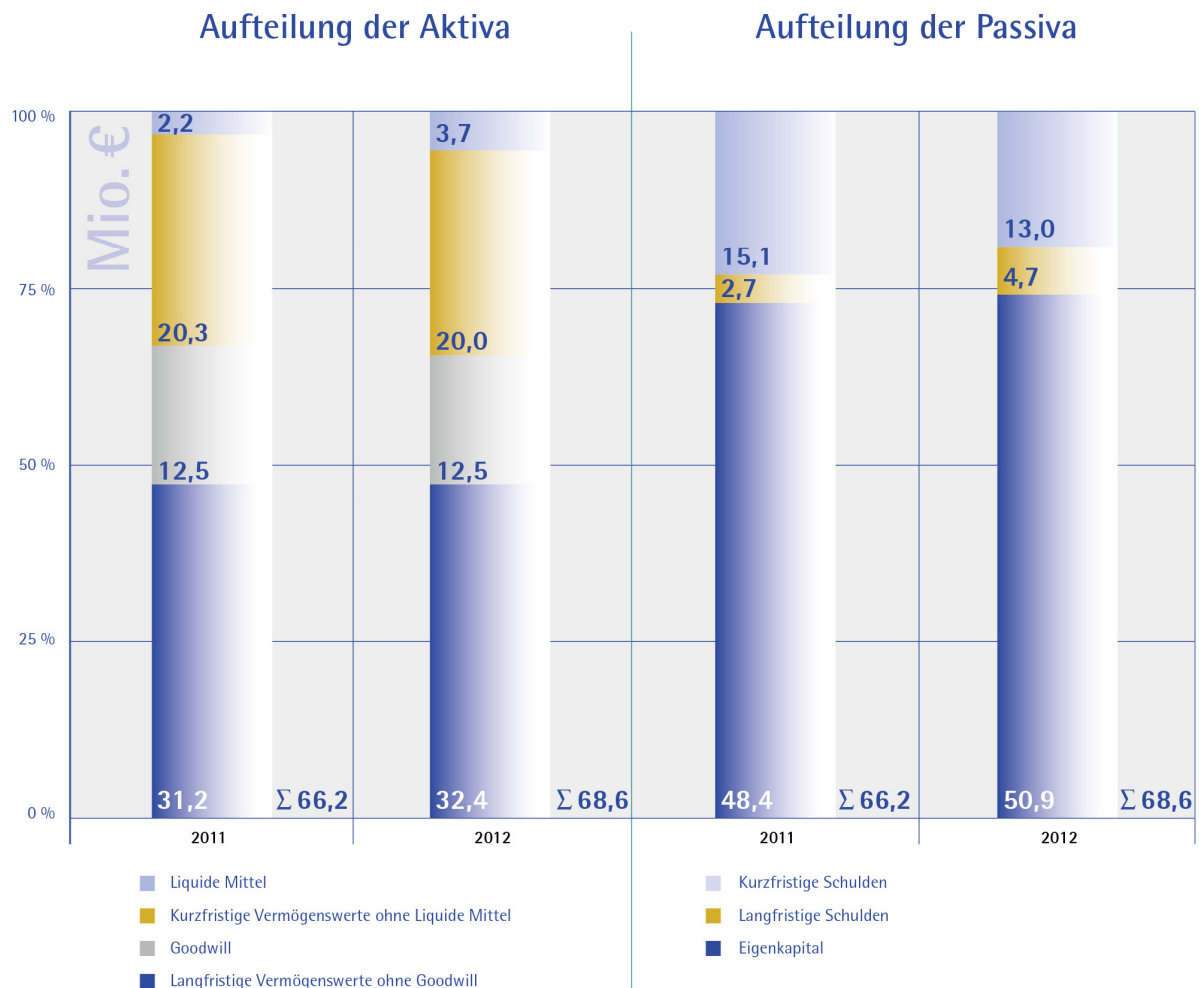
Der Anstieg der langfristigen immateriellen Vermögenswerte von 38,2 Mio. € um 1,2 Mio. € auf 39,4 Mio. € resultiert vor allem aus der Nettoveränderung bei den aktivierten Entwicklungskosten in Höhe von 1,6 Mio. €.

Der Anstieg der kurzfristigen Vermögenswerte um 1,2 Mio. € auf 23,7 Mio. € (Vorjahr: 22,5 Mio. €) resultiert insbesondere aus dem höheren Bestand an liquiden Mitteln (+1,5 Mio. €), gestiegenen sonstigen Vermögenswerten von 1,0 Mio. € bei gleichzeitig reduziertem Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-1,3 Mio. €). Insgesamt lässt sich hieran noch einmal deutlich machen, dass wir trotz gestiegenen Umsatzvolumens durch ein verbessertes Management eine Reduktion unseres Working Capitals (Vorräte und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen) erreichen konnten.

Das Eigenkapital erhöhte sich infolge des positiven Perioden- und Vorjahresergebnis von 48,4 Mio. € auf 50,9 Mio. €. Die Eigenkapitalquote stieg aufgrund der nahezu ausschließlich durch die Veränderung des Eigenkapitals bedingten Erhöhung der Bilanzsumme von 73 % auf 74 %. Die bereinigte Eigenkapitalquote (nach Abzug von Geschäfts- oder Firmenwert, aktivierten Entwicklungsleistungen und sonstigen immateriellen Vermögenswerten) erhöhte sich ebenfalls von 42 % auf 44 %. Nach Verrechnung des Jahresüberschusses mit dem Verlustvortrag wurde eine Entnahme aus der Kapitalrücklage von 21,9 Mio. € vorgenommen und der Bilanzverlust der *aap* somit auf Null ausgeglichen. Damit ist die Voraussetzung geschaffen worden, bei weiterhin positiver Entwicklung der Gesellschaft, ihrer Tochterunternehmen und Beteiligungen verbunden mit der Erwirtschaftung künftiger Jahresüberschüsse gegebenenfalls eine Dividende an die Aktionäre der *aap* auszahlen zu können.

Der Bestand der aktivierten latenten Steuern blieb unverändert bei einem Ansatz von 0 T€. *aap* aktiviert in Übereinstimmung mit den IFRS seit dem Geschäftsjahr 2008 aktive latente Steuern aufgrund der in der Vergangenheit bestehenden Ergebnisentwicklung nur insoweit sie am Bilanzstichtag durch passive latente Steuern aus temporären Differenzen gedeckt sind, auch wenn sich durch die steuerlichen Verlustvorträge eine höhere Nutzungsmöglichkeit ergibt.

Die Entwicklung wesentlicher Posten der konsolidierten Bilanz zum 31.12.2012 im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt ist in der nachfolgenden Grafik zusammengefasst:



C) Nachtragsbericht

Das Tochterunternehmen EMCM B.V. hat mit Datum vom 20.03.2013 einen exklusiven Lizenzvertrag mit der amerikanischen BiosCompass, Inc. (Rochester, Minnesota) unterzeichnet. EMCM vergibt eine exklusive Lizenz am geistigen Eigentum (IP) des zuvor als nicht zum Fokusbereich der *aap*-Gruppe gehörenden Produkts Adcon® und bleibt weiterhin Hersteller des Produkts. Die exklusive Lizenz bezieht sich auf sämtliches IP (z.B. Patente, Markennamen, Designrechte, Herstellungs-Know-How u. ä.) und gilt weltweit. *aap* fließt im Zuge des Abschlusses dieser Vereinbarung eine einmalige Lizenzgebühr von 1,7 Mio. € zu. Die Transaktion wurde zu Buchwerten ausgeführt und hat daher keinen Effekt auf das Jahresergebnis.

Ein Tochterunternehmen hat im zweiten Quartal 2012 eine Vereinbarung mit einem weltweit tätigen MedTech-Unternehmen über die Entwicklung eines Biomaterials unterschrieben. Die Wirksamkeit des Vertrags steht noch unter der aufschiebenden Bedingung der Erreichung bestimmter Prüfungsergebnisse. Bis zur Veröffentlichung des Jahresabschlusses wurden diese Ergebnisse noch nicht erreicht.

D) Risikobericht

1) Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess (Bericht gemäß §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB)

Das Ziel des internen Kontrollsystems (IKS) für den Rechnungslegungsprozess ist es, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit zu gewähren, dass ein regelungskonformer Abschluss erstellt wird. Die *aap* Implantate AG stellt als Mutterunternehmen den Konzernabschluss der *aap*-Gruppe auf.

Bezogen auf das rechnungslegungsbezogene IKS kann es nur eine relative und keine absolute Sicherheit geben, dass wesentliche Fehlaussagen in der Rechnungslegung vermieden oder aufgedeckt werden.

Die Steuerung der Prozesse zur Konzernrechnungslegung und Lageberichterstellung erfolgen bei der *aap* durch den Zentralbereich Finanzen. Gesetze, Rechnungslegungsstandards und andere Verlautbarungen werden fortlaufend bezüglich der Relevanz und Auswirkungen auf den Konzernabschluss analysiert. Relevante Anforderungen werden kommuniziert und bilden zusammen mit dem gruppenweit gültigen Abschlusskalender die Grundlage für den Abschlusserstellungsprozess.

In der Organisation des IKS nimmt der Vorstand eine übergreifende Zuständigkeit auf Konzernebene wahr. Von den vielfältigen Kontrollprozessen in der Rechnungslegung sind einige als wesentlich hervorzuheben. Wesentliche Instrumentarien sind:

- Bilanzierungsrichtlinien für besonders relevante Rechnungslegungsvorschriften sowohl auf Konzernebene als auch in den einzelnen Konzerngesellschaften
- Einbeziehung externer Sachverständiger – soweit erforderlich
- Verwendung geeigneter, weitgehend einheitlicher IT-Finanzsysteme und Anwendung von detaillierten Berechtigungskonzepten zur Sicherstellung aufgabengerechter Befugnisse
- Aufgabentrennung zwischen Eingaben von Vorgängen sowie deren Prüfung und Freigabe
- Klare Zuordnung von wichtigen Aufgaben durch Planung der operativen Abschlussprozesse – etwa die Abstimmung von Forderungen und Verbindlichkeiten durch Saldenbestätigungen
- Berücksichtigung von im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken in den Jahresabschlüssen, soweit dies nach bestehenden Bilanzierungsregeln erforderlich ist
- Strikte Verfügungsberechtigungen im Rahmen der Autorisierung von Verträgen, Gutschriften und Ähnlichem sowie ein durchgehend implementiertes „Vier-Augen-Prinzip“
- Kontierungsanweisungen für wesentliche Geschäftsvorfälle
- Klare Vorgaben für den Prozess der Vorratsinventur und der Aktivierung von Entwicklungskosten
- Regelmäßige Schulung der in den Konzernrechnungslegungsprozess involvierten Mitarbeiter

Alle beschriebenen Strukturen und Prozesse unterliegen der ständigen Überprüfung durch die jeweiligen Risikoverantwortlichen. Darüber hinaus betreibt *aap* ein aktives Benchmarking zu Best-Practice-Beispielen anderer Unternehmen. Identifizierte Verbesserungspotenziale setzen wir zielgerichtet um.

2) Risikomanagementsystem

Die *aap*-Gruppe ist im Rahmen ihrer operativen Tätigkeit naturgemäß einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind.

Das Risikomanagement von *aap* ist fester Bestandteil der Unternehmensführung und basiert auf drei wesentlichen Komponenten:

- Zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem: Klar strukturierte und eindeutig dokumentierte Prozesse im Rahmen des Qualitätsmanagements und der Qualitätskontrolle sind eine Vorbedingung für die Zulassung und das Inverkehrbringen von Medizinprodukten. Ziel ist die Risikoprävention. Die von *aap* angewendeten Qualitätsmanagementsysteme wurden von der DEKRA (*aap* Implantate AG, Berlin), dem TÜV (*aap* Biomaterials GmbH) und der niederländischen DEKRA Certification B.V. (EMCM B.V.) zertifiziert.
- Controlling-Instrumente: Das Controlling der *aap* informiert Vorstand, Aufsichtsrat und Entscheidungsträger von *aap* regelmäßig und zeitnah via Ertrags-, Vermögens- und Liquiditätsdarstellungen sowie Kennzahlen über den wirtschaftlichen Stand des Unternehmens und den Stand von Risikopotenzialen.
- Risikomanagementsystem: Um Risiken zu identifizieren, zu bewerten und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen zu können, hat *aap* ein Risikomanagement-System entwickelt. Wichtiger Bestandteil ist eine regelmäßige Erfassung, Systematisierung und Auswertung möglicher Risiken, deren Eintrittswahrscheinlichkeit und mögliche Schadenspotenziale.

3) Beschreibung der einzelnen Risiken, Quantifizierung und Erläuterung möglicher Konsequenzen

a) Markt, Wettbewerb, Neue Produkte und Technologien

Der Wettbewerb im Markt der Medizintechnik im Allgemeinen und im Markt orthopädischer und biologischer Implantate im Besonderen wird weiter zunehmen. Grundsätzlich besteht deshalb das Risiko, dass *aap* im Vergleich zu Wettbewerbern nicht rechtzeitig mit neuen Produkten bzw. mit Anpassungen bestehender Produkte auf Marktentwicklungen reagiert. Daraus können sich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage sowie eine Verschlechterung der Marktposition ergeben.

aap begegnet diesem Risiko aktiv, indem erhebliche Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung getätigt werden sowie ein konstantes Markt- und Technologie-Screening betrieben wird.

Weiterhin können sich staatliche Eingriffe in das Gesundheitssystem negativ auf das Umsatzvolumen und die Ertragslage der Gruppe auswirken. *aap* begegnet diesem Risiko durch eine stetige Internationalisierung des Umsatzes sowie einer intensiven Beobachtung des deutschen Gesundheitssystems mit dem Ziel, negative Entwicklungen antizipieren und ihnen entgegensteuern zu können.

Auf dem Weltmarkt findet konstant eine Unternehmenskonsolidierung statt, durch die *aap* auch kundenseitig betroffen ist. *aap* begegnet dieser Branchenkonsolidierung durch die Kooperation mit einer Vielzahl von Unternehmen und baut konstant neue Partnerschaften auf.

b) Aktivierung von Entwicklungskosten

aap als ein entwicklungsintensives Medtech-Unternehmen aktiviert neben selbst produzierten Anlagegütern auch Aufwendungen für Eigen- und Entwicklungsprojekte. Ausgehend von unseren eigenen Erfahrungen aber auch bei der Branchenanalyse zeigt sich, dass die durchschnittlichen Entwicklungszyklen für ein neues Medizinprodukt zwischen 3 bis 8 Jahren betragen. Der Ansatz von Entwicklungsprojekten als Vermögenswert muss erfolgen, wenn alle sechs Kriterien von IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ erfüllt sind. Alle der sechs Kriterien gelten gleichwertig nebeneinander; eines der herausforderndsten Kriterien jedoch stellt die Erbringung des Nachweises dar, dass der Vermögenswert voraussichtlich einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen erzielen wird. Sämtliche aktivierte Entwicklungsprojekte (eigenentwickelt und erworben) sind jährlich einem Werthaltigkeitstest zu unterziehen. Ein sich gegebenenfalls ergebender Wertminderungsbedarf ist im Jahr des Auftretens als außerplanmäßige Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung sofort zu erfassen. So hat *aap* im Geschäftsjahr 2012 als ein Ergebnis seiner Fokusstrategie auf die Bereiche Trauma und Biomaterialien außerplanmäßige Abschreibungen auf drei Entwicklungsprojekte vorgenommen, die nicht weiter verfolgt werden. Zwei dieser Projekte, die weitgehend den gesamten Betrag der Wertberichtigung ausmachen, betreffen die Entwicklung eines Biomaterialprodukts für die Wunddrainage; ein Bereich außerhalb unserer Kernkompetenzen.

Aktivierte Entwicklungsprojekte müssen nach Abschluss ihrer Entwicklung und erstmaligen Verwendung planmäßig über ihre jeweilige Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Derzeit betragen die Abschreibungsdauern zwischen 5 bis 15 Jahren. Das Management evaluiert kontinuierlich, ob diese Abschreibungsdauern der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauern entsprechen oder ggf. Anpassungen (z. B. kürzere Abschreibungszeiträume) vorzunehmen sind. Mit Blick auf die Entwicklung der Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, hier insbesondere der aktivierten Entwicklungsprojekte, zeigt sich, dass diese in den letzten Jahren kontinuierlich ansteigen. Verbunden mit dem Umsatz- und Ergebniswachstum zeigt sich darin der Beitrag der Entwicklungsprojekte zu der positiven Entwicklung dieser Kenngrößen. Um Fehlentwicklungen oder Projektabbrüche zu vermeiden, hat *aap* umfangreiche Maßnahmen und Prozesse implementiert. Diese umfassen u. a. die Schaffung von Center of Excellences oder die Zusammenarbeit mit angesehenen und international führenden Wissenschaftlern und Medizinern bei zum Beispiel der Entwicklung von neuen Trauma-Plattensystemen, der Silberbeschichtung von Traumaprodukten oder der Entwicklung von Medizinprodukten aus Magnesium. Die Erwartung des Managements zum weiteren Beitrag der aktivierten Entwicklungsprojekte lässt sich an unserer Zielsetzung eines weiter steigenden Freshness Index für 2014/2015, vor allem durch steigende Umsätze mit LOQTEQ® und neuen Biomaterialien, ablesen. Es ist unser klares Verständnis, dass zukünftig der Ergebniseffekt aus aktivierten Entwicklungsprojekten für den Zeitraum der Entwicklung bis zum Ende der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ausgeglichen sein soll.

c) Zulassung der Produkte

In der Medizintechnik und im Gesundheitswesen bestehen strenge und national unterschiedliche Zulassungsvoraussetzungen. Die Versagung oder die verzögerte Erteilung von Zulassungen für die Produkte des Unternehmens könnten sich negativ auf zukünftige Umsätze und Erträge von *aap* auswirken.

Um solche Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und angemessen darauf reagieren zu können, verfolgt die Gesellschaft Entwicklungen auf diesem Gebiet äußerst genau und überwacht

regulatorische Änderungen im Rahmen ihres implementierten Qualitätsmanagementsystems sehr detailliert.

Die Anforderungen für das erstmalige Inverkehrbringen von Medizinprodukten steigen täglich. Für Implantate, welche im Körper der Patienten verbleiben (Endoprothesen, Knochenzement, resorbierbare Regenerationsmaterialien), werden Gutachten auf Basis klinischer Daten als Voraussetzung zur CE-Kennzeichnung verlangt. *aap* reagiert auf diese Entwicklung mit einem weiteren Ausbau der Bereiche Regulatory und Clinical Affairs und der zunehmenden Internationalisierung der Umsätze, um damit erhöhte Aufwendungen durch höhere Produktionsvolumina abzudecken.

Zunehmend lässt sich in der öffentlichen Diskussion die Forderung beobachten, dass das europäische Konformitätsbewertungsverfahren für Medizinprodukte den wesentlich strengeren Zulassungsvoraussetzungen von Arzneimitteln gleichgestellt werden sollte. Um der Medizintechnikbranche gerecht zu werden, müssen die Unterschiede zur Pharmaindustrie verstanden und beachtet werden:

- Bei Arzneimitteln wird die Hauptwirkung auf pharmakologischem Weg erreicht. Die Effekte von Medizinprodukten auf den menschlichen Körper sind dagegen meist physikalischer Natur. Der Begriff der Wirksamkeit ist bei Medizinprodukten daher im Sinne der Funktionalität zu verstehen.
- Arzneimittel greifen in komplexe biologische Systeme ein und ihre therapeutische Wirkung ist eine Wechselwirkung zwischen Arzneistoffen und dem menschlichen Körper. Medizinprodukte wirken dagegen auf den menschlichen Körper – und nicht umgekehrt.
- Unerwünschte Arzneimittelwirkungen sind häufig nicht vorhersehbar. Es sind keine Aussagen möglich, wann sie eintreten, wie schwer sie sind und ob sie reversibel sind. Unerwünschte Effekte von Medizinprodukten sind dagegen in stärkerem Maße vorhersehbar und in der Regel reversibel. Zudem sind die klinischen Effekte bei Medizinprodukten in hohem Maße von den Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie den Erfahrungen des Anwenders abhängig.

Deshalb müssen Medizinprodukte und Arzneimittel auch unterschiedlich behandelt werden.

d) Abhängigkeit von Kunden und Lieferanten

Neben den eigenentwickelten und -produzierten Produkten vervollständigt *aap* ihr Produktportfolio auch durch Handelswaren (z.B. Instrumente, Lavage-Systeme, Teile des GeniUs® Kniegelenksystems, Zukauf eines Biomaterialprodukts). Verschiedene *aap*-Produkte werden, wenn die Produktionskompetenz nicht vorhanden ist, durch dritte Zulieferer hergestellt (z.B. Spritzguss, Polymere und Kollagen). Eine solche Partnerschaft bedeutet eine verstärkte Abhängigkeit von der Qualität und der Lieferbereitschaft dieses Lieferanten. Durch die strategische Zusammenarbeit mit wenigen qualifizierten Lieferanten und deren konstanter Qualifizierung sichert sich *aap* gegen dieses Risiko bestmöglich ab.

aap erzielte 2012 38 % (Vorjahr: 36 %) des Umsatzes (inklusive der mit den jeweiligen Kunden realisierten Projekterlöse) mit den drei größten Kunden des Unternehmens. Der OEM-Umsatz wird auch in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Der kurzfristige Wegfall oder eine mögliche Zahlungsunfähigkeit eines dieser Kunden können die Ertrags- und Finanzlage der Gruppe gefährden. Aufgrund der Größe dieser OEM-Partner erachten wir dieses Risiko als sehr gering.

aap begegnet diesem Risiko durch den Ausbau der Vertriebsorganisation, der weiteren Internationalisierung und der Gewinnung weiterer Großkunden (Stabilität, Vertriebsstärke, Finanzkraft).

e) Patente und geistiges Eigentum

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Dritte Ansprüche aus Verletzung gewerblicher Schutzrechte gegenüber aap in der Zukunft geltend machen. Eine solche Verletzung könnte unter Umständen die Auslieferung von Produkten verzögern. Im Falle eines negativen Verfahrensausgangs könnte aap verpflichtet sein, Gebühren- oder Lizenzvereinbarungen einzugehen. Auf diese Weise könnte eine Klage wegen Verletzung gewerblicher Schutzrechte gegen aap die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe nachteilig beeinflussen.

Um aktiv auch den eigenen Schutz des geistigen Eigentums zu sichern, besteht ein standortübergreifendes IP-Komitee, welches regelmäßig die aktuellen Entwicklungen im Patent- und Zulassungsmarkt überwacht und die eigenen Entwicklungen frühzeitig durch umfassenden Patentschutz absichert. Daneben haben wir seit 2011 eine Richtlinie für den Umgang mit Arbeitnehmererfindungen implementiert, um auch auf diese Weise die Innovationskraft unserer Mitarbeiter zu fördern, gleichzeitig aber auch deren und unser geistiges Eigentum zu schützen.

f) Produkthaftungsrisiko

Die Produkte von aap sind für die Einbringung und teilweise für den Verbleib im menschlichen Körper bestimmt. Aufgrund unterschiedlichem Heilungsverhaltens, aber auch unterschiedlicher Erfahrung der anwendenden Ärzte kann eine Fehlfunktion dieser Produkte nicht völlig ausgeschlossen werden. Bis heute wurden keine bedeutenden Schadensersatzansprüche aus Produkthaftung gegen aap geltend gemacht; dieses kann jedoch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

aap sichert sich gegen mögliche Produkthaftungsklagen durch eine hohe Qualitätskontrolle und durch eine Produkthaftpflichtversicherung im branchenüblichen Umfang ab. Dabei besteht ein Restrisiko, dass der bestehende Versicherungsschutz für die Absicherung potentieller Ansprüche speziell in den USA nicht ausreichend ist.

g) Rechtliche Risiken

Im Rahmen der Beendigung eines Vertriebsvertrages hat ein ehemaliger Vertriebspartner der Tochtergesellschaft aap Biomaterials GmbH Schadensersatzansprüche geltend gemacht und zum 30. Dezember 2010 eine Klageschrift über eine Forderung in Höhe von 350 T€ eingereicht. Die Geschäftsführung der aap Biomaterials GmbH hält die dafür bereits im Jahr 2009 gebildete und zum 31.12.2012 in Höhe von 70 T€ bestehende Rückstellung für angemessen. Die mit diesem Verfahren in Zusammenhang stehenden Rechtsanwaltskosten sind ebenfalls in dem vorgenannten Betrag berücksichtigt.

Im Rahmen der Beendigung eines Liefervertrages fordert ein Lieferant der aap Implantate AG Schadensersatz aufgrund behaupteter unzulässiger Vertragsaufgabe in Höhe von 83 T€ nebst Zinsen und Rechtsverfolgungskosten. Am 23. Januar 2013 haben wir eine Klage erhalten, nachdem wir im August 2012 den Vertrag mit Wirkung zum 15.2.2013 gekündigt haben. Nach unserer Einschätzung besteht gemäß Vertrag keine Abnahmeverpflichtung für den ursprünglich geplanten Auftrag. Wir sehen daher nach aktuellem Kenntnisstand und anwaltlicher Beratung derzeit kein Risiko für eine mögliche Inanspruchnahme von aap.

h) Datenschutz

Der Gesetzgeber schreibt vor, dass Unternehmen ab einer bestimmten Größenordnung verpflichtet sind, einen Datenschutzbeauftragten zu bestellen. Dieser gesetzlichen Verpflichtung kam die *aap* Implantate AG durch die Bestellung eines externen Datenschutzbeauftragten nach. Im Jahr 2012 wurde darüber hinaus der externe Datenschutzbeauftragte der *aap* Implantate AG zusätzlich für die *aap* Biomaterials GmbH am Standort Dieburg tätig.

Am Standort Dieburg erfolgte zunächst ebenfalls eine Bestandsaufnahme, welche in einem Statusbericht mündete. Analog zur *aap* Implantate AG konnte festgestellt werden, dass zum Zeitpunkt der Erstellung des Statusberichts bereits ein hohes Datenschutzniveau in der *aap* Biomaterials GmbH vorhanden war. Mit der Umsetzung weiterführender Maßnahmen wird das hohe Datenschutzniveau auch zukünftig gehalten bzw. optimiert werden.

Ein Großteil der Beschäftigten wurde sowohl bei der *aap* Implantate AG als auch bei der *aap* Biomaterials GmbH im Bereich Datenschutz unterwiesen. Eine wirksame Verpflichtung auf das Datengeheimnis nach § 5 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) ist somit gewährleistet. Dieser Prozess wird kontinuierlich fortgeführt, um das Datenschutzniveau dauerhaft auf einem hohen Level zu halten.

4) Weitere Angaben gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 2 HGB

Preisänderungsrisiken können nicht vollständig ausgeschlossen werden. Diesen begegnet *aap* durch eine Verlagerung des Umsatzes hin zu eigenentwickelten und -produzierten Produktinnovationen mit höheren Margen.

Mögliche Risiken von Ausfällen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden durch ein aktives Forderungsmanagement minimiert. Darüber hinaus bildet *aap* hierfür regelmäßig eine ausreichende Risikovorsorge in Form von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen (2012: 301 T€, Vorjahr: 340 T€). Insgesamt kann das Risiko jedoch als begrenzt angesehen werden, da die Abschreibungen auf Forderungen im Berichtsjahr nur 20 T€ (0,05 % der Umsatzerlöse) betragen.

Die Finanzierungssituation der Gruppe und der *aap* Implantate AG kann aufgrund des Bestands an Barmitteln bzw. nutzbaren freien Kreditlinien zum Bilanzstichtag 31.12.2012 als ausreichend eingeschätzt werden. Der *aap*-Gruppe standen zum 31.12.2012 vertraglich zugesicherte Kreditlinien in Höhe von 5,8 Mio. € zur Verfügung, von denen zum Bilanzstichtag 4,5 Mio. € in Anspruch genommen wurden. Zum 31.12.2012 verfügte *aap* über eine nutzbare Liquidität (Summe aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten sowie freiverfügbaren Kreditlinien) in Höhe von 4,9 Mio. €.

In Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Brutto-Inanspruchnahme Kreditlinien	-4,5	-4,4
Guthaben unter Kreditlinien	3,3	1,9
Netto-Inanspruchnahme Kreditlinien	-1,2	-2,5

Der *aap*-Gruppe stehen für das Jahr 2013 bis auf weiteres Kreditlinien im Gesamtbetrag von 5,8 Mio. € zur Verfügung. Unter Zugrundelegung des Budgets für 2013 sollte sich die Liquiditätssituation von *aap* in 2013 weiter verbessern. *aap* geht davon aus, 2013 mit einem positiven Cash-Flow abzuschließen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass zur weiteren Finanzierung des Umsatzwachstums kurzfristige Finanzierungen innerhalb des Jahres 2013 notwendig werden.

Erfreulich bleibt weiterhin die Entwicklung der für *aap* strategisch wichtigen Finanzierungskennzahlen Schuldendeckungsgrad und Zinsdeckungsgrad. So ergibt sich für den rollierenden Schuldendeckungsgrad (Basis: letzte vier Quartale) ein Wert von 0,8 (31.12.2011: 1,7) und für den rollierenden Zinsdeckungsgrad (Basis: letzte vier Quartale) ein Wert von 11,8 (31.12.2011: 6,8). Mit diesen im Vergleich zum Vorjahr verbesserten Werten liegt *aap* weiterhin über den von den Banken üblicherweise geforderten Mindestwerten und bildet damit eine solide Basis zur weiteren Sicherung des profitablen Wachstums der *aap*-Gruppe. Auch für das Jahr 2013 gelten die konsistenten Maßstäbe hinsichtlich der Zielwerte für einen Schuldendeckungsgrad kleiner 2 sowie einem Zinsdeckungsgrad größer 10 (jeweils bezogen auf das rollierende EBITDA).

Zinsrisiken resultieren aus Finanzschulden und Geldanlagen. Der *aap*-Konzern versucht, das Zinsergebnis zu optimieren und die Zinsrisiken zu minimieren. Hierzu werden ein konzernweites Cash-Management betrieben und originäre Finanzgeschäfte abgeschlossen. Zins- und Preisänderungsrisiken werden durch die Mischung von Laufzeiten sowie von fest- und variabel verzinslichen Positionen gesteuert. Bei den zinstragenden Schulden des Konzerns sind bis auf die Kontokorrentlinien und die in 2012 aufgenommenen Kreditverbindlichkeiten von 2,0 Mio. € sämtliche Verbindlichkeiten festverzinslich. Zum 31.12.2012 waren ca. 19 % (Vorjahr: 30 %) des Fremdkapitals des Konzerns festverzinslich. Marktzinssatzänderungen wirken sich hier nur aus, soweit diese Finanzinstrumente zum fair value zu bilanzieren wären. Dies ist jedoch nicht der Fall. Sensitivitätsanalysen wurden für die variabel verzinslichen Finanzverbindlichkeiten vorgenommen. Hierbei wurde eine gleichartige Veränderung des Zinssatzes für alle Finanzverbindlichkeiten und alle Währungen unterstellt. Danach ergibt sich aus einer Veränderung des Zinssatzes um einen Prozentpunkt eine Erhöhung des Ergebnisses vor Ertragsteuern um 71 T€ (Vorjahr: 41 T€) bzw. eine Verminderung um 71 T€ (Vorjahr: 41 T€).

Liquiditätsrisiken resultieren u. a. aus mangelnder Verfügbarkeit von Finanzierungsquellen, die sich u. a. aus der Nichteinhaltung von sog. finanziellen Covenants, die im Rahmen der Kreditverträge eingehalten werden müssen, ergeben. Sollten diese finanziellen Covenants nicht eingehalten werden, hat die finanzierende Bank das Recht, die jeweiligen Kredite außerordentlich zu kündigen und sofort fällig zu stellen. Unter den derzeit laufenden bzw. in 2012 beendeten langfristigen Kreditverträgen darf *aap* beispielsweise ein gewisses Mindestrating nach „Moody's“ nicht unterschreiten bzw. muss bestimmte Höchst-/Mindestgrenzen hinsichtlich der Eigenmittelquote, dem Zinsdeckungsgrad oder der Nettoverschuldung einhalten. *aap* beurteilt das Risiko der Nichteinhaltung der finanziellen Covenants, das aus der retrograden Ermittlung der jeweiligen finanzierenden Bank resultieren könnte, als gering. Daneben pflegt *aap* eine sehr transparente und offene Kommunikationspolitik mit den sie finanzierenden Banken, um frühzeitig mögliches Gefahrenpotenzial zu identifizieren und risikoadäquate Lösungen gemeinsam zu erarbeiten.

Des Weiteren konnten die mit verschiedenen globalen Großkunden der *aap* bereits in 2009 reduzierten Zahlungsziele auch in 2012 aufrechterhalten werden. *aap* unterliegt keinen erheblichen Zahlungsstromschwankungen.

Im Geschäftsjahr 2012 schloss *aap* im Wesentlichen nur interne Fremdwährungssicherungsgeschäfte ab, da nur ein geringes Währungsrisiko bestand und sich US-Dollar-Forderungen und -Verbindlichkeiten weitestgehend ausglich. Zukünftig plant *aap* jedoch, bei höheren Umsätzen auf US-Dollar-Basis, eine externe Absicherung dieser Forderungen vorzunehmen.

E) Prognosebericht

Zukunftsbezogene Aussagen

Bei den hier getroffenen Aussagen über die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Unternehmens handelt es sich um zukunftsbezogene Aussagen. Die tatsächlichen Ergebnisse können demnach wesentlich (sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht) von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Das MedTech-Umfeld

Die *aap* Implantate AG verfügt weiterhin über vielseitige Möglichkeiten, um als Innovatorin Anteile im Weltmarkt Medizintechnik hinzu zugewinnen. Trotz des schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds für MedTech-Unternehmen in Europa und den USA, wo die Kombination aus Weltwirtschaftskrise und Euro-Krise Einwirkungen auf die Gesundheitsmärkte hat, erwartet *aap* auch im Jahr 2013 weiteres Wachstum zu generieren. Regierungen weltweit verpflichten sich Haushaltsdefizite und Schulden zu reduzieren und mindern deshalb unter anderem ihren Beitrag zu den Kosten der Gesundheitsfürsorge. Dies führt in vielen Ländern zu höheren Kostenbeiträgen für Patienten. Es führt außerdem zu gebündelten Zahlungsregelungen: Krankenkassen und Gesundheitsversicherer fangen an, Einfluss auf die Leistungen der Ärzte zu nehmen, indem sie kontrollieren, ob zugesagte Behandlungsergebnisse auch tatsächlich erzielt wurden. Es kommt zur Konsolidierung von Krankenhäusern und der Bildung von Einkaufsgemeinschaften. Kostenträger und Anbieter verlangen von Unternehmen, dass sie Nachweise für die Wirksamkeit ihrer Produkte erbringen, um Fördermittel und eine allgemeine Marktakzeptanz sicherzustellen. Echte Innovationen werden zwar nach wie vor belohnt, aber nur mit marginalen Verbesserungen im Preisgefüge. Man könnte versucht sein, die Veränderungen, die die MedTech-Branche erlebt, mit der Entwicklung in der Pharma-Industrie zu vergleichen, wo ähnliche Entwicklungen zur Bildung einer weltweiten Generika-Branche und zur Umgestaltung innovativer Pharma-Unternehmen in „wissenschaftsgeleitete globale Gesundheitsunternehmen, die Arzneimittel und Verbrauchsgüter anbieten“ geführt haben.

Die Auswirkungen auf den MedTech-Sektor lassen sich am besten veranschaulichen, indem man die historischen Umsatz- und Ertragswachstumswahlen zwischen 2008 und 2012 betrachtet:

- Das Umsatzwachstum wurde von 7 % auf 3 % verringert
- Das Ertragswachstum wurde von 12,5 % auf 6 % verringert

MedTech-Unternehmen ist es gelungen, teilweise diese Auswirkungen abzufedern, indem sie Kosteneinsparungsprogramme und andere Effizienzmaßnahmen umgesetzt haben. In den USA erhebt die Regierung seit dem 1. Januar 2013 eine Medizinproduktsteuer in Höhe von 2,3 % auf den jeweiligen Umsatz. Laut Industrievertretern werden dadurch monatliche Mehrkosten in Höhe von 125 Mio. € auf die Industrie zukommen.

Außerhalb Europas und der USA wächst der MedTech-Markt zweistellig, u.a. in den Wachstumsmärkten China und den anderen BRIC- und SMIT-Ländern. Zwischen 2006 und 2011 verdoppelte sich beispielsweise der Umsatz des chinesischen Gesundheitsmarktes von 156 Mrd. USD auf 357 Mrd. USD. Bis 2020 soll gar die Billionen-Umsatzgrenze erreicht werden. In Indien gab die Regierung in ihrem aktuellen Fünfjahresplan für den Zeitraum 2012-2017 bekannt, dass sie ihre Ausgaben im Gesundheitsbereich von 1,2 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 2011 auf 2,5 %

im Jahr 2017 verdoppeln wird. Ein weiteres Wachstum auf 3 % des BIP wird für 2022 prognostiziert. Da diese Zahl immer noch weit unterhalb des Durchschnittswertes beispielsweise der USA und Russland liegt, kann man von weiterem zusätzlichem Wachstumspotenzial ausgehen.

Diese erwähnte Ausgabensteigerung beeinflusst die gesamte Branche unmittelbar, was man beispielsweise an den Übernahmen von chinesischen MedTech-Unternehmen in letzter Zeit sehen kann:

- Medtronic erwarb die chinesische Kanghui Holdings für 816 Mio. USD (das 14,5-fache des Umsatzes)
- Stryker erwarb die chinesische Trauson Holdings für 764 Mio. USD (das 12,7-fache des Umsatzes)

Darüber hinaus haben viele weltweit tätige MedTech-Unternehmen Produktions- und Forschungszentren in Ländern wie Brasilien, Indien und China errichtet.

Das Produktportfolio von *aap* entspricht den Bedürfnissen vieler Wachstumsmärkte. Verdeutlicht wird dies unter anderem an unserem 88-%igen Umsatzwachstum in Asien auf 7,2 Mio. € in 2012. *aap* hat die regulatorische Zulassung ihres Trauma-Portfolios in China, Brasilien, Russland, Mexiko, der Türkei und anderen Wachstumsmärkten beantragt. Hauptsächlich wächst der Trauma-Markt in diesen Ländern, weil dort die Anzahl der Verkehrs- und der Arbeitsunfälle stetig steigt. Die weitere Expansion in diese neuen Märkte hat bei *aap* eine hohe Priorität und es wird mit Nachdruck daran gearbeitet, um die nötigen regulatorischen Zulassungsvoraussetzungen abzuschließen.

aap's Traumaportfolio ist unter anderem für den US-Markt deshalb so attraktiv, weil es die einmalige Eigenschaft der winkelstabilen Verriegelungs- und Kompressions-Technologie von LOQTEQ® mit attraktiven Preisen verbindet. Im Jahre 2012 steigerte *aap* ihre Umsätze in den USA um 79 % auf 6,0 Mio. €. Gegen Jahresende wurde ein Pilotmarketingvertrag für unser LOQTEQ®-Traumaportfolio mit einem US-basierten, weltweit tätigen MedTech-Unternehmen abgeschlossen. Wir erwarten, dass diese Vereinbarung für weiteres Umsatzwachstum im Jahr 2013 sorgen wird. Anfang 2013 wurde darüber hinaus eine Lizenz- und Liefervereinbarung über unsere Standard-Traumaprodukte unterzeichnet.

aap ist ebenfalls darauf fokussiert, ihr Produktportfolio mit neuen, innovativen Produkten zu erweitern. Wir erzielen stetig Fortschritte und bisher gab es keine wesentlichen regulatorischen Verzögerungen. Wir entwickeln derzeit silberbeschichtete Traumaprodukte, die im Bereich der Infektionsbekämpfung neue Impulse setzen sollen. Infektionen stellen aufgrund der Unannehmlichkeiten für Patienten (Infektionsgefahr) und der zusätzlichen Gesundheitskosten bei Trauma-Implantaten ein wachsendes Problem dar. Produkte, die zur Verbesserung der Infektionskontrolle beitragen, können in beiden Fällen helfen. Wenn unsere Entwicklung weiterhin planmäßig voranschreitet, könnte die Markteinführung eines ersten silberbeschichteten Produktes bereits im Jahre 2015 erfolgen.

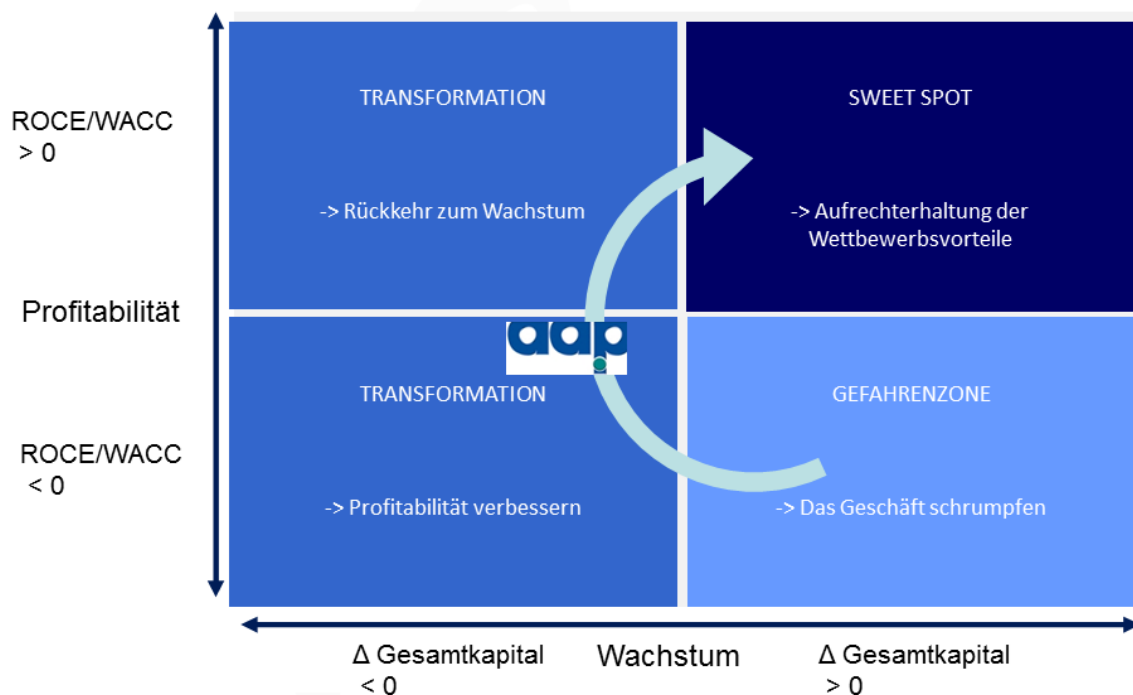
aap entwickelt außerdem Traumaprodukte aus Magnesium, einem resorbierbaren Material, das die Notwendigkeit einer zweiten Operation (Explantation) beseitigen kann. Diese Technologie besitzt das Potenzial, Trauma-Operationen im Allgemeinen sowie speziell im Bereich der Pädiatrie, wo die Passform eines Implantats durch das Wachstum des Kindes behindert werden kann, zu verbessern.

Bei einem Erfolg dieser Technologie hat dieses resorbierbare Magnesium das Potenzial, Krankheitskosten erheblich zu reduzieren und klinische Ergebnisse zu verbessern.

Langfristiger Ausblick

Angesichts der Attraktivität des *aap*-Produktportfolios in unseren Kernmärkten (USA, BRIC- und SMIT-Länder) sowie bevorstehender Produktneueinführungen halten wir ein CAGR¹ des Umsatzwachstums von 10 % sowie ein entsprechendes Cash-EBIT-CAGR von mindestens 15 % für erreichbar. Diese Wachstumsrate liegt weit über dem Branchendurchschnitt. Wir wollen diese Ziele auf Jahresbasis erreichen, wobei eine quartalsweise Fluktuation des Wachstums und der Profitabilität aufgrund des Produkt- und Projektumsatz-Mixes zu erwarten ist und die Projektumsätze von Quartal zu Quartal weniger vorhersehbar sein werden.

Implementierung der Strategie



Hauptziel der *aap* ist es, für das Unternehmen und seine Aktionäre den Unternehmenswert zu steigern. Wertschöpfung wird als positiver ökonomischer Gewinn (economic profit/EP) definiert, wobei die Verzinsung des eingesetzten Kapitals der operativen Geschäftstätigkeit (Return on Capital Employed – ROCE) einen höheren Ertrag als die durchschnittlichen Kapitalkosten generieren soll. $EP > 0 = (ROCE - WACC) \times \text{Capital Employed}$. Wie in den Abbildungen auf den Seiten 5 und 6 zu sehen ist, hat die *aap* in den letzten Jahren ihre Geschäftsergebnisse verbessert. Bisher hat sie aber noch keinen positiven ökonomischen Gewinn generieren können. Wir erwarten, dass in 2013 erstmalig ein ökonomischer Gewinn erzielt wird.

¹ Compound annual growth rate (CAGR) ist das durchschnittliche Wachstum über einen Zeitraum von mehreren Jahren

² Return on Capital Employed (ROCE) misst, wie effektiv und profitabel ein Unternehmen mit seinem eingesetzten Kapital umgeht. Dabei wird das EBIT durch das Gesamtkapital abzüglich kurzf. Verbindlichkeiten und liquider Mittel geteilt.

³ Weighted Average Cost of Capital (WACC) ist der gewichtete durchschnittliche Kapitalkostensatz

Das Management hat den Trauma-Bereich als den Kerngeschäftsbereich der *aap* identifiziert, da er das größte Potenzial besitzt, den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern. Unterstützt wird diese Entscheidung durch:

- einer robusten Wachstumsprognose von Umsatz und operativem Geschäft im weltweiten Trauma-Markt, besonders in den Wachstumsmärkten der BRIC- und SMIT-Länder
- dem vorhandenen IP-Schutz für LOQTEQ® und die Forschungs- und Entwicklungspipeline der Traumaprodukte der *aap*
- einem großen Portfolio an Marktzulassungen durch die FDA (USA), SFDA (China) und CE (EU) bis ANVISA (Brasilien) etc.

In der Management Agenda 2013 haben wir unsere strategischen Ziele für die Bereiche Kunden, Innovation, Finanzen und Organisation erläutert. In Kombination mit den taktischen Zielen für das jeweilige Jahr sorgt unsere Gesamtstrategie für die notwendige Koordination, um die gewünschten Ergebnisse zu liefern.

Ziele Management Agenda 2013

Kunden
Steigerung der Trauma-Umsätze auf über 10 Mio. € (+60 %), der LOQTEQ®-Anteil soll > 5 Mio. € (+140 %) betragen
Gewinnung von Distributoren in sieben der neun BRICS- und SMIT-Länder (2012: vier)
Erweiterung des LOQTEQ®-Portfolios auf 12 Platten (2012: sechs)
Belieferung von Knochenbanken mit scCO ₂ -Allograftprodukten in mindestens vier EU-Ländern, darunter vorzugsweise Deutschland

Innovation
Realisierung eines Freshness Indizes von mindestens 20 % (Branchen-Benchmark)
Entwicklung neuer Instrumentensätze für LOQTEQ®
Initiierung des neuen Traumaportfolio „Polyaxial“
Vorbereitung des Zulassungsantragsdossiers für ein erstes silberbeschichtetes Traumaprodukt

Finanzen
Profitables Wachstum: Umsatz +10 % und EBITDA +15 %
Working Capital-quote > 2,2 (im Verhältnis zu den Umsatzerlösen)
Realisierung eines positiven ökonomischen Gewinns (ROCE > WACC)
DCR < 2 und ICR > 10 (bezogen auf operatives EBITDA)

Organisation/IT
Weitere Lieferketten-Optimierung durch die Implementation zusätzlicher ERP-Funktionalitäten
Machbarkeitsstudie über die Auslagerung vordefinierter Produkte
Desinvestition/Auslizenzierung von Produkten/IP, die nicht zum Kerngeschäft gehören

Ausblick für 2013

Wir erwarten ein Umsatzwachstum von mindestens 10 %, welches von steigenden LOQTEQ®-Umsätzen in Verbindung mit weiteren Traumaproduktumsatzsteigerungen getragen wird. Das Wachstum soll daneben durch steigende Umsätze im Bereich Biomaterialien, darunter durch Umsatzzuwächse mit Zementen, Xenograft-Knochenmaterialien und kollagenhaltigen Produkten, unterstützt werden. Projektumsätze könnten nach einem erfolgreichen Jahr 2012 ebenfalls weiteres Wachstum erfahren, angetrieben von dem Abschluss eines Entwicklungsprojekts für ein Produkt im Bereich Biomaterialien mit einem weltweit tätigen MedTech-Unternehmen. Der Bereich Auftragsfertigung wird mit höheren Umsätzen, u.a. mit dem Produkt Adcon®, entflammbarsterilen Produkten und scCO₂-Produkten wie beispielsweise humanem Knochenmaterial ebenfalls zum Wachstum beitragen. Als Ergebnis dieser Entwicklung erwarten wir, dass der Umsatz von Produkten mit *aap*-Label steigen und über 40 % des Gesamtumsatzes (2012: 33 %) ausmachen wird. Weiter erwarten wir, dass das Umsatzwachstum zu einer größeren Kundendiversifizierung führen wird. Die Top 10 unserer Kunden werden etwas unter 50 % des Gesamtumsatzes generieren, verglichen mit fast 60 % im Jahre 2012. Aufgrund verbesserter Margen im *aap*-Label-Bereich, bei verringerten Margen im OEM-Segment, dürfte die Bruttomarge unverändert bleiben.

Im Laufe des Jahres wird *aap* Investitionen tätigen, um die Fertigungskapazität zu erhöhen, das ERP-System zu aktualisieren, die Auslagerung von Teilen der Produktion zu initiieren und den Kundenservice zu verbessern. Wir erwarten jedoch, dass diese Ausgaben etwas geringer als das Umsatzwachstum ausfallen werden.

Wie auch in früheren Jahren werden wir versuchen, für Produkte, die nicht zum Kernbereich gehören, wie z. B. Hüft- und Knie-Produkte, Adcon®, Zemente und Mischgeräte, nach alternativen Lizenzierungs- und/oder Lieferverträgen zu suchen.

Die Forschung und Entwicklung wird sich auf die Entwicklung weiterer LOQTEQ®-Systeme und silberbeschichteter Traumaprodukte konzentrieren. Zur Entwicklung resorbierbarer Magnesium-Traumaprodukte suchen wir derzeit Partner, die sowohl Finanzierungsmittel als auch wissenschaftliche Kernkompetenzen oder Technologien beisteuern können.

Unsere finanziellen Ziele lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Positiver ökonomischer Gewinn (EP)
- Verbesserte Working-Capital-Quote (> 2.2)
- Hohe Liquidität
- Niedrige DCR (< 2.0) und hohe ICR (> 10)

Die *aap* Implantate AG aktiviert ihre Entwicklungskosten. Nach erfolgreichem Abschluss werden diese Kosten über die wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Ab 2013 sollen die planmäßigen Abschreibungen den Betrag der aktivierten Entwicklungskosten erstmalig übersteigen. Dadurch wird der Bestand an immateriellen Vermögenswerten der *aap* schrittweise reduziert.

aap ist in drei unterschiedlichen Geschäftsbereichen tätig: Trauma, Biomaterialien und Auftragsfertigung. Es bestehen erhebliche Vertriebssynergien. Weltweit tätige MedTech-Unternehmen können OEM- und Auftragsfertigungs-Kunden und schließlich auch LOQTEQ®-Kunden werden. Unser definiertes Ziel ist es, unseren Trauma-Bereich durch organisches Wachstum oder M&A-Aktivitäten schnellstmöglich zu erweitern.

F) Sonstige Angaben

1. Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Zum 31. Dezember 2012 betrug das Grundkapital der Gesellschaft 30.670.056,00 € und war in 30.670.056 voll eingezahlte Inhaberstückaktien eingeteilt. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Es bestehen nur die gesetzlichen Stimmrechtsbeschränkungen. Es gibt keine unterschiedlichen Stimmrechte.

2. Grundzüge des Vergütungssystems (Vergütungsbericht)

Vorstandsvergütung

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands entspricht den gesetzlichen Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) sowie in Bezug auf die im Geschäftsjahr 2010 abgeschlossenen Vorstandsverträge den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Insbesondere ist die Vergütungsstruktur gemäß dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG; § 87 Abs. 1 AktG) für die in 2010 neu abgeschlossenen Verträge auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet.

Im Geschäftsjahr gab es noch zwei Arten von Vorstandsverträgen. Es wird im Folgenden zunächst auf die Regelung des für ein Mitglied des Vorstands bestehenden Altvertrages eingegangen und dann auf die Regelungen der beiden in 2010 abgeschlossenen Verträge. Alle Vorstandsverträge haben eine Laufzeit bis zum 31.12.2012 und wurden im Geschäftsjahr neu geschlossen.

Im Altvertrag setzt sich die Gesamtbarvergütung aus einem fixen und einem erfolgsbezogenen variablen Bestandteil zusammen, wobei der variable Gehaltsbestandteil der Höhe nach auf den fixen Gehaltsbestandteil begrenzt ist. Die Bezugsgröße für den variablen Gehaltsbestandteil bildet das EBIT, wie es in dem nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss ausgewiesen wird. Im Falle außerordentlich hoher positiver Gewinnveränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr, kann der Aufsichtsrat nach freiem Ermessen eine weitere angemessene außerordentliche Gewinnbeteiligung für den Vorstand beschließen. Darüber hinaus enthält die Vergütung des Vorstandsmitgliedes Sach- und sonstige Bezüge, so vor allem die nach steuerlichen Richtlinien anzusetzenden Werte für die Dienstwagennutzung und Prämien zur Unfallversicherung und Altersversorgung. Sofern *aap* ein anderes Unternehmen erwirbt oder mit einem solchen verschmolzen wird, das mehr als 50 % des Umsatzes des Bereiches Traumatologie & Orthopädie oder Biomaterialien im Jahr 2008 repräsentiert (maßgeblich ist, zu welchem Bereich das akquirierte Unternehmen gehört), erhält der Vorstand zur Kompensation des damit verbundenen Aufwands weitere 75.000 Optionen der *aap* Implantate AG, die nach Closing der Transaktion entsprechend den Regularien des Beschlusses der Hauptversammlung 2008 zum Optionsprogramm auf den nächstmöglichen Termin bezogen werden können, sofern noch eine ausreichende Anzahl an Optionen für den Vorstand nach dem maßgeblichen Hauptversammlungsbeschluss zur Verfügung steht. Sollten nicht mehr genügend Optionen aus dem Aktienoptionsprogramm 2008 zur Verfügung stehen, werden die verbliebenen Bestände verteilt.

Im Folgenden werden nun die Regelungen der beiden im März 2010 abgeschlossenen Vorstandsverträge erläutert: Die Gesamtbarvergütung setzt sich aus einem fixen und einem erfolgsbezogenen variablen Bestandteil zusammen. Durch die fixen Bestandteile ist einerseits eine Grundvergütung gewährleistet, die es dem einzelnen Vorstandsmitglied gestattet, seine Amtsführung an den wohlverstandenen Interessen des Unternehmens und den Pflichten eines ordentlichen

Kaufmanns auszurichten, ohne dabei in Abhängigkeit von lediglich kurzfristigen Erfolgszielen zu geraten. Demgegenüber stellen variable Bestandteile, die u. a. vom wirtschaftlichen Ergebnis des Unternehmens abhängen, eine langfristige Wirkung der Verhaltensanreize sicher.

Im Geschäftsjahr erhielten die Vorstandsmitglieder eine fixe Vergütung von insgesamt 709 T€ (Vorjahr: 653 T€). Die fixen Bezüge enthalten auch Sach- und sonstige Bezüge, so vor allem die nach steuerlichen Richtlinien anzusetzenden Werte für die Dienstwagennutzung und Prämien zur Unfallversicherung. Die auf die Sachzuwendungen entfallende Steuer wurde von der *aap* getragen.

Die variable Vergütung bezieht sich sowohl auf die Erreichung qualitativer als auch quantitativer Ziele. Sie ist durch einen Maximalwert begrenzt und trägt durch einen dreijährigen Kontrollzeitraum auch der zukünftigen Unternehmensentwicklung Rechnung. Die qualitativen Ziele werden anhand der Management Agenda durch den Aufsichtsrat im Voraus im Rahmen der Genehmigung des Jahresbudgets festgelegt und gehen mit 25 % in den variablen Vergütungsbestandteil ein.

Die quantitativen Ziele gehen mit 75 % ein und ergeben sich unmittelbar aus dem Budget des Folgejahres, welches durch den Aufsichtsrat bewilligt wird. Die Bezugsgrößen für den quantitativen variablen Gehaltsbestandteil bilden das EBITDA (Teilbonus 1 – Gewichtung 2/3) und der Umsatz (Teilbonus 2 – Gewichtung 1/3). In Abhängigkeit vom Grad der jeweiligen Zielerreichung ist die Höhe der Teilbeträge gestaffelt und durch einen Absolutwert begrenzt.

Die Auszahlung des qualitativen Bonus erfolgt bei Zielerreichung vollständig nach der ordentlichen Hauptversammlung des Folgejahres, während zum selben Zeitpunkt lediglich 25 % des quantitativen Bonus zur Auszahlung gelangen. Die Auszahlung der verbleibenden 75 % des quantitativen Bonus erfolgt jeweils zur Hälfte nach der ordentlichen Hauptversammlung des zweiten und dritten auf das Bonusjahr folgenden Jahres.

Sofern die quantitativen Ziele des auf das Bonusjahr folgenden Jahres und/oder des zweiten auf das Bonusjahr folgenden Jahres zu insgesamt jeweils 85 % oder weniger erfüllt werden, ist der quantitative Bonus des Bonusjahres gegebenenfalls nachträglich um jeweils 37,5 % zu kürzen. Dadurch ergäbe sich eine potentielle Kürzung des Bonus 2010 auf Basis einer Budgetunterschreitung 2011 und 2012, eine potentielle Kürzung des Bonus 2011 auf Basis einer Budgetunterschreitung 2012 und 2013 und eine potentielle Kürzung des Bonus 2012 auf Basis einer Budgetunterschreitung 2013 und 2014. Hierbei sind Teilbonus 1 und Teilbonus 2 gleich zu gewichten.

Bei Vertragsbeginn oder Vertragsende während eines Geschäftsjahres wird der Bonus zeitanteilig gewährt, hierbei wird eine Zielerreichung von 100 % unterstellt.

Der Aufsichtsrat ist berechtigt, außerordentliche Geschäftsentwicklungen, die zu einmaligen, nicht auf eine Steigerung des operativen Geschäftes zurückzuführenden Mehrerlösen geführt haben, bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die quantitativen Ziele zu eliminieren.

Für den Fall eines „Change of Control“ bei der Gesellschaft steht den beiden Vorständen ein Sonderkündigungsrecht zu, das sie nach Ablauf des zweiten Monats nach Eintritt des „Change of Control“ (den Monat, in dem der Kontrollwechsel eintritt dabei nicht mitgerechnet) mit einer Frist von vierzehn Tagen zum Monatsende ausüben können. Ein zur Ausübung des Sonderkündigungsrecht berechtigender „Change of Control“ liegt in drei Fallgestaltungen vor: Ein derzeitiger Aktionär oder ein Dritter erwirbt mindestens 50 % der Stimmrechte und überschreitet damit die Pflichtangebotsschwelle gemäß dem WpÜG, die Gesellschaft schließt als abhängiges Unternehmen einen Unternehmensvertrag ab oder wird mit einem anderen Unternehmen verschmolzen.

Zu den Konsequenzen in Bezug auf die Vorstandsvergütung im Falle von Übernahmeangeboten siehe unten, Punkt 7.

Daneben werden den Vorstandsmitgliedern Aktienoptionen aus den jeweiligen Aktienoptionsprogrammen gewährt. Diese stellen Vergütungsbestandteile mit langfristiger Anreizwirkung dar.

Die Bezüge des Vorstands im Geschäftsjahr 2012 betragen:

	Vergütungskomponenten in T€				
	erfolgs- unabhängig	erfolgs- bezogen	mit langfristiger Anreizwirkung	Gesamt (2012)	Gesamt (2011)
Biense Visser	213	95	38	346	265
Bruke Seyoum Alemu	305	95	31	431	344
Marek Hahn	191	60	18	269	200
				<u>1.046</u>	<u>809</u>

Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 26.9.2012 wurden die am 31.12.2012 ablaufenden Amtszeiten aller Vorstandsmitglieder um weitere drei Jahre bis zum 31.12.2015 verlängert. Am 8.10.2012 wurden die neuen Vorstandsverträge mit Wirkung zum 1.1.2013 unterzeichnet. Sie entsprechen nun alle den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Vergütungsstruktur wurde gemäß dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG; § 87 Abs. 1 AktG) auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet.

Ab dem 1.1.2013 gelten die folgenden Regelungen zur Vorstandsvergütung:

Die Gesamtbarvergütung setzt sich aus einem fixen und einem erfolgsbezogenen variablen Bestandteil zusammen. Durch die fixen Bestandteile ist einerseits eine Grundvergütung gewährleistet, die es dem einzelnen Vorstandsmitglied gestattet, seine Amtsführung an den wohlverstandenen Interessen des Unternehmens und den Pflichten eines ordentlichen Kaufmanns auszurichten, ohne dabei in Abhängigkeit von lediglich kurzfristigen Erfolgszielen zu geraten. Demgegenüber stellen variable Bestandteile, die u. a. vom wirtschaftlichen Ergebnis des Unternehmens abhängen, eine langfristige Wirkung der Verhaltensanreize sicher.

Die variable Vergütung bezieht sich sowohl auf die Erreichung qualitativer als auch quantitativer Ziele. Sie ist durch einen Maximalwert begrenzt und trägt durch einen dreijährigen Kontrollzeitraum auch der zukünftigen Unternehmensentwicklung Rechnung. Die qualitativen Ziele werden anhand der Management Agenda durch den Aufsichtsrat im Voraus im Rahmen der Genehmigung des Jahresbudgets festgelegt und gehen mit 10 % in den variablen Vergütungsbestandteil ein.

Die quantitativen Ziele gehen mit 90 % ein. Die Bezugsgrößen für den quantitativen variablen Gehaltsbestandteil bilden die LOQTEQ®-Umsätze (Teilbonus 1 – Gewichtung 1/3) und die Cash-Flow-Zielerreichung (Teilbonus 2 – Gewichtung 2/3). In Abhängigkeit vom Grad der jeweiligen Zielerreichung ist die Höhe der Teilbeträge gestaffelt und durch einen Absolutwert begrenzt.

Die Auszahlung des qualitativen Bonus erfolgt bei Zielerreichung vollständig eine Woche nach der ordentlichen Hauptversammlung des Folgejahres, während zum selben Zeitpunkt lediglich 50 % des quantitativen Bonus zur Auszahlung gelangen. Die Auszahlung der verbleibenden 50 % des quantitativen Bonus erfolgt jeweils zur Hälfte nach der ordentlichen Hauptversammlung des zweiten und dritten auf das Bonusjahr folgenden Jahres.

Sofern die quantitativen Ziele des auf das Bonusjahr folgenden Jahres und/oder des zweiten auf das Bonusjahr folgenden Jahres um mehr als 30 % unterschritten werden, verfällt der zu diesem Zeitpunkt jeweils fällige quantitative Bonuseinbehalt. Dadurch ergäbe sich eine potentielle Kürzung des Bonus 2013 auf Basis einer Budgetunterschreitung 2014 und 2015, eine potentielle Kürzung des Bonus 2014 auf Basis einer Budgetunterschreitung 2015 und 2016 und eine potentielle Kürzung des Bonus 2015 auf Basis einer Budgetunterschreitung 2016 und 2017. Der Verfall greift nur dann in voller Höhe, wenn sich die Unterschreitung auf beide quantitativen Teilziele erstreckt.

Bei Vertragsbeginn oder Vertragsende während eines Geschäftsjahres wird der Bonus zeitanteilig gewährt, hierbei wird eine Zielerreichung von 100 % unterstellt.

Der Aufsichtsrat ist berechtigt, außerordentliche Geschäftsentwicklungen, die zu einmaligen, nicht auf eine Steigerung des operativen Geschäftes zurückzuführenden Mehrerlösen geführt haben, bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die quantitativen Ziele zu eliminieren.

Für den Fall eines „Change of Control“ bei der Gesellschaft steht den Vorständen ein Sonderkündigungsrecht zu, das sie nach Ablauf des zweiten Monats nach Eintritt des „Change of Control“ (den Monat, in dem der Kontrollwechsel eintritt dabei nicht mitgerechnet) mit einer Frist von vierzehn Tagen zum Monatsende ausüben können. Ein zur Ausübung des Sonderkündigungsrecht berechtigender „Change of Control“ liegt in drei Fallgestaltungen vor: Ein derzeitiger Aktionär oder ein Dritter erwirbt mindestens 50 % der Stimmrechte und überschreitet damit die Pflichtangebotsschwelle gemäß dem WpÜG, die Gesellschaft schließt als abhängiges Unternehmen einen Unternehmensvertrag ab oder wird mit einem anderen Unternehmen verschmolzen.

Aufsichtsratsvergütung

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste Vergütung in Höhe von 5.000 € je Sitzung des Aufsichtsrats. Für Telefonkonferenzen wird keine Vergütung gezahlt.

Aktienoptionsprogramm 2008

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 29. September 2008 ist der Vorstand und – soweit Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft zu den berechtigten Personen gehören - der Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, bis zum 28. September 2013 für Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft, ausgewählte Führungskräfte der Gesellschaft sowie Mitglieder der Geschäftsführung und Arbeitnehmer der Gesellschaft und der verbundenen Unternehmen Aktienoptionsprogramme aufzulegen und bis zu 1.200.000 Stück Aktienoptionen mit Bezugsrechten auf jeweils eine Stückaktie der Gesellschaft mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren ab dem Ausgabetag zu gewähren. Ein Bezugsrecht der Aktionäre der Gesellschaft besteht nicht. Die Aktienoptionen können auch von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie nach Weisung der Gesellschaft an die einzelnen, berechtigten Personen zu übertragen; auch in diesem Fall können die Optionen nur von der berechtigten Person selbst ausgeübt werden. Die Erfüllung der ausgeübten Optionsrechte kann nach Wahl der Gesellschaft entweder durch Ausnutzung des bedingten Kapitals 2008/I oder durch eigene Aktien der Gesellschaft erfolgen.

Zu den weiteren Ausführungen verweisen wir auf den Anhang unter (24) Eigenkapital.

Aktienoptionsprogramm 2010

Der Vorstand und - soweit Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft zu den berechtigten Personen gehören - der Aufsichtsrat der Gesellschaft werden ermächtigt, bis zum 19.12.2011 für Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder der Gesellschaft sowie an Mitarbeiter und Mitglieder der Geschäftsführung verbundener Unternehmen der Gesellschaft ein Aktienoptionsprogramm („Aktienoptionsplan 2010“)

aufzulegen und bis zu 1.486.000 Stück Aktienoptionen mit Bezugsrechten auf jeweils eine Stückaktie der Gesellschaft („Bezugsrechte“) mit einer Laufzeit von bis zu acht Jahren ab dem Tag nach der Ausgabe zu gewähren. Ein Bezugsrecht der Aktionäre der Gesellschaft besteht nicht. Die Bezugsrechte können auch von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie nach Weisung der Gesellschaft an die einzelnen berechtigten Personen zu übertragen; auch in diesem Fall können die Bezugsrechte nur von der berechtigten Person selbst ausgeübt werden. Die Erfüllung der ausgeübten Bezugsrechte kann nach Wahl der Gesellschaft entweder durch Ausnutzung des bedingten Kapitals, durch eigene Aktien der Gesellschaft oder durch einen Barausgleich erfolgen.

Zu den weiteren Ausführungen verweisen wir auf den Anhang unter (24) Eigenkapital.

Aktienoptionsprogramm 2012

Der Vorstand der Gesellschaft wird ermächtigt, bis zum 19.12.2014 für an Mitarbeiter der Gesellschaft sowie an Mitarbeiter verbundener Unternehmen der Gesellschaft ein Aktienoptionsprogramm ("Aktienoptionsplan 2012") aufzulegen und bis zu 300.000 Stück Aktienoptionen mit Bezugsrechten auf jeweils 1 Stückaktie der Gesellschaft ("Bezugsrechte") mit einer Laufzeit von bis zu acht Jahren ab dem Tag nach der Ausgabe zu gewähren. Ein Bezugsrecht der Aktionäre der Gesellschaft besteht nicht. Die Bezugsrechte können auch von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie nach Weisung der Gesellschaft an die einzelnen berechtigten Personen zu übertragen; auch in diesem Fall können die Bezugsrechte nur von der berechtigten Person selbst ausgeübt werden. Die Erfüllung der ausgeübten Bezugsrechte kann nach Wahl der Gesellschaft entweder durch Ausnutzung des zur Beschlussfassung vorgeschlagenen bedingten Kapitals, durch eigene Aktien der Gesellschaft oder durch einen Barausgleich erfolgen.

Zu den weiteren Ausführungen verweisen wir auf den Anhang unter (24) Eigenkapital.

3. Direkte und indirekte Beteiligungen > 10 % der Stimmrechte

An der aap Implantate AG wird nach unseren Kenntnissen zum 31. Dezember 2012 folgende direkte und indirekte Beteiligung von über 10 % am Grundkapital in Höhe von 30.670.056,00 € gehalten:

Name	Stimmrechte in %
1. Elocin B.V.	20,89
2. Noes Beheer B.V.	17,82
3. Jürgen W. Krebs	11,99

4. Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen zur Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands und über Satzungsänderungen

Die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands richtet sich nach den §§ 84 f. AktG sowie der Satzung der Gesellschaft. Gemäß der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus einem oder mehreren Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Vorstandsmitglieder und bestellt diese. Der Aufsichtsrat kann ein Mitglied des Vorstands zum Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Der Aufsichtsrat beruft die Mitglieder des Vorstands ab. Die Vorstandsmitglieder werden für höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit für jeweils bis zu weiteren fünf Jahren ist zulässig. Aus wichtigem Grund kann der Aufsichtsrat die Bestellung eines Vorstandsmitglieds vor Ablauf von dessen Amtszeit widerrufen, etwa bei grober Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder wenn die Hauptversammlung dem Vorstandsmitglied das Vertrauen entzieht, es sei denn, der Vertrauensentzug erfolgte aus offenbar unsachlichen Gründen.

Satzungsänderungen erfolgen nach den Regelungen der §§ 179 ff. AktG sowie der Satzung der Gesellschaft. Nach der Satzung der Gesellschaft ist der Aufsichtsrat befugt, Änderungen der Satzung, die nur deren Fassung betreffen, zu beschließen.

5. Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien

Der Vorstand war ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 26. August 2012 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt 2.988.935 € gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2007/I) und dabei, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen. Hierbei kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden. Das genehmigte Kapital beträgt nach teilweiser Ausnutzung nunmehr noch 1.721.578 €.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 6. August 2014 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt 8.026.571 € gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2009/I) und dabei, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen. Hierbei kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden. Das genehmigte Kapital beträgt nach teilweiser Ausnutzung nunmehr noch 5.238.385 €.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 15. Juli 2015 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt 4.192.786,00 € gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2010/I) und dabei, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen. Hierbei kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 5. Juli 2017 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 4.182.279 gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2012/I) und dabei, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen. Hierbei kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden.

Die Hauptversammlung vom 7. August 2009 hat die Gesellschaft zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG und zum Ausschluss des Bezugsrechts ermächtigt. Es können eigene Aktien bis zu einem rechnerischen Anteil von insgesamt 1.000.000 € am Grundkapital erworben werden. Die von der Hauptversammlung vom 7. August 2009 beschlossene Ermächtigung endete am 4. Februar 2011. Nach dem durch das Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrichtlinie vom 30. Juli 2009 (ARUG) geänderten § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG, kann die Ermächtigung nunmehr für die Dauer von bis zu fünf Jahren erteilt werden. Deshalb hat die Hauptversammlung vom 16. Juli 2010 die Gesellschaft zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG und zum Ausschluss des Bezugsrechts ermächtigt. Es können eigene Aktien bis zu einem rechnerischen Anteil von insgesamt 1.000.000 € am Grundkapital erworben werden. Auf die erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach den §§ 71 a ff. AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung darf nicht zum Zwecke des Handels in eigenen Aktien ausgenutzt werden.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft oder durch Dritte auf Rechnung der Gesellschaft ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 15. Juli 2015.

Der Erwerb erfolgt nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots oder mittels einer öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots:

- Erfolgt der Erwerb der Aktien über die Börse, darf der von der Gesellschaft gezahlte Gegenwert je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den am Börsenhandelstag durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs im XETRA-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse Frankfurt/Main um nicht mehr als 5 % über- oder unterschreiten.
- Erfolgt der Erwerb über ein öffentliches Kaufangebot oder eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebots, dürfen der gebotene Kaufpreis oder die Grenzwerte der Kaufpreisspanne je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den Durchschnitt der Schlusskurse im XETRA-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse Frankfurt/Main an den drei Börsenhandelstagen vor dem Tag der öffentlichen Ankündigung des Angebots bzw. der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebots um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Ergeben sich nach der Veröffentlichung eines öffentlichen Kaufangebots oder der öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebots erhebliche Abweichungen des maßgeblichen Kurses, so kann das Angebot oder die Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots angepasst werden. In diesem Fall wird auf den Durchschnittskurs der drei Börsenhandelstage vor der öffentlichen Ankündigung einer etwaigen Anpassung abgestellt. Das Kaufangebot oder die Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots kann weitere Bedingungen vorsehen. Sofern das Kaufangebot überzeichnet ist oder im Fall einer Aufforderung zur Abgabe eines Angebots von mehreren gleichwertigen Angeboten nicht sämtliche angenommen werden, muss die Annahme nach Quoten erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 100 Stück zum Erwerb angebotener Aktien je Aktionär kann vorgesehen werden. Die Vorschriften des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes sind zu beachten, sofern und soweit sie Anwendung finden.

Der Vorstand wird ermächtigt, Aktien der Gesellschaft, die auf Grund dieser Ermächtigung erworben werden, zu allen gesetzlich zugelassenen Zwecken, insbesondere auch zu den folgenden Zwecken zu verwenden:

- I. Die Aktien können eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Sie können auch im vereinfachten Verfahren ohne Kapitalherabsetzung durch Anpassung des anteiligen rechnerischen Betrags der übrigen Stückaktien am Grundkapital der Gesellschaft eingezogen werden. Die Einziehung kann auf einen Teil der erworbenen Aktien beschränkt werden. Von der Ermächtigung zur Einziehung kann mehrfach Gebrauch

gemacht werden. Erfolgt die Einziehung im vereinfachten Verfahren, ist der Vorstand zur Anpassung der Zahl der Stückaktien in der Satzung ermächtigt.

- II. Die Aktien können in anderer Weise als über die Börse oder durch ein Angebot an die Aktionäre veräußert werden, wenn die Aktien gegen Barzahlung zu einem Preis veräußert werden, der den Börsenpreis von Aktien gleicher Ausstattung der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. In diesem Fall darf die Anzahl der zu veräußernden Aktien zusammen mit neuen Aktien, die seit Erteilung dieser Ermächtigung unter Bezugsrechtsausschluss gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG begeben worden sind, insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten.
- III. Die Aktien können gegen Sachleistung ausgegeben werden, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Erwerb von Unternehmen, Teilen von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen sowie Zusammenschlüssen von Unternehmen (auch im Rahmen von Maßnahmen nach dem Umwandlungsgesetz).
- IV. Die Aktien können zur Ausgabe an strategische Partner verwendet werden.
- V. Die Aktien können zur Bezahlung von Beratungsdienstleistungen verwendet werden.
- VI. Die Aktien können zur Ausgabe an Kreditgeber anstelle von Zinszahlungen in bar oder zusätzlich zu solchen (sog. „equity kicker“), insbesondere im Rahmen von sog. Mezzanine-Finanzierungen verwendet werden.
- VII. Die Aktien können zur Tilgung von Darlehens- oder sonstigen Verbindlichkeiten verwendet werden.
- VIII. Die Aktien können zur Erfüllung von Umtauschrechten aus von der Gesellschaft aufgrund der von der Hauptversammlung vom 30. Juni 2006 beschlossenen Ermächtigung (UR-Nr. M 211/2006 des Notars Klaus Mock, Berlin) begebenen Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verwendet werden. Die Eckpunkte der Bedingungen der Ermächtigung vom 30. Juni 2006 sind Bestandteil der notariellen Niederschrift über die Hauptversammlung vom 30. Juni 2006 (UR-Nr. M 211/2006 des Notars Klaus Mock, Berlin) und können als solche beim Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingesehen werden.
- IX. Die Aktien können zur Erfüllung von Optionsrechten aus von der Gesellschaft aufgrund der von der Hauptversammlung vom 30. Juni 2006 beschlossenen Ermächtigung (UR-Nr. M 211/2006 des Notars Klaus Mock, Berlin) begebenen Aktienoptionen verwendet werden. Die Eckpunkte der Bedingungen der Ermächtigung vom 30. Juni 2006 sind Bestandteil der notariellen Niederschrift über die Hauptversammlung vom 30. Juni 2006 (UR-Nr. M 211/2006 des Notars Klaus Mock, Berlin) und können als solche beim Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingesehen werden.
- X. Die Aktien können zur Erfüllung von Optionsrechten aus von der Gesellschaft aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. September 2008 beschlossenen Ermächtigung (UR-Nr. M 334/2008 des Notars Klaus Mock, Berlin) begebenen Aktienoptionen verwendet werden. Die Eckpunkte der Bedingungen der Ermächtigung vom 29. September 2008 sind Bestandteil der notariellen Niederschrift über die

Hauptversammlung vom 29. September 2008 (UR-Nr. M 334/2008 des Notars Klaus Mock, Berlin) und können als solche beim Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg eingesehen werden.

- XI. Die Aktien können, wenn diese Ermächtigung von der Hauptversammlung vom 16. Juli 2010 beschlossen wird, zur Erfüllung von Optionsrechten aus von der Gesellschaft aufgrund der von der Hauptversammlung vom 16. Juli 2010 beschlossenen Ermächtigung begebenen Aktienoptionen verwendet werden. Die Eckpunkte der Bedingungen der Ermächtigungen vom 16. Juli 2010 ergeben sich aus der Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 16. Juli 2010 – stimmt die Hauptversammlung dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat zu, ergeben sich die Eckpunkte der Bedingungen dieser Ermächtigung aus dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat zu TOP 5, der mit dieser Einberufung zur Hauptversammlung bekanntgemacht wird.

Die Ermächtigungen unter II. bis XI. erfassen auch die Verwendung von Aktien der Gesellschaft, die auf Grund von § 71d Satz 5 AktG erworben wurden.

Die Ermächtigungen können einmal oder mehrmals, ganz oder in Teilen, einzeln oder gemeinsam, die Ermächtigungen gemäß II. bis XI. können auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder auf deren Rechnung oder auf Rechnung der Gesellschaft handelnde Dritte ausgenutzt werden.

Der Preis (ohne Nebenkosten der Verwertung), zu dem Aktien der Gesellschaft nach einer Ermächtigung gemäß II. bis VII. veräußert oder ausgegeben werden, darf den durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs der Aktien der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse Frankfurt/Main am Tag der Veräußerung oder der verbindlichen Vereinbarung mit dem Dritten um nicht mehr als 5 % unterschreiten.

Der Preis (ohne Nebenkosten der Verwertung), zu dem Aktien der Gesellschaft nach der Ermächtigung gemäß VIII. verwendet werden, muss mindestens 80 % des Durchschnittswertes der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt/Main während der letzten 10 Börsentage vor dem Tag der Beschlussfassung des Vorstands über die Begebung der Wandel- oder Optionsschuldverschreibung betragen.

Der Preis (ohne Nebenkosten der Verwertung), zu dem Aktien der Gesellschaft nach der Ermächtigung gemäß IX. verwendet werden, muss dem Durchschnittswert der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt/Main während der letzten 10 Börsentage vor dem Tag, an dem die von der Gesellschaft aufgrund der von der Hauptversammlung vom 30. Juni 2006 beschlossenen Ermächtigung zur Gewährung von Aktienoptionen (UR-Nr. M 211/2006 des Notars Klaus Mock, Berlin) unterzeichnete Optionsvereinbarung an den jeweiligen Berechtigten ausgehändigt wird („Ausgabetag“), entsprechen. Die aufgrund der genannten Ermächtigung zur Gewährung von Aktienoptionen vom 30. Juni 2006 festgelegten Optionsbedingungen können für den Fall von Maßnahmen während der Laufzeit dieser Aktienoptionen, die den Wert der Optionen beeinflussen (Kapitalerhöhung unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechts für Aktionäre der Gesellschaft, Veräußerung von eigenen Aktien, Ausgabe von Schuldverschreibungen mit Wandlungs- und/oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft), Anpassungen des Ausübungspreises und/oder des Bezugsverhältnisses vorsehen. Eine Ermäßigung erfolgt nach der

genannten Ermächtigung zur Gewährung von Aktienoptionen vom 30. Juni 2006 nicht, wenn dem Berechtigten ein unmittelbares oder mittelbares Bezugsrecht auf die neuen Aktien oder eigenen Aktien oder neuen Schuldverschreibungen eingeräumt wird, das ihn so stellt, als hätte er die Option ausgeübt. Die aufgrund der genannten Ermächtigung zur Gewährung von Aktienoptionen vom 30. Juni 2006 festgelegten Optionsbedingungen können darüber hinaus eine Anpassung der Optionsrechte für den Fall einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und Kapitalherabsetzung, im Falle einer Neustückelung der Aktien (Aktiensplit) oder einer Zusammenlegung von Aktien sowie bei Boni und außerordentlichen Bar- und/oder Sachausschüttungen entsprechend den Usancen an der deutschen und an internationalen Terminbörsen vorsehen.

Der Preis (ohne Nebenkosten der Verwertung), zu dem Aktien der Gesellschaft nach der Ermächtigung gemäß X. verwendet werden, muss dem Durchschnittswert der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt/Main während der letzten 20 Börsentage vor dem Tag, an dem die von der Gesellschaft aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. September 2008 beschlossenen Ermächtigung zur Gewährung von Aktienoptionen (UR-Nr. M 334/2008 des Notars Klaus Mock, Berlin) unterzeichnete Optionsvereinbarung an den jeweiligen Berechtigten ausgehändigt wird („Ausgabetag“), entsprechen. Die aufgrund der genannten Ermächtigung zur Gewährung von Aktienoptionen vom 29. September 2008 festgelegten Optionsbedingungen können für den Fall von Maßnahmen während der Laufzeit dieser Aktienoptionen, die den Wert der Optionen beeinflussen (Kapitalerhöhung unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechts für Aktionäre der Gesellschaft, Veräußerung von eigenen Aktien, Ausgabe von Schuldverschreibungen mit Wandlungs- und/oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft), Anpassungen des Ausübungspreises und/oder des Bezugsverhältnisses vorsehen. Eine Ermäßigung erfolgt nach der genannten Ermächtigung zur Gewährung von Aktienoptionen vom 29. September 2008 nicht, wenn dem Berechtigten ein unmittelbares oder mittelbares Bezugsrecht auf die neuen Aktien oder eigenen Aktien oder neuen Schuldverschreibungen eingeräumt wird, das ihn so stellt, als hätte er die Option ausgeübt. Die aufgrund der genannten Ermächtigung zur Gewährung von Aktienoptionen vom 29. September 2008 festgelegten Optionsbedingungen können darüber hinaus eine Anpassung der Optionsrechte für den Fall einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und Kapitalherabsetzung, im Falle einer Neustückelung der Aktien (Aktiensplit) oder einer Zusammenlegung von Aktien sowie bei Boni und außerordentlichen Bar- und/oder Sachausschüttungen entsprechend den Usancen an der deutschen und an internationalen Terminbörsen vorsehen.

Der Preis (ohne Nebenkosten der Verwertung), zu dem Aktien der Gesellschaft nach der Ermächtigung gemäß XI. verwendet werden, muss dem durchschnittlichen Schlusskurs (arithmetisches Mittel) der *aap*-Aktie im elektronischen Handel (XETRA- oder Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den fünf Handelstagen, die dem ersten Tag desjenigen Erwerbszeitraums, in dem die jeweiligen Aktienoptionen ausgegeben wurden, vorangehen, entsprechen. Ein Handelstag in diesem Sinne ist ein Tag, an dem die Frankfurter Wertpapierbörse im elektronischen Handel Kurse für die Aktie der Gesellschaft feststellt. Der durch die Ausübung des Bezugsrechts erzielte Vermögensvorteil des Bezugsberechtigten (Differenz zwischen dem Schlussauktionspreis der *aap*-Aktie im XETRA-Handel oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem am Tag der Ausübung des Bezugsrechts und dem Ausübungspreis) darf dabei das Vierfache des bei Ausgabe der Aktienoptionen festgelegten Ausübungspreises („Höchstgrenze“) nicht überschreiten. Im Falle einer Überschreitung der Höchstgrenze wird der Ausübungspreis angepasst und entspricht

der Differenz zwischen dem Schlussauktionspreis der *aap*-Aktie im XETRA-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) am Tag der Ausübung des Bezugsrechts und dem Vierfachen des Ausübungspreises. Der Vorstand oder, soweit es die Mitglieder des Vorstands betrifft, der Aufsichtsrat kann im Einzelfall beschließen, dass die Höchstgrenze angemessen verringert wird. Die Optionsbedingungen können für den Fall, dass während der Laufzeit der Aktienoptionen unter Einräumung eines Bezugsrechts an die Aktionäre das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer Aktien erhöht wird oder eigene Aktien oder Schuldverschreibungen mit Wandlungs- oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft ausgegeben werden, eine Anpassung des Ausübungspreises in dem Verhältnis vorsehen, in dem der Durchschnittskurs des den Aktionären zustehenden Bezugsrechts an allen Handelstagen der Frankfurter Wertpapierbörse zu dem Schlussauktionspreis der Aktien der Gesellschaft im XETRA-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse am letzten Börsentag vor Bezugsrechtsabschluss steht. Die Anpassung entfällt, wenn kein Bezugsrechtshandel stattfindet oder den Inhabern der Aktienoptionen ein Bezugsrecht eingeräumt wird, welches dem Bezugsrecht der Aktionäre entspricht. Die Optionsbedingungen können ferner eine Anpassung für den Fall von Kapitalmaßnahmen (Aktienzusammenlegung oder –split, Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, Kapitalherabsetzung) während der Laufzeit der Bezugsrechte vorsehen.

§ 9 Abs. 1 AktG bleibt in jedem Falle unberührt.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf diese eigenen Aktien wird insoweit ausgeschlossen, wie diese Aktien gemäß der vorstehenden Ermächtigung unter II. bis XI. verwendet werden.

Der Aufsichtsrat kann bestimmen, dass Maßnahmen des Vorstands auf Grund dieses Hauptversammlungsbeschlusses nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

6. Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, und die hieraus folgenden Wirkungen

Der Gesellschaft sind im März 2009 2,0 Mio. € unter einer Finanzierungsverpflichtung zugeflossen. Das Gesellschafterdarlehen valutiert zum 31.12.2012 nominal mit 0,75 Mio. €. Im Falle einer Übernahme ist das Darlehen sofort zur Rückzahlung fällig. Als Übernahme ist der Tag zu verstehen, an dem öffentlich bekannt gemacht wird, dass mehr als 50 % der Aktien von *aap* von einer Person oder Gesellschaft, oder verschiedenen Personen oder Gesellschaften, die im Sinne des § 30 Abs. 2 WpÜG abgestimmt handeln, übernommen werden.

Zwischen zwei Tochterunternehmen und einem externen Unternehmen bestehen Service-Agreements über die Erbringung bestimmter Dienstleistungen, die für die (Tochter-) Gesellschaften eine wesentliche Geschäftsbeziehung darstellen. Im Fall eines Kontrollwechsels steht dem externen Unternehmen ein Kündigungsrecht für den Fall zu, dass eine Änderung der Gesellschafterverhältnisse bei den Tochterunternehmen eintritt, im Rahmen derer eine andere Person, Gruppe oder Gesellschaft mehr als 50 % der Stimmrechte übernimmt, erwirbt oder festgestellt wird, dass sie diese hält.

Zwischen einem Tochterunternehmen und einem weiteren externen Unternehmen besteht ein Supply-Agreement und ein Entwicklungs- und Liefervertrag über bestimmte Produkte des Tochterunternehmens, das für die (Tochter-) Gesellschaft eine wesentliche Geschäftsbeziehung darstellt. Im Fall eines Kontrollwechsels, steht dem externen Unternehmen ein Kündigungsrecht für

den Fall zu, dass eine Änderung der Gesellschafterverhältnisse bei den Tochterunternehmen eintritt, im Rahmen derer ein konkurrierendes Unternehmen mehr als 50 % der Stimmrechte übernimmt, erwirbt oder anderweitig in Besitz nimmt.

Zwischen einem Tochterunternehmen und einem zusätzlichen externen Unternehmen besteht ein Distribution und License Agreement über bestimmte Produkte des Tochterunternehmens, das für die (Tochter-) Gesellschaft eine wesentliche Geschäftsbeziehung darstellt. Im Fall eines Kontrollwechsels steht dem externen Unternehmen ein Kündigungsrecht zu. Sollte das externe Unternehmen sein Kündigungsrecht ausüben und der Erwerber der (Tochter-) Gesellschaft ein in diesem Vertrag in einer abschließenden Aufzählung genanntes Unternehmen sein, so hat *aap* sämtliche unter diesem Vertrag gezahlten einmaligen und umsatzabhängigen Lizenzentgelte zurückzuzahlen. Ein Kontrollwechsel unter diesem Distribution und License Agreement liegt vor, wenn eine Person oder Gesellschaft, oder verschiedene Personen oder Gesellschaften in einer bzw. mehreren Transaktionen die Kontrolle über die Gesellschaft erlangen oder Vermögenswerte erwerben, die einzeln oder zusammen wesentlich für die Erbringung der geschuldeten Leistung unter diesem Vertrag sind. Kontrolle meint hierbei das Innehaben (direkt oder indirekt) des Rechts zur Bestimmung der Geschäftspolitik und der Führung des Managements.

Zwischen einem Tochterunternehmen und einem Vertriebspartner wurde im Dezember 2012 ein Joint Venture Vertrag geschlossen. Im Falle das ein Dritter mehr als 50 % der Geschäftsanteile an dem Tochterunternehmen erwirbt oder ein Dritter einen Stimmrechtsanteil an der Gesellschaft von 50 % überschreitet, der nicht bereits am Vollzugstag mindestens 10 % an der Gesellschaft hielt, besitzt der Vertriebspartner eine Call-Option für sämtliche Geschäftsanteile an dem Joint Venture.

Davon abgesehen bestehen keine wesentlichen Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen.

7. Entschädigungsvereinbarungen im Falle von Übernahmeangeboten mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern

Sollte es zu einer Übernahme der Gesellschaft kommen, werden einem Vorstand gegebenenfalls noch nicht gewährte Aktienoptionen ausgegeben.

Den Vorständen steht im Falle eines „Change of Controls“ ein Sonderkündigungsrecht zu und sie erhalten eine Zahlung i.H.v. 90 % ihrer kapitalisierten Jahresgesamtbezüge für die Restlaufzeit ihrer Dienstverträge, maximal im Umfang von drei Jahresgesamtvergütungen.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung nach IFRS für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	<u>Anhang</u>	<u>2012</u>	<u>Vorjahr</u>
		T€	T€
1. Umsatzerlöse	(1)	36.414	29.205
2. Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen		179	753
3. Aktivierte Eigen- und Entwicklungsleistungen	(2)	2.744	3.045
4. Sonstige betriebliche Erträge	(3)	3.264	1.913
5. Materialaufwand	(4)	-10.776	-8.078
6. Personalaufwand	(5)	-13.493	-11.946
7. Abschreibungen	(6)	-3.910	-2.961
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7)	-11.210	-10.766
9. Betriebsergebnis (EBIT)		<u>3.212</u>	<u>1.165</u>
10. Finanzerträge		28	58
11. Finanzaufwendungen		-520	-605
12. Finanzergebnis	(8)	<u>-492</u>	<u>-547</u>
13. <i>Ergebnis vor Ertragsteuern</i>	(9)	2.720	618
14. Ertragsteuern	(9)	-310	-223
15. Ergebnis nach Steuer/Gesamtergebnis		2.410	395
<i>davon: Ergebnisanteile anderer Gesellschafter</i>		0	-3
<i>davon: Nettoergebnis/Ergebnisanteile der Aktionäre der aap AG</i>		2.410	392
16. Ergebnis je Aktie in Euro	(10)		
aus fortgeführten Aktivitäten			
unverwässert		0,079	0,013
verwässert		0,078	0,013

Konzern-Bilanz nach IFRS zum 31. Dezember 2012

AKTIVA				PASSIVA			
	Anhang	2012	2011		Anhang	2012	2011
		T€	T€			T€	T€
A. Langfristige Vermögenswerte				A. Eigenkapital	(24)		
Immaterielle Vermögenswerte	(11)			Gezeichnetes Kapital		30.670	30.670
Geschäfts- oder Firmenwert	(12)	12.490	12.490	Kapitalrücklage		18.611	40.422
Entwicklungskosten	(13)	21.858	20.286	Gewinnrücklagen		228	228
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	(14)	5.055	5.472	Sonstige Rücklagen		608	608
Sachanlagen	(15)	5.107	5.071	Bilanzergebnis		749	-23.575
At-equity bilanzierte Beteiligungen	(16)	55	0	Nicht beherrschende Anteile		0	-3
Finanzielle Vermögenswerte	(17)	356	356			<u>50.866</u>	<u>(48.350)</u>
Aktive latente Steuer	(9)	0	0				
		<u>44.921</u>	<u>(43.675)</u>	B. Langfristige Schulden (über 1 Jahr)	(26)		
				Finanzverbindlichkeiten	(27)	2.019	74
B. Kurzfristige Vermögenswerte				Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	(29)	369	150
Vorräte	(18)	13.943	13.991	Latente Steuer	(9)	2.090	2.176
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(19)	4.226	5.508	Rückstellungen	(26)	27	35
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	(20)	1.331	331	Sonstige Verbindlichkeiten	(30)	201	240
Sonstige Vermögenswerte	(21)	471	494			<u>4.706</u>	<u>(2.675)</u>
Forderungen aus Ertragsteuern	(22)	0	0	C. Kurzfristige Schulden (bis 1 Jahr)			
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	(23)	3.698	2.152	Finanzverbindlichkeiten	(27)	4.497	5.479
		<u>23.669</u>	<u>(22.476)</u>	Erhaltene Anzahlungen	(27)	1.125	337
				Entwicklungsaufträge mit passivischem Saldo gegenüber Kunden	(28)	0	32
				Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(27)	3.259	3.120
				Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	(27)	1.057	3.522
				Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	(29)	1.742	1.626
				Rückstellungen	(26)	205	186
				Sonstige Verbindlichkeiten	(30)	1.133	824
						<u>13.018</u>	<u>(15.126)</u>
Bilanzsumme		<u>68.590</u>	<u>66.151</u>	Bilanzsumme		<u>68.590</u>	<u>66.151</u>

Konzern-Kapitalflussrechnung nach IFRS

	2012	2011
	T€	T€
1. Ergebnis nach Steuer/Gesamtergebnis	2.410	395
2. Zahlungsunwirksamer Aufwand Aktienoptionen	208	210
	<u>2.618</u>	<u>605</u>
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen	3.100	2.961
4. Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	811	0
5. Veränderung der latenten Steuern	-86	2
6. Zunahme der Rückstellungen	11	0
7. Gewinn aus dem Abgang von Tochterunternehmen (abzgl.veräußerte Nettozahlungsmittel)	-945	0
8. Verlust aus dem Abgang langfristiger Vermögenswerte	11	4
9. Verlust aus at-equity bilanzierten Beteiligungen	1	0
10. Zuschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	-999	0
11. Zunahme der Vorräte, der Forderungen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	1.353	-497
12. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	1.269	198
13. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse und -zulagen	-56	-60
14. Mittelabfluss/-zufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	7.088	3.213
15. Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-3.902	-3.986
16. Auszahlungen für Erwerbe von Tochterunternehmen abzüglich erworbene Nettozahlungsmittel	-2	0
17. Auszahlung Finanzmittel aus Abgang Konzerngesellschaften	-25	0
18. Einzahlungen aus Investitionszulagen	9	266
19. Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-3.920	-3.720
20. Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen und Zuschüssen der Gesellschafter	0	3.039
21. Auszahlungen für Aufstockung der Eigentumsanteile an Tochtergesellschaften	-101	0
22. Transaktionskosten Eigenkapitalbeschaffung	0	-11
23. Gewinnausschüttungen und Auszahlungen aus Kapitalrücklagen	0	-34
24. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	2.963	44
25. Einzahlungen aus der Aufnahme von Gesellschafterdarlehen	0	0
26. Auszahlungen für die Tilgung von Gesellschafterdarlehen	-2.395	-35
27. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-2.001	-1.155
28. Auszahlungen für Finanzleasingverträge	-88	-98
29. Einzahlungen aus dem Verkauf eigener Aktien	0	0
30. Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit	-1.622	1.750
31. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Anfang der Periode	2.152	909
32. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Periode	3.698	2.152

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gewinnrücklagen				Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen				Bilanz- ergebnis	Anteile des Konzerns	Anteile anderer Gesellschafter	Summe
	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gesetzliche Gewinn- rücklage	Andere Gewinn- rücklagen	Neube- wertungs- rücklage	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Derivative Finanz- instrumente	Summe				
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Stand 01.01.2011	27.882	39.968	42	186	608	0	0	608	-23.967	44.719	133	44.852
Sachkapitalerhöhung	2.788	251	0	0	0	0	0	0	0	3.039	0	3.039
Aktienoptionen	0	210	0	0	0	0	0	0	0	210	0	210
Transaktionskosten	0	-7	0	0	0	0	0	0	0	-7	0	-7
Gewinnausschüttung / Einlagenrückgewähr	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-139	-139
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0	0	0	0	392	392	3	395
Stand 31.12.2011/01.01.2012	30.670	40.422	42	186	608	0	0	608	-23.575	48.353	-3	48.350
Sachkapitalerhöhung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienoptionen	0	208	0	0	0	0	0	0	0	208	0	208
Verrechnung Kapitalrücklage mit Bilanzverlust	0	-21.914	0	0	0	0	0	0	21.914	0	0	0
Aufstockung der Eigentumsanteile an Tochtergesellschaften	0	-105	0	0	0	0	0	0	0	-105	3	-102
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0	0	0	0	2.410	2.410	0	2.410
Stand 31.12.2012	30.670	18.611	42	186	608	0	0	608	749	50.866	0	50.866

Konzernanhang zum 31. Dezember 2012 nach IFRS

A. Unternehmensdaten

Firma, Sitz

aap Implantate AG, Berlin

Ort der Geschäftsleitung

12099 Berlin, Lorenzweg 5

Handelsregister

Die Gesellschaft wird beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg zu HR B 64083 geführt und wurde dort am 10.09.1997 in das Handelsregister eingetragen.

Börsennotierung

Die *aap* Implantate AG war seit dem 10.05.1999 am geregelten Markt mit Handel am Neuen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse unter der Wertpapier-Kenn-Nummer 506 660 notiert. Seit dem 16.05.2003 ist die Gesellschaft im Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) zugelassen.

Entstehung durch Umwandlung

Die Gesellschaft ist durch formwechselnde Umwandlung auf den 01.01.1997 aus der *aap* Ahrens, Ahrens & Partner GmbH & Co. Betriebs KG hervorgegangen.

Art der Geschäftstätigkeit

Die *aap* Implantate AG ist ein Unternehmen der Medizinbranche. Die Geschäftstätigkeit des Konzerns besteht in der Forschung, Entwicklung, Herstellung und dem Vertrieb von Implantaten, medizinischen Instrumenten, Knochenzementen und -ersatzwerkstoffen. Die Produktionsstandorte des Konzerns befinden sich in Deutschland und in den Niederlanden. Die wesentlichen Absatzgebiete bilden die Europäische Union, Asien sowie die USA.

B. Allgemeine Angaben

1. Grundlagen

Die *aap* Implantate AG mit Sitz in Berlin, Deutschland, ist Mutterunternehmen des *aap*-Konzerns (im Folgenden auch „*aap*“ oder „Konzern“). Der Konzernabschluss der *aap* Implantate AG zum 31. Dezember 2012 wurde entsprechend den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Im Konzernabschluss werden grundsätzlich alle bis zum Bilanzstichtag verpflichtend in Kraft getretenen IFRS angewendet. Die Vorjahreszahlen sind nach den gleichen Grundsätzen ermittelt worden.

Der Konzernabschluss der *aap* Implantate AG zum 31. Dezember 2012 besteht aus Konzern-Bilanz, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie dem Konzern-Anhang.

Dem Konzernabschluss liegen die Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften zugrunde, die unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Mutterunternehmens nach dem Handelsgesetzbuch und dem Aktiengesetz aufgestellt wurden. Die Überleitung auf die Regeln der IFRS erfolgte auf Ebene der Einzelgesellschaften.

Die Gliederungen der Konzern-Bilanz und der Konzern-Gesamtergebnisrechnung entsprechen den Vorschriften der IFRS. Die Konzern-Gesamtergebnisrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Die

Bilanzgliederung erfolgt nach der Fristigkeit der Vermögenswerte und Schulden. Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden – soweit nicht anders dargestellt – nach kaufmännischer Rundung in Tausend Euro (T€) angegeben.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses der *aap* Implantate AG erfolgte auf Basis der historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten mit Ausnahme der Marktbewertung von zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten sowie die erfolgswirksame Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten. Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten basieren im Allgemeinen auf dem beizulegenden Zeitwert der für den Vermögenswert entrichteten Gegenleistung. Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden nachfolgend unter Punkt D. erläutert. Die beschriebenen Methoden wurden stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nicht anders angegeben.

Für die Aufstellung, die Vollständigkeit und die Richtigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts ist der Vorstand der *aap* Implantate AG verantwortlich.

2. Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung wurde in Übereinstimmung mit IAS 7 nach der indirekten Methode aufgestellt. Sie ist nach den Zahlungsströmen aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit gegliedert. Der Betrag der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in der Kapitalflussrechnung stimmt mit dem in der Bilanz ausgewiesenen Wert überein. Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten.

Befristete Verfügungsbeschränkungen bestehen nicht. Auswirkungen von Wechselkursänderungen werden gesondert gezeigt.

3. Segmentberichterstattung

Die *aap*-Gruppe wird sowohl nach innen als auch nach außen als ein Unternehmen ohne separate Segmente geführt. Dieser Ansatz spiegelt sich ebenfalls in der Führungs- und Berichtsstruktur wider. Eine Berichterstattung gemäß IFRS 8 erfolgt daher nicht.

C. Konsolidierungsgrundsätze

1. Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben dem Mutterunternehmen *aap* Implantate AG alle Tochterunternehmen einbezogen, die von der *aap* Implantate AG unmittelbar oder mittelbar beherrscht werden.

Konsolidierte Tochterunternehmen:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	Anteilshöhe	Anteilshöhe
<i>aap</i> Biomaterials GmbH, Dieburg	100 %	100 %
OSARTIS Verwaltungs-GmbH, Dieburg	100 %	100 %
European Medical Contract Manufacturing B.V.	100 %	100 %
ADC Advanced Dental Care GmbH, Dieburg	-	54 %
<i>aap</i> Joints GmbH, Berlin	100 %	0 %

Die *aap* Implantate AG hat am 23.03.2012 von den Minderheitsgesellschaftern die sämtlichen restlichen Anteile an der ADC Advanced Dental Care GmbH erworben und hiermit ihre Beteiligung an dem Tochterunternehmen von 54 % auf 100 % aufgestockt. Mit Verschmelzungsvertrag und Beschlüssen der Gesellschafterversammlung vom 06.07.2012 hat die ADC Advanced Dental Care GmbH ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten auf die *aap* Biomaterials GmbH mit Wirkung zum 01.01.2012

übertragen (Verschmelzung durch Aufnahme). Die Eintragung in das Handelsregister der beiden Gesellschaften erfolgte am 30.08.2012.

Mit Gesellschaftsvertrag vom 08.11.2012 ist die *aap* Joints GmbH gegründet worden. Die *aap* Implantate AG hält sämtliche Anteile an der Gesellschaft. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 06.12.2012.

Für die Aufstellung des Lageberichts, die Offenlegung und die Prüfung des Jahresabschlusses hat das in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen, die *aap* Biomaterials GmbH, die Befreiungsvorschrift nach § 264 Abs. 3 HGB in Anspruch genommen.

2. Stichtag des Konzernjahresabschlusses

Der vorliegende Konzernabschluss umfasst das Geschäftsjahr 2012 auf Basis der Berichtsperiode vom 1. Januar bis 31. Dezember des Jahres. Die einbezogenen Unternehmen haben ebenfalls das Kalenderjahr als Geschäftsjahr.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Mutterunternehmens aufgestellt.

Die Konzerngesellschaften erstellen ihre Abschlüsse jeweils in der Landeswährung Euro (€), in der sie überwiegend wirtschaftlich tätig sind (funktionale Währung).

Alle konzerninternen Geschäftsvorfälle, Salden und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Konsolidierung vollständig eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Nicht beherrschende Anteile an Tochterunternehmen werden innerhalb des Eigenkapitals gesondert ausgewiesen. Das Gesamtergebnis der Tochterunternehmen wird den Nicht beherrschenden Anteilen entsprechend ihrer Beteiligungsquote an den Tochterunternehmen zugewiesen, auch wenn dies zu einem Negativsaldo der Nicht beherrschenden Anteile führt.

4. Kapitalkonsolidierung

Unternehmenszusammenschlüsse werden gemäß IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ nach der Erwerbsmethode bilanziert. Danach erfolgt die Kapitalkonsolidierung im Erwerbszeitpunkt durch Verrechnung des Kaufpreises mit dem neu bewerteten anteiligen Nettovermögen der erworbenen Tochterunternehmen.

Die ansatzfähigen Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden der Tochterunternehmen werden dabei unabhängig von der Höhe des Minderheitenanteils mit ihren vollen beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Immaterielle Vermögenswerte werden gesondert vom Geschäfts- oder Firmenwert bilanziert, soweit sie vom Unternehmen trennbar sind und aus einem vertraglichen oder anderen Recht resultieren. Im Rahmen der Kaufpreisallokation erfolgt keine erstmalige Bildung von Restrukturierungsrückstellungen. Verbleibende aktive Unterschiedsbeträge werden als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Negative Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung werden erst nach erneuter Überprüfung erfolgswirksam aufgelöst.

Aktivierter Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf mögliche Wertminderungen geprüft. Zahlungsmittel generierende Einheiten, welchen ein Teil des Geschäfts- oder Firmenwertes zugeteilt wurde, werden jährlich auf mögliche Wertminderungen geprüft. Liegen Hinweise für die Wertminderung einer Einheit vor, wird diese häufiger evaluiert. Wenn der erzielbare Betrag einer Zahlungsmittel generierenden Einheit kleiner ist als der Buchwert der Einheit, wird der Wertminderungsaufwand zunächst mit dem Buchwert eines jeglichen der Einheit zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwertes und dann anteilig den anderen Vermögenswerten auf Basis der Buchwerte eines jeden Vermögenswertes innerhalb der Einheit zugeordnet. Ein für den Geschäfts- oder Firmenwert erfasster Wertminderungsaufwand wird in künftigen Perioden nicht aufgeholt. Bei der Veräußerung eines Tochterunternehmens wird der darauf entfallende Betrag des Geschäfts- oder Firmenwertes im Rahmen der Ermittlung des Abgangserfolges berücksichtigt. Die Erlöse und Aufwendungen erworbener Unternehmen sind ab ihrem jeweiligen Erwerbszeitpunkt im Konzernabschluss enthalten.

5. Schuldenkonsolidierung

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten werden aufgerechnet. Aufrechnungsdifferenzen werden, soweit sie im Berichtszeitraum entstanden sind, erfolgswirksam erfasst.

6. Erfolgskonsolidierung

Im Rahmen der Erfolgskonsolidierung werden die konzerninternen Erträge und Aufwendungen verrechnet. Zwischenergebnisse werden eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

7. Währungsumrechnung

Die Gesellschaften bewerten in ihren Einzelabschlüssen Geschäftsvorfälle, die auf Fremdwährungen lauten, mit den am Tag der Transaktion gültigen Kursen. Monetäre Posten werden mit dem jeweils gültigen Kassakurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Zum Bilanzstichtag eingetretene Kursgewinne und -verluste aus der Bewertung von monetären Bilanzposten in fremder Währung werden ergebniswirksam in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. Erträgen berücksichtigt.

8. Anteile an Joint Ventures

Ein Joint Venture ist eine vertragliche Vereinbarung, in welcher der Konzern und andere Vertragsparteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die der gemeinschaftlichen Führung unterliegt. Dies ist der Fall, wenn die mit der Geschäftstätigkeit des Joint Venture verbundene strategische Finanz- und Geschäftspolitik die Zustimmung aller die Kontrolle teilenden Parteien erfordert.

Joint Venture-Vereinbarungen, die die Gründung eines einzelnen Unternehmens vorsehen, bei dem jeder Partner einen Anteil besitzt, werden gem. IAS 31 als gemeinschaftlich geführte Unternehmen bezeichnet.

Gemäß Kaufvertrag vom 21.12.2012 hat die *aap* Implantate AG sämtliche Anteile an der *aap* BM productions GmbH (vormals aptus 782. GmbH) erworben. Mit gleichem Datum sind 50 % der Beteiligung an einen Dritten bei gleichzeitigem Abschluss einer Joint Venture-Vereinbarung veräußert worden.

Der Konzern berichtet über seine Anteile an Unternehmen unter gemeinschaftlicher Führung nach der Equity-Methode, außer die Anteile werden als „zur Veräußerung verfügbar“ qualifiziert. Nach der Equity-Methode sind Anteile an Gemeinschaftsunternehmen zum Erwerbszeitpunkt mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen. Bei der erstmaligen Einbeziehung von Beteiligungen nach der Equity-Methode wird ein Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung und dessen Konzernanteil an den zu Zeitwerten bewerteten, identifizierbaren Vermögenswerten, Schulden und Eventualschulden des Gemeinschaftsunternehmens entsprechend den Grundsätzen der Vollkonsolidierung behandelt. Der Geschäfts- oder Firmenwert ist Bestandteil des Buchwerts der Beteiligung und wird nicht gesondert auf das Vorliegen einer Wertminderung geprüft. Jedoch wird jährlich geprüft, ob eine Wertminderung für den gesamten Buchwert der Beteiligung zu berücksichtigen ist. In diesem Fall wird der Unterschied zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag als Wertminderung berücksichtigt und im Ergebnis aus den at-Equity bilanzierten Beteiligungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Der Anteil des Konzerns an Gewinn und Verlust des Gemeinschaftsunternehmens wird vom Erwerbszeitpunkt an in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns erfasst. Veränderungen der Rücklagen sind anteilig in der Konzernrücklage zu erfassen. Die kumulierten Veränderungen werden mit dem Beteiligungsbuchwert verrechnet. Die oben beschriebenen Konsolidierungsgrundsätze gelten für Transaktionen des Konzerns mit den Gemeinschaftsunternehmen analog.

Die Abschlüsse der nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligung werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

D. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **Immateriellen Vermögenswerte** werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder Herstellungskosten bilanziert. Sämtliche immateriellen Vermögenswerte, mit Ausnahme von Geschäfts- oder Firmenwerten, weisen eine bestimmbare Nutzungsdauer auf und werden daher planmäßig linear abgeschrieben. Die unter den **Sonstigen immateriellen Vermögenswerten** ausgewiesenen gewerblichen

Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte werden über eine Nutzungsdauer von drei bis zwölfhalb Jahren abgeschrieben; die im Rahmen der Kaufpreisallokation identifizierten Kundenbeziehungen werden über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren abgeschrieben.

Entwicklungskosten werden als immaterieller Vermögenswert aktiviert, wenn ein neu entwickeltes Produkt oder Verfahren eindeutig abgegrenzt werden kann, technisch realisierbar und entweder für die eigene Nutzung oder die Vermarktung vorgesehen ist. Weitere Voraussetzungen für die Aktivierung sind die voraussichtliche Erzielung eines künftigen wirtschaftlichen Nutzens und eine zuverlässige Bewertung des Vermögenswertes. Die aktivierten Entwicklungskosten beinhalten auch Fremdkapitalkosten. Aktivierte Entwicklungskosten werden planmäßig linear über die Nutzungsdauer von i. d. R. fünf bis fünfzehn Jahren ab dem Zeitpunkt ihrer erstmaligen Verwendungsmöglichkeit abgeschrieben. Forschungskosten werden als Aufwand in der Periode ihrer Entstehung erfasst.

Bei **Geschäfts- oder Firmenwerten** sowie bei aktivierten Entwicklungskosten werden unabhängig von konkreten Anzeichen jährliche **Wertminderungstests** durchgeführt. Die Vermögenswerte werden zugeschrieben, soweit der Grund für eine früher vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung entfallen ist, wobei der durch die Zuschreibung erhöhte Buchwert die fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht übersteigen darf. Bei Geschäfts- oder Firmenwerten werden keine Zuschreibungen vorgenommen. Wertminderungen und Zuschreibungen werden grundsätzlich erfolgswirksam erfasst, es sei denn sie sind Ergebnis einer Neubewertung. Solche Wertminderungen und -steigerungen werden direkt im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die Restwerte, Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden der langfristigen Vermögenswerte werden am Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft und bei Bedarf prospektiv angepasst.

Sachanlagen werden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten der Sachanlagen umfassen Vollkosten. Fremdkapitalkosten werden als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert, soweit diese im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes stehen. Im Wege des Finanzierungsleasings gemietete Sachanlagen werden in Höhe des beizulegenden Zeitwertes bzw. des niedrigeren Barwerts der Leasingraten aktiviert und linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Nutzungsdauern betragen:	Jahre
Gebäude	50
Technische Anlagen und Maschinen	5 - 15
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 10

Sachanlagen werden entweder bei Abgang ausgebucht oder wenn sich aus der weiteren Nutzung oder der Veräußerung des Vermögenswertes kein wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Der aus der Ausbuchung des Vermögenswertes resultierende Gewinn oder Verlust wird als Differenz zwischen dem Nettoverkaufserlös und dem Restbuchwert ermittelt, in der Periode erfolgswirksam erfasst, in der der Vermögenswert ausgebucht wird und unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte sowie Sachanlagen werden außerplanmäßig abgeschrieben, wenn der erzielbare Betrag des Vermögenswertes den Buchwert unterschreitet.

At-Equity-bilanzierte Beteiligungen werden zunächst mit den Anschaffungskosten und in den Folgeperioden mit dem fortgeschriebenen anteiligen Nettovermögen bilanziert. Dabei werden die Buchwerte jährlich um die anteiligen Ergebnisse, die Ausschüttungen und alle weiteren Eigenkapitalveränderungen erhöht oder vermindert. Geschäfts- oder Firmenwerte werden nicht gesondert ausgewiesen, sondern sind im Wertansatz der Beteiligung enthalten. Eine planmäßige Abschreibung der Geschäfts- oder Firmenwerte findet nicht statt.

Nach der Equity-Methode bilanzierte Beteiligungen werden außerplanmäßig abgeschrieben, wenn der erzielbare Betrag den Buchwert unterschreitet.

Die unter den übrigen **Finanziellen Vermögenswerten** ausgewiesenen Beteiligungen gehören der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ an. Die Bewertung erfolgt sowohl bei Erstabibilanzierung als auch in den Folgeperioden zum beizulegenden Zeitwert, sofern dieser Wert verlässlich ermittelbar ist. Die Erstbewertung erfolgt am Erfüllungstag. Unrealisierte Gewinne und Verluste werden ergebnisneutral im Eigenkapital (Neubewertungsrücklage) erfasst. Bei Veräußerung wird der Gewinn oder Verlust erfolgswirksam realisiert. Liegen objektive substantielle Hinweise für eine Wertminderung eines Vermögenswertes vor, wird dieser erfolgswirksam abgeschrieben.

Der **Ertragsteueraufwand** der Periode setzt sich aus laufenden und latenten Steuern zusammen. Steuern werden in der Gesamtergebnisrechnung erfasst, es sei denn, sie beziehen sich auf Posten, die unmittelbar im Eigenkapital oder im sonstigen Ergebnis erfasst wurden. In diesem Fall werden die Steuern ebenfalls im Eigenkapital oder im sonstigen Ergebnis erfasst.

Der laufende Steueraufwand wird unter Anwendung der Steuervorschriften der Länder, in denen die Tochtergesellschaften tätig sind und zu versteuerndes Einkommen erwirtschaften, berechnet, die am Bilanzstichtag gelten oder in Kürze gelten werden. Das Management überprüft regelmäßig die Steuerdeklarationen, vor allem in Bezug auf auslegungsfähige Sachverhalte, und bildet Rückstellungen basierend auf den Beträgen, die an die Finanzverwaltung erwartungsgemäß abzuführen sind.

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen der Steuerbasis der Vermögenswerte/Verbindlichkeiten (tax base) und ihren Buchwerten im IFRS-Abschluss angesetzt (sog. Verbindlichkeitenmethode). Wenn jedoch im Rahmen einer Transaktion, die keinen Unternehmenszusammenschluss darstellt, eine latente Steuer aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit entsteht, die zum Zeitpunkt der Transaktion weder einen Effekt auf den bilanziellen noch auf den steuerlichen Gewinn oder Verlust hat, unterbleibt die Steuerabgrenzung sowohl zum Zeitpunkt des Erstansatzes als auch danach. Latente Steuern werden unter Anwendung der Steuersätze (und Steuervorschriften) bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder im Wesentlichen gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuerforderung bzw. der Begleichung der latenten Steuerverbindlichkeit erwartet wird. Aktive latente Steuern auf abzugsfähige temporäre Differenzen, Steuergutschriften und steuerliche Verlustvorträge werden insoweit aktiviert, als es wahrscheinlich ist, dass hierfür ein zu versteuerndes Ergebnis künftig verfügbar sein wird und somit eine Nutzung der damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile mit hinreichender Sicherheit gewährleistet erscheint. Aktive latente Steuern für Steuererminderungsansprüche aus der erwarteten Nutzung bestehender Verlustvorträge wurden, aufgrund der in der Vergangenheit bestehenden Verlusthistorie, wie im Vorjahr nur berücksichtigt, soweit sie bereits am Bilanzstichtag durch passive latente Steuern aus temporären Differenzen gedeckt sind, auch wenn sich durch die steuerlichen Verlustvorträge eine höhere Nutzungsmöglichkeit ergibt.

Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird an jedem Abschlussstichtag überprüft und in dem Umfang reduziert, in dem es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das der latente Steueranspruch zumindest teilweise verwendet werden kann. Nicht angesetzte latente Steueransprüche werden an jedem Abschlussstichtag überprüft und in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass ein künftig zu versteuerndes Ergebnis die Realisierung des latenten Steueranspruchs ermöglicht.

Latente Steuerverbindlichkeiten, die durch temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen entstehen, werden angesetzt, es sei denn, dass der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen vom Konzern bestimmt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit aufgrund dieses Einflusses nicht umkehren werden.

Latente Steuerforderungen und -verbindlichkeiten werden saldiert, wenn ein einklagbarer entsprechender Rechtsanspruch auf Aufrechnung besteht und wenn die latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten sich auf Ertragsteuern beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden, für entweder dasselbe Steuersubjekt oder unterschiedliche Steuersubjekte, die beabsichtigen, den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen.

Im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene latente Steuervorteile, die die Kriterien für einen gesonderten Ansatz zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht erfüllen, werden in Folgeperioden angesetzt, sofern sich dies aus neuen Informationen über Fakten und Umstände, die zum Erwerbszeitpunkt bestanden, ergibt. Die Anpassung wird entweder als Minderung des Geschäfts- oder Firmenwerts behandelt, sofern diese während des Bewertungszeitraums entsteht und solange sie den Geschäfts- oder Firmenwert nicht übersteigt, oder im Ergebnis.

Die **Vorräte** werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder dem niedrigeren Nettoveräußerungswert angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen die produktionsorientierten Vollkosten; sie werden auf der Grundlage der Normalbeschäftigung ermittelt. Im Einzelnen enthalten die Herstellungskosten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch angemessene Teile der notwendigen Produktionsgemeinkosten. Hierzu zählen die Material- und Fertigungsgemeinkosten und die produktionsbezogenen Verwaltungskosten sowie lineare Abschreibungen auf die Produktionsanlagen. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Bewertung erfolgt unter Zugrundelegung des FIFO-Verfahrens als Verbrauchsfolgefiktion. Bestandsrisiken, die sich aus einer geminderten Verwertbarkeit ergeben, wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen. Niedrigere Werte am Abschlussstichtag aufgrund gesunkener Nettoveräußerungswerte werden angesetzt. Der Nettoveräußerungspreis ist der geschätzte im normalen Geschäftsgang erzielbare Veräußerungserlös abzüglich der geschätzten Kosten bis zur Fertigstellung und der Vertriebskosten. Soweit bei in früheren Perioden abgewerteten Vorräten der Nettoveräußerungswert wieder gestiegen ist, wird die Wertaufholung als Bestandsveränderung erfasst.

Fremdkapitalkosten, die sich auf qualifizierte Vermögenswerte beziehen, werden aktiviert. Für den *aap*-Konzern betrifft dies die aktivierten Entwicklungskosten. Alle sonstigen Fremdkapitalkosten werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind.

Finanzinstrumente sind alle Verträge, die gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führen. Die Berichterstattung gem. IFRS 7 erfolgt unter Punkt I.(33).

Forderungen und Sonstige Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten nach Abzug erforderlicher Wertberichtigungen, die sich an dem tatsächlichen Ausfallrisiko orientieren, bilanziert. Unverzinsliche Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit ihrem Barwert angesetzt. Fremdwährungsforderungen werden am Tag der Transaktion mit den gültigen Kursen umgerechnet. Zum Bilanzstichtag erfolgt die Umrechnung der Forderungen in fremder Währung zum Stichtagskurs. Umrechnungsdifferenzen werden erfolgswirksam erfasst.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten. Sie werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Als **zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte** werden solche Vermögenswerte ausgewiesen, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und deren Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Es kann sich hierbei um einzelne langfristige Vermögenswerte, um Veräußerungsgruppen (Disposal Group) oder um nicht fortgeführte Aktivitäten handeln. Die zur Veräußerung bestimmten langfristigen Vermögenswerte werden nicht mehr abgeschrieben. Ihr Ansatz erfolgt mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten, sofern dieser Betrag niedriger ist als der Buchwert. Schulden werden als Teil der Veräußerungsgruppe berücksichtigt, wenn sie bei der Veräußerung mit übertragen werden sollen. Gewinne und Verluste aus der Bewertung von zur

Veräußerung bestimmter Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen werden bis zur endgültigen Veräußerung im Ergebnis aus fortgeführten Aktivitäten ausgewiesen.

Transaktionskosten, die direkt der Ausgabe von neuen Aktien oder Optionen zuzurechnen sind, werden im Eigenkapital netto nach Steuern als Abzug von den Emissionserlösen bilanziert.

Erwirbt der Konzern **eigene Anteile**, so wird der Wert der bezahlten Gegenleistung einschließlich direkt zurechenbarer zusätzlicher Kosten nach Ertragsteuern vom Eigenkapital abgezogen, bis die Aktien eingezogen oder wieder ausgegeben werden. Der Kauf, der Verkauf, die Ausgabe oder Einziehung von eigenen Anteilen wird erfolgsneutral erfasst. Werden solche Anteile wieder ausgegeben, wird die erhaltene Gegenleistung abzüglich direkt zurechenbarer Transaktionskosten und Ertragsteuern daher ebenfalls im Eigenkapital erfasst. Der Konzern kann die mit den eigenen Anteilen verbundenen Stimmrechte nicht ausüben; Dividendenansprüche bestehen nicht.

In die **Neubewertungsrücklage** werden unrealisierte Gewinne und Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ergebnisneutral eingestellt.

Das konzerninterne Aktienoptionsprogramm wird als **aktienbasierte Vergütung** mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente bilanziert. Die an Arbeitnehmer und Mitglieder der Geschäftsführung gewährten Aktienoptionen werden einerseits als Personalaufwand und andererseits als Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe des beizulegenden Zeitwerts erfasst. Die Zuführung in die Kapitalrücklage erfolgt über den Leistungszeitraum, der vertraglich vereinbarten Sperrfrist von zwei Jahren bis fünf Jahren entspricht. Der beizulegende Zeitwert der ausgegebenen Aktienoptionen wird zum Zeitpunkt ihrer Gewährung (grant date) mit Hilfe eines Optionspreismodells ermittelt. Einzelheiten sind unter den Punkten H.(24) und H.(25) erläutert.

Zuwendungen der öffentlichen Hand werden nur dann erfasst, wenn eine angemessene Sicherheit besteht, dass die damit verbundenen Bedingungen erfüllt und die Zuwendungen auch tatsächlich gewährt werden.

Zugewendete **Investitionszuschüsse** und **Investitionszulagen** werden als Sonderposten für Investitionszuschüsse unter den Schulden passiviert. Die ertragswirksame Auflösung erfolgt linear entsprechend der Nutzungsdauer der begünstigten Vermögenswerte.

Andere **Zuwendungen der öffentlichen Hand** werden als Ertrag über den Zeitraum erfasst, der nötig ist, um sie den entsprechenden Aufwendungen, für deren Ausgleich sie bestimmt sind, zuzuordnen. Zuwendungen, die für den Ausgleich von bereits entstandenen Aufwendungen vereinnahmt werden, werden erfolgswirksam in der Periode der Anspruchsentstehung erfasst.

Rückstellungen werden für am Bilanzstichtag bestehende rechtliche und faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten gebildet, die auf einem Ereignis der Vergangenheit beruhen, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen und deren voraussichtliche Höhe zuverlässig geschätzt werden kann. Die Rückstellungen werden mit ihrem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und nicht mit Erstattungsansprüchen saldiert. Die ursprüngliche Schätzung der Kosten wird jährlich überprüft. Soweit der Abzinsungseffekt wesentlich ist, werden Rückstellungen mit einem Zinssatz vor Steuern abgezinst, der die für die Schuld spezifischen Risiken widerspiegelt. Im Fall einer Abzinsung wird die durch den Zeitablauf bedingte Erhöhung der Rückstellung als Finanzaufwand erfasst.

Die **Verbindlichkeiten** werden bei erstmaligem Ansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert erfasst. In den Folgejahren werden Verbindlichkeiten zu den fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing-Verträgen werden in Höhe des beizulegenden Zeitwertes passiviert. Soweit der Barwert der Mindestleasingzahlungen niedriger als der Zeitwert ist, ist dieser maßgebend. Fremdwährungsverbindlichkeiten werden am Tag der Transaktion mit den gültigen Kursen umgerechnet. Zum Bilanzstichtag erfolgt die Umrechnung der Verbindlichkeiten in fremder Währung zum Stichtagskurs. Umrechnungsdifferenzen werden erfolgswirksam erfasst.

Leasing-Transaktionen werden entweder als „finance lease“ oder als „operating lease“ klassifiziert. Transaktionen werden als „finance lease“ behandelt, wenn der Konzern als Leasingnehmer alle Chancen und Risiken aus der Nutzung des Leasinggegenstandes trägt und ihm daher das wirtschaftliche Eigentum zuzurechnen ist. In diesem Fall werden der Leasinggegenstand und die korrespondierende Verbindlichkeit bilanziert. Der Leasinggegenstand wird mit seinem beizulegenden Zeitwert bzw. mit dem niedrigeren Barwert der Leasingrate angesetzt. Die Leasingzahlungen werden in Finanzierungsaufwendungen und Tilgungsanteil der Restschuld aufgeteilt, sodass sich über die Laufzeit des Leasingverhältnisses ein konstanter Zinssatz ergibt. Die Finanzierungsaufwendungen werden aufwandswirksam im Finanzergebnis erfasst. Die übrigen Leasing-Transaktionen werden als „operating lease“ bilanziert. Danach wird der Leasinggegenstand nicht im *aap*-Konzern aktiviert und die Leasingzahlungen werden zum Zeitpunkt ihrer wirtschaftlichen Verursachung aufwandswirksam erfasst.

Eventualverbindlichkeiten sind mögliche oder bestehende Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen und bei denen ein Ressourcenabfluss nicht wahrscheinlich ist. Sie werden in der Bilanz nicht erfasst. Die angegebenen Verpflichtungsvolumina bei den Eventualverbindlichkeiten entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

Die Umsätze des Konzerns umfassen Verkäufe von Produkten, Lizenzentgelten sowie Dienstleistungen. **Umsatzerlöse** werden realisiert, wenn die geschuldete Lieferung oder Leistung erbracht worden ist bzw. mit Erfüllung der Werkverträge. Dies ist bei Lieferungen grundsätzlich nach der physischen Auslieferung der Fall, wenn die mit dem Eigentum verbundenen Risiken auf den Käufer übergegangen sind. Weiterhin müssen der wirtschaftliche Nutzen hinreichend wahrscheinlich und die angefallenen Kosten verlässlich bestimmbar sein. Werkverträge gelten als erfüllt, wenn alle Leistungsverpflichtungen im Wesentlichen erbracht sind und der Kunde die Leistung als vertragsgemäß abgenommen hat.

Bei **langfristiger Auftragsentwicklung** erfolgt die Umsatzrealisierung entsprechend des Fertigstellungsgrades, sofern die Verträge die Voraussetzungen für die Anwendung der Percentage-of-Completion-Methode gemäß IAS 18 bzw. IAS 11 erfüllen. Wenn das Ergebnis eines Entwicklungsauftrages verlässlich geschätzt werden kann, werden Erlöse und Kosten dieses Auftrags entsprechend dem Leistungsfortschritt am Abschlussstichtag und zwar entweder nach dem Verhältnis der bereits angefallenen Kosten zu den geschätzten Gesamtauftragskosten (Cost-to-cost-Methode) oder nach vertraglich vereinbarten Meilensteinen ausgewiesen. Sofern das Ergebnis eines Entwicklungsauftrags nicht verlässlich geschätzt werden kann, werden die Auftrags Erlöse nur in Höhe der angefallenen Auftragskosten erfasst, die wahrscheinlich gedeckt sind. Die Auftragskosten werden dann in der Periode, in der sie anfallen, als Aufwand erfasst. Ist es wahrscheinlich, dass die gesamten Auftragskosten die gesamten Auftrags Erlöse übersteigen werden, so wird der erwartete Verlust sofort aufwandswirksam berücksichtigt. Zahlungen des Kunden, die den Gegenwert des Leistungsfortschrittes übersteigen oder vor Leistungserbringung erfolgen, werden als Verbindlichkeit gegenüber dem Kunden (Entwicklungsauftrag mit passivischem Saldo) ausgewiesen. Zahlungen aufgrund von Teilabrechnungen, die den Leistungsfortschritt nicht überschreiten, werden von den Forderungen gegenüber dem Kunden abgesetzt. Der die erhaltenen Zahlungen übersteigende Saldo der angefallenen Auftragskosten zuzüglich teilrealisierter Gewinne wird als Forderung aus Auftragsentwicklung gesondert ausgewiesen.

Lizenerlöse werden gemäß dem wirtschaftlichen Gehalt der relevanten Vereinbarung periodengerecht vereinnahmt und abgegrenzt, es sei denn, es handelt sich um einen sofort zu realisierenden Veräußerungserlös, da Rechte ohne zeitliche Begrenzung und ohne weitere Pflichten des Lizenzgebers lizenziert werden. Soweit Erlöse von weiteren ungewissen zukünftigen Bedingungen abhängen, wie zum Beispiel von dem Überschreiten bestimmter Liefermengen, oder dem Erwerber Rücktrittsrechte zustehen, deren Ausübungswahrscheinlichkeit vom *aap*-Konzern nicht eingeschätzt werden kann, werden diese Erlöse erst mit Eintritt der Bedingung realisiert. Kundenkonti und -rabatte sowie Warenrückgaben werden periodengerecht entsprechend den zugrunde liegenden Umsatzerlösen berücksichtigt.

Zinserträge werden unter Berücksichtigung des ausstehenden Kapitalertrages und des geltenden Zinssatzes zeitanteilig vereinnahmt.

E. Wesentliche Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen

Bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind **Ermessensentscheidungen** zu treffen. Dies betrifft z. B. langfristige Vermögenswerte, die veräußert werden sollen. Hier ist zu bestimmen, ob die Vermögenswerte in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und ihre Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. In diesem Fall sind die Vermögenswerte und gegebenenfalls zugehörige Schulden als „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte bzw. Schulden“ auszuweisen und zu bewerten. Finanzielle Vermögenswerte sind in die Kategorien „Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen“, „Kredite und Forderungen“, „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ und „Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden“ einzuordnen (Punkt I.(32)). Die Verbindlichkeiten aus originären Finanzinstrumenten können entweder zu ihren fortgeführten Anschaffungskosten oder als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ bewertete Verbindlichkeit angesetzt werden. *aap* bewertet grundsätzlich sämtliche finanzielle Verbindlichkeiten mit den fortgeführten Anschaffungskosten.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfordert bei einigen Posten **Schätzungen und Annahmen**, die die ausgewiesenen Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen in ihrem Ansatz und in ihrer Höhe beeinflussen. Diese Schätzungen und Annahmen beinhalten komplexe und subjektive Bewertungen, die auf Sachverhalten beruhen, die ihrer Natur nach ungewiss sind und im Zeitablauf wesentlichen Veränderungen unterliegen können, die außerhalb des Einflussbereichs des Konzerns liegen. Die tatsächlichen Beträge können von diesen Schätzwerten daher auch erheblich abweichen. Die im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses vom Management getroffenen Schätzungen und Annahmen, für die ein beträchtliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich werden kann, werden nachfolgend erläutert.

Die erstmalige Aktivierung von **Entwicklungskosten** basiert auf der Einschätzung des Managements, dass die technische und wirtschaftliche Realisierbarkeit nachgewiesen ist. Bei der Ermittlung der zu aktivierenden Beträge und für den jährlichen Wertminderungstest sind Annahmen über die Höhe der zu erwartenden künftigen Cash-Flows aus dem Projekt, die anzuwendenden Abzinsungssätze und den Zeitraum des Zuflusses des erwarteten zukünftigen Nutzens zu treffen. Der Buchwert der aktivierten Entwicklungskosten beträgt zum 31.12.2012 21.858 T€ (2011: 20.286 T€). Aufgrund der Fokussierung auf die Kernbereiche Trauma sowie Knochenzement & Zementierungstechnik, die auch zu einer Konzentration auf wesentliche Entwicklungsprojekte geführt hat, werden die Projekte als erfolgreich realisierbar qualifiziert. Die im Berichtsjahr erreichten Projektfortschritte und die bisherige Kundenresonanz bestätigen die Einschätzungen hinsichtlich der künftigen Erlöse. Unsicherheiten hinsichtlich künftiger Marktanteile und künftiger Gewinnmargen bestehen jedoch - auch vor dem Hintergrund der steigenden Zulassungsanforderungen - und können zu einem Anpassungsbedarf in den folgenden Geschäftsjahren führen. Weitere Hinweise sind auch dem Risikobericht im Lagebericht (unter Punkt D)) zu entnehmen.

Geschäfts- und Firmenwerte sowie aktivierte Entwicklungskosten werden jährlich Wertminderungstests unterzogen. Für die Bestimmung möglicher Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts ist es erforderlich, den Nutzungswert der Zahlungsmittel generierenden Einheit (CGU), welcher dem Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet worden ist, zu ermitteln. Für die Berechnungen des Nutzungswerts sind die künftigen Cash-Flows der CGU und die geeigneten Abzinsungsfaktoren für die Barwertermittlung zu bestimmen. Dies ist notwendigerweise mit Schätzungen und Annahmen verbunden. Hierzu zählen vor allem Marktentwicklungen einschließlich der Änderungen von gesetzlichen Rahmenbedingungen, künftige medizinische Entwicklungen, Wachstumsraten, Verkaufspreise, gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten und Steuersätze. Die Cash-Flow-Prognosen berücksichtigen Erfahrungen der Vergangenheit und basieren auf den vom Management vorgenommenen Einschätzungen zukünftiger Entwicklungen. Diese Prämissen und die zugrundeliegende

Methodik können erheblichen Einfluss auf die jeweiligen Werte und auf die Höhe möglicher Wertminderungen haben. Zum 31.12.2012 beträgt der Buchwert des Geschäfts- oder Firmenwerts 12.490 T€ (2011: 12.490 T€) und entfällt auf die Zahlungsmittel genießende Einheit Biomaterialien.

Die Ermittlung der Wertberichtigung zweifelhafter **Forderungen** erfolgt in Abhängigkeit von der Altersstruktur sowie durch Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen über das kundenspezifische Kredit- und Ausfallrisiko.

Bei der Bilanzierung von **Ertragsteuern** bestehen Unsicherheiten hinsichtlich der Auslegung komplexer steuerrechtlicher Vorschriften, Änderungen des Steuerrechts und der Auffassung der Finanzverwaltung. Darüber hinaus können die steuergesetzlichen Regelungen auch unterschiedlichen Interpretationen von Steuerpflichtigen und Finanzbehörden unterliegen, die ggf. erst durch höchstrichterliche Rechtsprechung entschieden werden. Es ist daher möglich, dass Abweichungen zwischen den tatsächlichen Ergebnissen und den getroffenen Annahmen bzw. der künftigen Änderungen solcher Annahmen Anpassungen des bereits erfassten Steuerertrags und Steueraufwands erfordern.

Aktive latente Steuern werden angesetzt, soweit die Realisierung künftiger Steuervorteile mit hinreichender Sicherheit gewährleistet erscheint. Dabei werden u. a. die geplanten Ergebnisse aus der operativen Geschäftstätigkeit und die Ergebniswirkungen aus der Umkehrung von zu versteuernden temporären Differenzen einbezogen. Die tatsächliche steuerliche Ergebnissituation in zukünftigen Perioden und damit die tatsächliche Realisierbarkeit aktiver latenter Steuern kann allerdings von der Einschätzung im Zeitpunkt der Aktivierung der latenten Steuern deutlich abweichen.

Sämtliche Annahmen und Schätzungen basieren auf den Verhältnissen und Einschätzungen am Bilanzierungstichtag und der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung des *aap*-Konzerns unter Berücksichtigung der als realistisch unterstellten künftigen Entwicklung seines wirtschaftlichen Umfeldes. Soweit sich diese Rahmenbedingungen abweichend entwickeln, werden die Annahmen und, falls erforderlich, die Buchwerte der betroffenen Vermögenswerte und Schulden entsprechend angepasst.

Nach den Erkenntnissen im Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses ist nicht von einer wesentlichen Änderung der zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen auszugehen; eine notwendige Anpassung der Buchwerte der angesetzten Vermögenswerte und Schulden ist daher für das Geschäftsjahr 2012 nicht zu erwarten.

F. Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Berichtsjahr erstmalig angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Das International Accounting Standards Board (IASB) hat sowohl Änderungen bei bestehenden International Financial Reporting Standards (IFRS) als auch neue IFRS und Interpretationen verabschiedet, die von *aap* ab dem Geschäftsjahr 2012 verpflichtend anzuwenden sind. Die erstmalige Anwendung der nachfolgend genannten Standards und Interpretationen hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des *aap*-Konzerns oder auf das Konzernergebnis je Aktie. Eine Anpassung von Vorjahresbeträgen war unter Berücksichtigung von Wesentlichkeitsaspekten nicht notwendig.

Änderungen des IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben
Änderung des IFRS 1 (2010)	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards
Änderung des IAS 12 (2010)	Ertragsteuern

Veröffentlichte, aber noch nicht angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Die *aap* Implantate AG wendet folgende veröffentlichte, aber noch nicht von der EU verabschiedete oder in Kraft getretene Standards und Interpretationen im Berichtsjahr noch nicht an. Die Auswirkungen der nachfolgenden Standards und Interpretationen auf den *aap*-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

Der Standard ersetzt die bisherigen Regelungen des IAS 39 bezüglich der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten und erhält kleinere Änderungen hinsichtlich der Bewertung finanzieller Verbindlichkeiten. IFRS 9 (2011) ist erstmals verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01. Januar 2015 beginnen. *aap* geht davon aus, dass die erstmalige Anwendung der IFRS 9 (2011) die Abbildung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beeinflussen wird. Die möglichen Auswirkungen können jedoch erst nach einer detaillierten Analyse vernünftig abgeschätzt werden.

IFRS 10 (2011)

| Konzernabschlüsse

IFRS 11 (2011)

| Gemeinsame Vereinbarungen

IFRS 12 (2011)

| Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen

Im Mai 2011 hat das IASB mit den Standards IFRS 10 (2011), Konzernabschlüsse, IFRS 11 (2011), Gemeinsame Vereinbarungen, IFRS 12 (2011), Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen, Folgeänderungen zu IAS 27 (2011), Konzern- und separate Abschlüsse, sowie IAS 28 (2011), Anteile an assoziierten Unternehmen, Verbesserungen von Rechnungslegungs- und Angabevorschriften zur Konsolidierung, außerbilanziellen Aktivitäten und gemeinschaftlichen Vereinbarungen veröffentlicht. Die fünf neuen Standards sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01. Januar 2014 beginnen, anzuwenden.

IFRS 10 (2011) ersetzt die Regelungen über Konzernabschlüsse in IAS 27 Konzern- und separate Abschlüsse sowie SIC-12 Konsolidierung - Zweckgesellschaften. Der Standard regelt anhand eines umfassenden Beherrschungskonzepts, welche Unternehmen in den Konzernabschluss einzubeziehen sind und gibt umfangreiche Leitlinien zur Auslegung des Beherrschungsbegriffs in Zweifelsfällen. Ein Unternehmen beherrscht danach ein anderes Unternehmen, wenn es aufgrund seiner Beteiligung an variablen Ergebnissen partizipiert und die Möglichkeit hat, die für den wirtschaftlichen Erfolg wesentlichen Geschäftsaktivitäten des Beteiligungsunternehmens beeinflussen zu können.

Änderungen zur derzeit geltenden Rechtslage können sich für die Konstellationen ergeben, in denen zwar eine Möglichkeit zur Bestimmung der Geschäftsaktivitäten besteht, aber keine Stimmrechtsmehrheit gehalten wird.

IFRS 11 (2011) regelt die Bilanzierung von gemeinschaftlichen Vereinbarungen, ausgehend von der Art der sich aus der Vereinbarung ergebenden Rechte und Pflichten der Parteien. Die gemeinschaftliche Vereinbarung kann sich auf eine gemeinsame Geschäftstätigkeit oder ein Gemeinschaftsunternehmen erstrecken. Für die Einbeziehung von Gemeinschaftsunternehmen ist nach IFRS 11 die Equity-Methode anzuwenden; die Quotenkonsolidierung ist nicht mehr zulässig.

IFRS 12 (2011) regelt die Angabepflichten für sämtliche Arten von Beteiligungen an anderen Unternehmen einschließlich Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, assoziierter Unternehmen, strukturierter Unternehmen und außerbilanzieller Einheiten. Die Angabepflichten sind deutlich weitreichender als bisher und sollen es den Abschlussadressaten ermöglichen, die Art der Beteiligung, die damit verbundenen Risiken und die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu beurteilen.

aap geht davon aus, dass die erstmalige Anwendung der Standards zu zusätzlichen Angaben führen wird. Wesentliche Einflüsse auf Wertansätze werden nicht erwartet, da *aap* über Gemeinschaftsunternehmen bereits nach der Equity-Methode berichtet (C. 8). Die Auswirkungen können im Einzelnen jedoch erst nach einer konkreten Prüfung abgeschätzt werden.

IFRS 13 (2011)

| Bemessung des beizulegenden Zeitwerts

Der Standard definiert den Begriff des beizulegenden Zeitwerts und vereinheitlicht die Angabepflichten für Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert. Der Anwendungsbereich umfasst sowohl finanzielle als auch nicht-finanzielle Posten. IFRS 13 (2011) ist für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01. Januar 2013 beginnen, anzuwenden. Die erstmalige Anwendung von IFRS 13 (2011) kann nach Einschätzung von *aap* Einfluss auf die Wertansätze im Konzernabschluss haben und wird vermutlich zu weitreichenden Anhangangaben führen.

IAS 1 (2011)

| Darstellung des Abschlusses

Der Standard sieht nach seiner Änderung zusätzliche Angaben zum sonstigen Ergebnis vor. Danach sind Posten, die bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden, und Posten, die auch zukünftig nicht mehr erfolgswirksam erfasst werden, gesondert auszuweisen. Dementsprechend sind auch die auf die Posten des sonstigen Ergebnisses entfallenden Ertragsteuern zu verteilen. Die Änderungen des IAS sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01. Juli 2012 beginnen, anzuwenden. Der *aap*-Konzernabschluss wird demzufolge ab dem Geschäftsjahr 2013 eine entsprechende Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen nach den zwei Kategorien enthalten.

Änderung des IAS 19 (2011)

| Leistungen an Arbeitnehmer

Der überarbeitete IAS 19 (2011) ändert die Behandlung von leistungsorientierten Versorgungsplänen und Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Änderungen von leistungsorientierten Verpflichtungen und des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens sind danach sofort im Zeitpunkt ihres Auftretens zu erfassen. Der nach dem bislang gültigen IAS 19 mögliche "Korridor"-Ansatz wurde abgeschafft. Weiterhin hat eine beschleunigte Erfassung von nachzuerrechnendem Dienstaufwand zu erfolgen. Sämtliche versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste sind unmittelbar im Jahr des Auftretens im Gesamtergebnis zu verbuchen. Somit zeigt die Nettopensionsverbindlichkeit bzw. der Nettopensionsvermögenswert in der Bilanz die volle Unter- bzw. Überdeckung.

Der geänderte IAS 19 (2011) ist für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01. Januar 2013 beginnen, anzuwenden. Die Änderungen werden keinen Einfluss auf den *aap*-Konzernabschluss haben, da *aap* derzeit keine Versorgungspflichten gegenüber Mitarbeitern hat.

Änderung des IAS 32 (2011)

| Finanzinstrumente: Ausweis

Änderung des IFRS 7 (2011)

| Finanzinstrumente: Angaben

Die Änderung des IAS 32 (2011) und des IFRS 7 (2011) betreffen die Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten und die diesbezüglichen Anhangangaben. Während die grundlegenden Bestimmungen zur Saldierung beibehalten werden, sollen bestehende Inkonsistenzen über eine Ergänzung der Anwendungsleitlinien beseitigt werden. Weiterhin wird der Umfang der erforderlichen Anhangangaben deutlich erweitert. Die Änderungen betreffend IFRS 7 (2011) sind verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01. Januar 2013 beginnen, die Änderungen betreffend IAS 32 (2011) für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01. Januar 2014 beginnen. Die Auswirkungen auf den *aap*-Konzernabschluss werden derzeit geprüft.

Die nachfolgenden aufgeführten Standards und Interpretationen oder deren Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den *aap*-Konzernabschluss haben:

Änderungen des IFRS 1 (2012)

| Öffentliche Darlehen

Änderungen des IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 (2012)	Transition Guidance/Klarstellung und Erleichterungen Erstanwendung dieser Standards
Änderungen des IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27 (2012)	Investmentgesellschaften
Jährliche Verbesserungen zu IFRS 2009-2011 (2012)	Ansatz, Bewertung und Ausweis von Geschäftsvorfällen

G. Erläuterungen zur Konzern-Gesamtergebnisrechnung

(1) Umsatzerlöse

	2012 T€	2011 T€
<u>Nach Kategorien</u>		
Umsatzerlöse aus		
• dem Verkauf von Produkten	35.854	28.339
• der Erbringung von Dienstleistungen	63	25
• Auftragsentwicklung	328	189
• Nutzungsentgelten	169	652
Gesamt	36.414	29.205
<u>Nach Regionen¹</u>		
Inland	9.309	7.931
Übriges Europa	12.905	13.286
Asien	7.156	3.810
Nordamerika	6.013	3.354
Südamerika	506	592
Afrika	525	232
Gesamt	36.414	29.205
<u>Nach Produktgruppen</u>		
Biomaterialien	28.558	23.905
Traumatologie & Orthopädie	7.856	6.842
Überleitung/Konsolidierung	0	-1.542
Gesamt	36.414	29.205

¹ nach dem geographischen Ort des Geschäftsbetriebs der externen Kunden

Die Umsatzerlöse aus dem Posten Auftragsentwicklung enthielten im Vorjahr in Höhe von 112 T€ solche aus langfristiger Auftragsentwicklung gemäß IAS 18 bzw. IAS 11, die entsprechend der Percentage-of-Completion-Methode realisiert wurden (vgl. Punkt H.(28)).

Im Geschäftsjahr 2012 entfallen Umsatzerlöse in Höhe von 13.886 T€ (Vorjahr: 10.446 T€) auf drei Hauptkunden der Gesellschaft.

(2) Aktivierte Eigen- und Entwicklungsleistungen

Bei den aktivierten Eigen- und Entwicklungsleistungen in Höhe von 2.744 T€ (Vorjahr: 3.045 T€) handelt es sich im Wesentlichen um Aktivierungen im Zusammenhang mit Entwicklungsprojekten.

(3) Sonstige betriebliche Erträge

2012 2011

	T€	T€
Aufwandszuschüsse	632	961
Erträge aus der Veräußerung von Tochterunternehmen	944	0
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Verpflichtungen	281	308
Periodenfremde Erträge	73	306
Private PKW-Nutzung	163	135
Versicherungsentschädigungen	0	63
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse und -zulagen	41	43
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	31	27
Währungsdifferenzen	33	24
Erträge aus Wertaufholung von Vermögenswerten	1.015	0
Übrige	51	46
Gesamt	3.264	1.913

Die Erträge aus Wertaufholung von Vermögenswerten betreffen in Höhe von 999 T€ aktivierte Entwicklungskosten (H. (11) und H. (13)).

(4) Materialaufwand

	2012	2011
	T€	T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	7.916	5.996
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.860	2.082
Gesamt	10.776	8.078

(5) Personalaufwand

	2012	2011
	T€	T€
Löhne und Gehälter	11.351	9.990
Sozialversicherungsabgaben	1.066	966
Altersversorgung, beitragsorientiert	867	780
Mitarbeitern gewährte Aktienoptionen	208	210
Gesamt	13.492	11.946

Der aap-Konzern leistet beitragsorientierte Altersversorgungsaufwendungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen an staatliche Rentenversicherungsträger. Über diese Zahlungen hinaus bestehen für den Konzern keine weiteren Leistungsverpflichtungen.

<u>Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt</u>	2012	2011
Produktion	140	138
Forschung & Entwicklung	27	31
Qualitätsmanagement	33	30
Vertrieb	35	28
Verwaltung	26	25
Gesamt	261	252

Angestellte	144	138
-------------	-----	-----

Gewerbliche Arbeitnehmer	117	114
Gesamt	261	252

(6) Abschreibungen

Auf Sachanlagen entfallen planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.073 T€ (Vorjahr: 1.054 T€) und auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 2.027 T€ (Vorjahr: 1.901 T€). Außerplanmäßige Abschreibungen auf Entwicklungsprojekte wurden im Geschäftsjahr 2012 in Höhe von 811 T€ vorgenommen (Vorjahr: 6 T€).

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2012 T€	2011 T€
Beratungskosten	2.214	1.902
Raumkosten	1.567	1.539
Werbe- und Reisekosten	1.320	1.124
Forschungskosten, Analysen, Proben, Sterilisation	1.147	1.105
Ausgangsfrachten, Verpackungsmaterial, Kosten der Warenabgabe	658	514
Reparaturen, Instandhaltungen	592	513
Fahrzeugkosten	477	446
Versicherungen, Beiträge, Abgaben	470	468
Patentgebühren, sonstige Gebühren	416	450
Bürobedarf, Telefon, Telefax, Porto	400	385
Periodenfremde Aufwendungen	349	831
Verkaufsprovisionen	335	51
Leasing (ohne Fahrzeugleasing)	178	200
Kosten Personalbeschaffung	170	73
Fortbildungskosten	111	87
Verluste und Wertminderungen aus Forderungen	104	106
Aufsichtsratsvergütungen	75	85
Personalleasing	65	34
Währungsdifferenzen	39	135
Sonstige Kosten	523	718
Gesamt	11.210	10.766

(8) Finanzergebnis

	2012 T€	2011 T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29	58
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
- Zinsen auf langfristige Kreditverbindlichkeiten	-74	-99
- Zinsen auf kurzfristige Bankverbindlichkeiten	-130	-286
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen auf sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	-316	-220
Gesamt	-491	-547

Die in der Rechnungsperiode ergebniswirksam verrechneten **Kursdifferenzen** betragen:

	2012 T€	2011 T€
Erträge Kursdifferenzen	33	26

Aufwendungen Kursdifferenzen	-39	-137
Gesamt	-6	-111

(9) Ertragsteuern

Der ausgewiesene Ertragsteueraufwand gliedert sich wie folgt:

Ertragsteueraufwendungen nach Herkunft	2012 T€	2011 T€
Gezahlte bzw. geschuldete Ertragsteuer		
- Deutschland	9	5
- Übrige Länder	387	216
	396	221
Latente Steuern		
- aus Unternehmenserwerben	117	-133
- aus zeitlichen Unterschieden	245	771
- aus Verlustvorträgen	-447	-639
- Eigenkapitaltransaktionen	0	3
	-85	2
Gesamt	311	223

Für die Berechnung der latenten Steuern in Deutschland wird ein Steuersatz von 30,2 % (Vorjahr: 30,2 %) herangezogen, der aus dem seit 01.01.2008 geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 %, dem Solidaritätszuschlag von 5,5 % auf die Körperschaftsteuerschuld und dem Gewerbeertragsteuersatz von 14,4 % resultiert. Für die Berechnung der Gewerbeertragsteuer wurde ausgehend von dem Jahresergebnis nach IFRS durch gewerbsteuerliche Hinzurechnungen und Kürzungen der Gewerbeertrag ermittelt.

Die latenten Steuerabgrenzungen resultieren aus den folgenden Bilanzposten:

Latente Steuerforderungen und -verbindlichkeiten	31.12.2012		31.12.2011	
	Aktive latente Steuern T€	Passive latente Steuern T€	Aktive latente Steuern T€	Passive latente Steuern T€
Immaterielle Vermögenswerte	0	505	0	544
Entwicklungskosten	0	5.990	0	5.520
Sachanlagen	0	113	0	117
Vorräte	-25	76	0	73
Forderungen aus Entwicklungsaufträgen	-9	2	0	38
Rückstellungen	-13	0	-15	0
Verlustvorträge	-4.548	0	-4.101	0
	-4.595	6.687	-4.116	6.292
Saldierung	4.595	-4.595	4.116	-4.116
Gesamt	0	2.091	0	2.176

In Höhe von 1.446 T€ (Vorjahr: 1.329 T€) bestehen passive latente Steuern aus der Erstkonsolidierung des niederländischen Teilkonzerns. Eine Zuschreibung auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 999 T€ (H. (11)) führte zu latenten Steueraufwendungen in Höhe von 250 T€. Aus der planmäßigen Abschreibung der im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten stillen Reserven von Unternehmenserwerben resultieren latente

Steuererträge in Höhe von 133 T€ (Vorjahr: 133 T€). Die saldierten latenten ertragsteuerlichen Auswirkungen belaufen sich auf 117 T€ (Vorjahr: 133 T€).

Der Gesamtbetrag der nach Saldierung bilanzierten latenten Steuern gliedert sich wie folgt:

	31.12.2012		31.12.2011	
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
	T€	T€	T€	T€
aus der Nutzung bestehender Verlustvorträge	-4.548	0	-4.101	0
aus der Konsolidierung	-34	0	0	25
aus der Erstkonsolidierung des niederländischen Teilkonzerns	0	1.446	0	1.329
aus temporären Differenzen	-13	5.240	-15	4.938
	-4.595	6.686	4.116	6.292
Saldierung	4.595	-4.595	4.116	-4.116
Gesamt	0	2.091	0	2.176

Der Betrag der körperschaftsteuerlichen bzw. gewerbsteuerlichen Verlustvorträge, für die keine latenten Steueransprüche aktiviert wurden, beläuft sich zum Ende des Berichtsjahres auf rund 6,8 Mio. € bzw. 9,5 Mio. € (Vorjahr: 8,1 Mio. € bzw. 10,9 Mio. €).

Diese steuerlichen Verlustvorträge können unbegrenzt mit den künftigen zu versteuernden Ergebnissen der Unternehmen, in denen die Verluste entstanden sind, verrechnet werden. Diese bestehen jedoch bei Konzernunternehmen mit einer Verlusthistorie. Die Verlustvorträge verfallen nicht und können nicht mit zu versteuernden Einkommen anderer Konzerngesellschaften verrechnet werden, es sei denn, sie bestehen innerhalb des steuerlichen Organkreises. Der steuerliche Organkreis umfasst im Berichtsjahr die *aap* Implantate AG und die *aap* Biomaterials GmbH.

Diese Konzernunternehmen verfügen nicht über ausreichende zu versteuernde temporäre Differenzen oder Steuergestaltungsmöglichkeiten, die derzeit zu einem vollumfänglichen Ansatz latenter Steueransprüche führen könnten.

Die im Zusammenhang mit der Konsolidierung entstehenden aktiven latenten Steuern wurden auf Basis eines durchschnittlichen Konzernsteuersatzes von 30,2 % (Vorjahr: 30,2 %) ermittelt.

Der Ertragsteueraufwand nach IFRS lässt sich wie folgt auf den theoretischen Steueraufwand überleiten.

	2012 T€	2011 T€
Ergebnis vor Steuern	2.720	618
Theoretischer Steueraufwand(-ertrag) 30,2 % (Vorjahr: 30,2 %)	-821	-184
Steuereffekte auf		
- Nicht nutzbare Verlustvorträge bzw. Nutzung von nicht bilanzierten Verlustvorträgen und Abschreibung auf Verlustvorträge	150	-65
- Steuersatzunterschiede im Konzern	190	128
- Permanente Differenzen	-95	-77
- Steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen und Hinzurechnungsbeträge Gewerbesteuer	-41	-46
- Steuerfreie Erträge	307	21
Summe der Anpassungen	511	-39

Ertragsteueraufwand nach IFRS	310	-223
Effektiver Steuersatz in %	11 %	37 %

(10) Ergebnis je Aktie nach IAS 33

Das **unverwässerte Ergebnis je Aktie** ergibt sich, indem das auf die Aktien entfallende Ergebnis nach Steuern durch die durchschnittliche gewichtete Anzahl der Aktien dividiert wird.

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
Ergebnis nach Steuern (in T€)	2.410	392
Aktienanzahl (in Tausend Stück)	30.670	29.639
Ergebnis je Aktie (in €)	0,079	0,013

Das **verwässerte Ergebnis je Aktie** ergibt sich unter Berücksichtigung der in 2006 bis 2012 ausgegebenen Aktienoptionen.

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
Ergebnis nach Steuern (in T€)	2.410	392
Verwässerte Aktienanzahl (in Tausend Stück)	30.883	29.639
Ergebnis je Aktie (in €)	0,078	0,013

H. Erläuterungen zur Konzern-Bilanz

(11) Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte	Geschäfts- oder Firmen- werte	Entwick- lungskosten	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen und ähnliche Rechte	Kundenbe- ziehungen und ähnliche Werte	Geleistete An- zahlungen	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten						
Stand 01.01.2012	16.508	32.377	15.562	3.661	170	68.278
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0
Zugänge	0	2.738	257	0	0	2.995
Umbuchungen	0	0	20	0	-20	0
Abgänge	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2012	16.508	35.115	15.839	3.661	150	71.273
Kumulierte Abschreibungen						
Stand 01.01.2012	4.018	12.092	12.904	1.017	0	30.031
Zu-/Abgänge durch Änderungen des	0	0	0	0	0	0

Konsolidierungskreises						
Abschreibungen des Berichtsjahres						
- planmäßige	0	1.353	429	244	0	2.026
- außerplanmäßige	0	811	0	0	0	811
Wertaufholung	0	-999	0	0	0	-999
Umbuchungen	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2012	4.018	13.257	13.333	1.261	0	31.869
Buchwerte						
Stand 31.12.2012	12.490	21.858	2.506	2.400	150	39.403
Immaterielle Vermögenswerte	Geschäfts- oder Firmenwerte	Entwicklungskosten	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen und ähnliche Rechte	Kundenbeziehungen und ähnliche Werte	Geleistete Anzahlungen	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten						
Stand 01.01.2011	16.508	29.332	15.456	3.661	170	65.127
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises						
	0	0	0	0	0	0
Zugänge	0	3.045	109	0	0	3.154
Umbuchungen	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	-3	0	0	-3
Stand 31.12.2011	16.508	32.377	15.562	3.661	170	68.278
Kumulierte Abschreibungen						
Stand 01.01.2011	4.018	10.880	12.454	773	0	28.125
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises						
	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen des Berichtsjahres						
- planmäßige	0	1.205	452	244	0	1.901

- außerplanmäßige	0	6	0	0	0	6
Wertaufholungszu-						
schreibungen	0	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	-2	0	0	-2
Stand 31.12.2011	4.018	12.091	12.904	1.017	0	30.030
Buchwerte						
Stand 31.12.2011	12.490	20.286	2.658	2.644	170	38.248

Die im Geschäftsjahr ausgewiesenen Zugänge entfallen mit 2.738 T€ (Vorjahr: 3.045 T€) auf aktivierte Entwicklungskosten.

Die langfristigen immateriellen Vermögenswerte ohne Geschäfts- oder Firmenwert befinden sich in Höhe von 16.808 T€ (Vorjahr: 15.346 T€) in Deutschland und in Höhe von 10.105 T€ (Vorjahr: 10.411T€) in den Niederlanden.

(12) Geschäfts- oder Firmenwert

Zuordnung des Geschäfts- oder Firmenwerts auf die Zahlungsmittel generierenden Einheiten

Die nachstehend identifizierten Zahlungsmittel generierenden Einheiten wurden anhand der von der aap-Gruppe gem. IAS 36.6 definierten kleinsten identifizierbaren Gruppe von Vermögenswerten bestimmt, die Mittelzuflüsse aus der fortgesetzten Nutzung erzeugen, die weitestgehend unabhängig von den Mittelzuflüssen anderer Vermögenswerte oder anderer Gruppen von Vermögenswerten sind. Der Geschäfts- oder Firmenwert wurde zum Zwecke der Wertminderungsprüfung der Zahlungsmittel generierenden Einheit Biomaterialien zugeordnet.

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Biomaterialien	12.490	12.490

Der Geschäfts- oder Firmenwert resultiert aus der Akquisition der ehemaligen niederländischen aap bio implants Netherlands B.V. (verschmolzen auf ihre Tochtergesellschaft, die European Medical Contract Manufacturing B.V. (EMCM) zum 01.01.2011) sowie der Osartis GmbH & Co. KG und der Mehrheit an der ehemaligen ADC Advanced Dental Care GmbH & Co. KG (seit 01.07.2008: ADC Advanced Dental Care GmbH).

Jährliche Wertminderungsprüfung

Der aap-Konzern führt unabhängig von konkreten Anzeichen jährliche Wertminderungstests durch. Eine Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts wurde nicht festgestellt. Abschreibungen wurden demzufolge - wie im Vorjahr - nicht vorgenommen.

Bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der entsprechenden Zahlungsmittel generierenden Einheit wurde auf den Nutzungswert abgestellt. Der Nutzungswert ist der Barwert der zukünftigen Cash-Flows, die voraussichtlich mit einer Zahlungsmittel generierenden Einheit erzielt werden können. Er wird aus unternehmensinterner Sicht bestimmt.

Die Werthaltigkeit des Geschäfts- oder Firmenwerts der Zahlungsmittel generierenden Einheit wurde mit Hilfe der Cash-Flow-Prognosen aus der vom Vorstand bewilligten Vier-Jahres-Planung der Zahlungsmittel generierenden Einheit Biomaterialien und einem Diskontierungssatz von 11,2 % (Vorjahr: 11,62 %) getestet.

Der Diskontierungssatz nach Steuern beträgt 7,9 % (Vorjahr: 8,92 %). Bei der Bestimmung der ewigen Rente wurde ein Wachstumsabschlag von 1,5 % (Vorjahr: 1,5 %) im WACC (gewichteter durchschnittlicher Kapitalkostensatz) sowie ein Sicherheitsabschlag von 10 % (Vorjahr: 10 %) auf den Cash-Flow der letzten Detailplanungsperiode berücksichtigt. Der Vorstand ist der Ansicht, dass keine vernünftigerweise denkbare Veränderung der Grundannahmen, auf denen die Bestimmung des erzielbaren Betrags basiert, dazu führen würde, dass der kumulierte Buchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit deren kumulierten erzielbaren Betrag übersteigt.

Der WACC und die prognostizierten zukünftigen Cash-Flows wurden im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse variiert. Dabei ergab sich selbst bei einer Steigerung des WACC oder bei einem Abschlag auf die Cash-Flows während der Phase der ewigen Rente um mehr als 40 % kein Indiz für eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert.

(13) Entwicklungskosten

In der Berichtsperiode wurden Entwicklungskosten in Höhe von 2.738 T€ (Vorjahr: 3.045 T€) aktiviert. Diese beinhalten direkt zurechenbare Fremdkapitalkosten in Höhe von 505 T€ (Vorjahr: 580 T€), die sich auf Basis des durchschnittlichen Konzernfinanzierungskostensatzes von 5,75 % (Vorjahr: 6,32 %) ermitteln. Die Entwicklungskosten betreffen im Wesentlichen die folgenden Projekte:

- Magnesiumlegierungen als resorbierbare Implantatmaterialien
- Hochvisköser Arthroplastieknochenzement mit Gentamicin und Spezialmonomer
- Silberbeschichtung für Osteosyntheseprodukte zur Frakturversorgung
- Anatomisches Osteosynthesesystem zur Versorgung von Klavikulafrakturen und AC-Gelenksverletzungen
- Demineralisierte Knochenmatrix
- Antiadhäsivum zur Verhinderung von Postoperativen Verwachsungen
- Traumaprothese zur Versorgung akuter Frakturen des Oberarmkopfes
- Anatomisches Implantatsystem zum künstlichen Kniegelenkersatz
- Anatomisches Osteosynthesesystem für die Versorgung von Umstellungsosteotomien bei Varus-/Valgus-Fehlstellungen der Tibia und des Femur

Darüber hinaus wurden Forschungs- und weitere Entwicklungskosten in Höhe von 270 T€ (Vorjahr: 567 T€) als Aufwand erfasst. Abschreibungen wurden in der Berichtsperiode in Höhe von insgesamt 1.354 T€ (Vorjahr: 1.211 T€) vorgenommen.

Der *aap*-Konzern führt für die Entwicklungsprojekte unabhängig von konkreten Anzeichen jährliche Wertminderungstests durch Bestimmung der Nutzungswerte durch. Der Nutzungswert eines Entwicklungsprojekts ist der Barwert der künftigen Cash-Flows, die voraussichtlich mit dem Projekt künftig erzielt werden können. Er wird aus unternehmensinterner Sicht bestimmt. Der Bestimmung des Nutzungswertes liegen Cash-Flow-Planungen zugrunde, die auf der vom Vorstand genehmigten und im Zeitpunkt der Durchführung des Wertminderungstests gültigen Planung basiert, die grundsätzlich einen Zeitraum von vier Jahren umfasst.

Die verwendeten Diskontierungssätze wurden dem Risiko der zugrunde liegenden Entwicklungsprojekte vorhabenspezifisch aus Marktdaten abgeleitet und betragen zwischen 13,1 % und 18,8 % p. a. vor (Vorjahr: zwischen 11,3 % und 14,1 %) und zwischen 7,9 % und 9,4 % p. a. nach Steuern (Vorjahr: zwischen 8,9 % und 10,7 %). Außerplanmäßiger Abwertungsbedarf ergab sich in Höhe von 811 T€ (Vorjahr: 6 T€).

Die Werthaltigkeit des Geschäfts- oder Firmenwerts der Zahlungsmittel generierenden Einheit wurde mit Hilfe der Cash-Flow-Prognosen aus der vom Vorstand bewilligten Vier-Jahres-Planung der Zahlungsmittel

generierenden Einheit Biomaterialien und einem Diskontierungssatz von 11,2 % (Vorjahr: 11,62 %) getestet. Der Diskontierungssatz nach Steuern beträgt 7,9 % (Vorjahr: 8,92 %). Bei der Bestimmung der ewigen Rente wurde ein Wachstumsabschlag von 1,5 % (Vorjahr: 1,5 %) im WACC (gewichteter durchschnittlicher Kapitalkostensatz) sowie ein Sicherheitsabschlag von 10 % (Vorjahr: 10 %) auf den Cash-Flow der letzten Detailplanungsperiode berücksichtigt. Der Vorstand ist der Ansicht, dass keine vernünftigerweise denkbare Veränderung der Grundannahmen, auf denen die Bestimmung des erzielbaren Betrags basiert, dazu führen würde, dass der kumulierte Buchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit deren kumulierten erzielbaren Betrag übersteigt.

Der WACC und die prognostizierten zukünftigen Cash-Flows wurden im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse variiert. Dabei ergab sich selbst bei einer Steigerung des WACC oder bei einem Abschlag auf die Cash-Flows während der Phase der ewigen Rente um mehr als 40 % kein Indiz für eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert.

(14) Sonstige Immaterielle Vermögenswerte

Die Sonstigen immateriellen Vermögenswerte betreffen im Rahmen der Kaufpreisallokation identifizierte Kundenbeziehungen in Höhe von 2.400 T€ (Vorjahr: 2.644 T€) und gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte in Höhe von 2.505 T€ (Vorjahr: 2.658 T€) sowie geleistete Anzahlungen in Höhe von 150 T€ (Vorjahr: 170 T€).

In der Berichtsperiode wurden Abschreibungen in Höhe von 673 T€ (Vorjahr: 696 T€) vorgenommen.

(15) Sachanlagen

Sachanlagen	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten inkl. Bauten auf fremden Grundstücken	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					
Stand 01.01.2012	2.400	13.516	5.013	90	21.019
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	-6	-29	-204	0	-239
Zugänge	57	809	292	47	1.205
Umbuchungen	0	90	0	-90	0
Abgänge	0	-57	-231	0	-288
Stand 31.12.2012	2.451	14.329	4.870	47	21.697
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.01.2012	1.699	10.451	3.798	0	15.948
Zu-/Abgänge durch Änderungen des	-6	-7	-141	0	-154

Konsolidierungskreises					
Abschreibungen des					
Berichtsjahres	87	710	275	0	1.072
Umbuchungen	0	0	0	0	
Abgänge	0	-55	-221	0	-276
Zuschreibungen	0	0	0	0	
Stand 31.12.2012	1.780	11.099	3.711	0	16.590
Buchwerte					
Stand 31.12.2012	671	3.230	1.159	47	5.107
Sachanlagen	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten inkl. Bauten auf fremden Grundstücken	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					
Stand 01.01.2011	2.390	13.006	4.754	79	20.229
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Zugänge	10	545	320	53	928
Umbuchungen	0	0	41	-41	0
Abgänge	0	-36	-102	0	-138
Stand 31.12.2011	2.400	13.515	5.013	91	21.019
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.01.2011	1.611	9.813	3.605	0	15.029
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Abschreibungen des Berichtsjahres	88	673	293	0	1.054
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Abgänge	0	-35	-100	0	-135

Zuschreibungen	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2011	1.699	10.451	3.798	0	15.948
Buchwerte					
Stand 31.12.2011	701	3.064	1.215	91	5.071

Der Buchwert der geleasteten Sachanlagen zum 31.12.2012 beträgt 602 T€ (Vorjahr: 389 T€). Die Verpflichtungen des Konzerns aus diesen Finanzierungsleasingverhältnissen in Höhe von 499 T€ (Vorjahr: 226 T€) sind durch Rechte der Leasinggeber an den Leasinggegenständen besichert.

Der Buchwert der zur Sicherung von Verbindlichkeiten übertragenen Sachanlagen beträgt 1.444 T€ (Vorjahr: 1.312 T€).

Die Sachanlagen befinden sich in Höhe von 3.379 T€ (Vorjahr: 3.532 T€) in Deutschland und in Höhe von 1.728 T€ (Vorjahr: 1.539 T€) in den Niederlanden.

(16) At-equity bewertete Beteiligungen

Die Buchwerte der at-equity bewerteten Beteiligungen des Konzerns an Gemeinschaftsunternehmen veränderten sich folgendermaßen:

Buchwerte at-equity bewertete Beteiligungen	2012	2011
	T€	T€
Buchwerte 01.01.	0	0
Akquisitionen	56	0
Sonstige Zugänge	0	0
Desinvestitionen	0	0
Sonstige Abgänge	0	0
Anteiliges Ergebnis nach Steuern	-1	0
Buchwerte 31.12.	55	0

Die Beteiligung betrifft ausschließlich die *aap* BM productions GmbH, Dieburg, die aus strategischen Motiven gehalten wird.

Der Kaufpreis für den Erwerb der Gesellschaftsanteile an der *aap* BM productions GmbH betrug 27 T€ und wurde in voller Höhe durch Zahlungsmittel beglichen. Durch den Erwerb wurden Zahlungsmittel in Höhe von 25 T€ übernommen. Der Veräußerungspreis für die übertragene Beteiligung in Höhe von 50 % der Anteile belief sich auf 1.000 T€ und ist noch nicht zugeflossen. Im Zusammenhang mit der Veräußerung wurden Zahlungsmittel in Höhe von 25 T€ abgegeben (C. 8.).

Die folgenden Tabellen zeigen eine Zusammenfassung der aggregierten Gewinn- und Verlustrechnungen sowie der Bilanzen der at-equity bilanzierten Beteiligungen im *aap*-Konzernabschluss.

Aggregierte Ergebnisdaten at-equity bewertete Beteiligungen	2012	2011
	T€	T€
Umsatzerlöse	0	0
Bruttoergebnis vom Umsatz	0	0
Jahresergebnis	-2	0
Anteiliges Ergebnis vor Steuern	-1	0
Laufendes Ergebnis vor Steuern aus at-equity bewerteten Beteiligungen	-1	0

Ergebnis aus Wertminderungen/sonstigen Abgängen von Anteilen vor Steuern	0	0
Ergebnis vor Steuern aus at-equity bewerteten Beteiligungen	-1	0

Aggregierte Bilanzdaten at-equity bewertete Beteiligungen	2012	2011
	T€	T€
Langfristige Vermögenswerte	1.000	0
Kurzfristige Vermögenswerte	25	0
Langfristige Schulden	0	0
Kurzfristige Schulden	2	0
Eigenkapital	1.023	0
Buchwert der at-equity bewerteten Beteiligungen	55	0

(17) Sonstige finanzielle Vermögenswerte

Beteiligungen	2012		2011	
	T€	Anteilshöhe	T€	Anteilshöhe
1. AEQUOS Endoprothetik GmbH, München	356	4,57 %	356	4,57 %
2. Rofil Medical International N.V., Breda, Niederlande	0	10 %	0	10 %
Gesamt	356		356	

Die **Beteiligungswerte** entsprechen den beizulegenden Zeitwerten der Beteiligungen. Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Rofil Medical International N.V. (Eröffnung 2007) ist noch nicht abgeschlossen.

(18) Vorräte

	2012	2011
	T€	T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.784	3.210
Unfertige Erzeugnisse	2.949	2.309
Fertige Erzeugnisse und Handelswaren	8.116	8.378
Geleistete Anzahlungen	94	94
Gesamt	13.943	13.991

In den Vorräten sind Warenrücknahmen in Höhe von 86 T€ (Vorjahr: 515 T€) enthalten. Die zurückerhaltenen Waren können überwiegend wieder an Kunden veräußert werden.

Die Wertberichtigungen auf Vorräte, die in dem Materialaufwand ausgewiesen werden (G.(4)), entwickelten sich folgendermaßen:

	2012	2011
	T€	T€
Kumulierte Wertberichtigungen zum 01.01.	3.219	2.847
Davon		
- Gängigkeitsabschläge	2.935	2.229
- Ansatz Nettoveräußerungswert	284	618
Aufwand in der Berichtsperiode – Gängigkeitsabschläge	702	706
Aufwand in der Berichtsperiode – Nettoveräußerungspreis	0	80
Wertaufholung/Inanspruchnahme	-27	- 414

Kumulierte Wertberichtigungen zum 31.12.	3.895	3.219
Davon		
- Gängigkeitsabschläge	3.638	2.935
- Ansatz Nettoveräußerungswert	257	284

Der Buchwert der zum Nettoveräußerungswert angesetzten Vorräte beträgt 382 T€ (Vorjahr: 669 T€). Zur Sicherung von Verbindlichkeiten wurden keine Vorräte (Vorjahr: 471 T€) übertragen. Im Berichtsjahr 2012 fanden Wertaufholungen in Höhe von 27 T€ (Vorjahr: 414 T€) statt, da sich die Umstände, die in Vorjahren zu einer Wertminderung geführt haben, geändert haben.

(19) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich Wertminderungen betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 4.226 T€ (Vorjahr: 5.508 T€). Davon waren alle innerhalb eines Jahres fällig (Vorjahr: 5.467 T€). Der Ausweis des Gesamtbetrages erfolgt unter den kurzfristigen Vermögenswerten. Bei voraussichtlichen Zahlungsschwierigkeiten der Kunden werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Darüber hinaus werden pauschalierte Wertminderungen, bedingt durch allgemeine Zins-, Bearbeitungs- und Kreditrisiken, gebildet.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen werden (G.(7)), entwickelten sich folgendermaßen:

	2012 T€	2011 T€
Kumulierte Wertberichtigungen zum 01.01.	340	412
Aufwand in der Berichtsperiode	84	62
Inanspruchnahme der Einzelwertberichtigung	-113	-107
Zahlungseingänge und Wertaufholungen auf ursprünglich abgeschriebene Forderungen	0	-27
Kumulierte Wertberichtigungen zum 31.12.	311	340

Zum 31.12.2012 stellt sich die Altersstruktur der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wie folgt dar:

Buchwert	Weder überfällig noch wertgemindert	davon: zum Abschlussstichtag nicht wertgemindert und in den folgenden Zeiträumen überfällig					über 1 Jahr
		bis zu 3 Monaten	bis zu 6 Monaten	bis zu 9 Monaten	bis zu 12 Monaten		
31.12.2012 T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.226	2.572	974	119	59	258	244

Buchwert	Weder überfällig noch wertgemindert	davon: zum Abschlussstichtag nicht wertgemindert und in den folgenden Zeiträumen überfällig					über 1 Jahr
		bis zu 3 Monaten	bis zu 6 Monaten	bis zu 9 Monaten	bis zu 12 Monaten		
31.12.2011 T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.508	3.647	1.100	233	219	14	295

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind nicht verzinslich und haben in der Regel gegenüber inländischen Kunden eine Fälligkeit von 30 bis 45 Tagen. Forderungen gegenüber im Ausland ansässigen Kunden haben in der Regel eine Fälligkeit von 45 bis 120 Tagen.

Für die nicht wertgeminderten jedoch überfälligen Forderungen liegen zum Abschlussstichtag keine Anzeichen vor, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Zur Sicherung von Verbindlichkeiten wurden gegenwärtige und zukünftige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 4.441 T€ (Vorjahr: 3.878 T€) übertragen.

(20) Sonstige finanzielle Vermögenswerte

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Zuwendungen der öffentlichen Hand	178	116
Garantieforderungen	33	17
Übrige	1.120	198
	1.331	331

Die Forderung aus Garantieverletzung besteht gegenüber den einbringenden Gesellschaftern der Anteile an der CORIMED Kundenorientierte Medizinprodukte GmbH, der CORIPHARM Medizinprodukte-Verwaltungs-GmbH und der CORIPHARM Medizinprodukte GmbH & Co. KG.

Die Wertberichtigungen auf Sonstige finanzielle Vermögenswerte, die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen werden (G.(7)), entwickelten sich folgendermaßen:

	2012	2011
	T€	T€
Kumulierte Wertberichtigungen zum 01.01.	12	2
Aufwand in der Berichtsperiode	0	10
Wertaufholung/Inanspruchnahme	-12	0
Kumulierte Wertberichtigungen zum 31.12.	0	12

Zum 31.12.2012 stellt sich die Altersstruktur der Sonstigen finanziellen Vermögenswerte wie folgt dar:

Buchwert	Weder überfällig noch wertgemindert	davon: zum Abschlussstichtag nicht wertgemindert und in den folgenden Zeiträumen überfällig					
		bis zu 3 Monaten	bis zu 6 Monaten	bis zu 9 Monaten	bis zu 12 Monaten	über 1 Jahr	
31.12.2012							
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	1.331	1.298	0	0	0	0	33

Buchwert	Weder überfällig noch wertgemindert	davon: zum Abschlussstichtag nicht wertgemindert und in den folgenden Zeiträumen überfällig				
----------	-------------------------------------	---	--	--	--	--

	wertgemindert		bis zu 3	bis zu 6	bis zu 9	bis zu 12	über 1 Jahr
31.12.2011			Monaten	Monaten	Monaten	Monaten	
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	331	302	0	0	0	0	29

Für die nicht wertgeminderten jedoch überfälligen Forderungen liegen zum Abschlussstichtag keine Anzeichen vor, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

(21) Sonstige Vermögenswerte

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Steuererstattungsansprüche	292	287
Aktive Abgrenzungsposten	179	207
	<u>471</u>	<u>494</u>

Die Steuererstattungsansprüche betreffen im Wesentlichen Umsatzsteuerguthaben. Die Sonstigen Vermögenswerte sind weder überfällig noch wertgemindert.

(22) Forderungen aus Ertragsteuern

Die Forderungen aus Ertragsteuern belaufen sich zum 31. Dezember 2012 auf 0 T€ (Vorjahr: 0 T€).

(23) Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen auch für Zwecke der Kapitalflussrechnung ausschließlich Bank und Kassenbestände in Höhe von 3.698 T€ (Vorjahr: 2.152 T€).

(24) Eigenkapital

Das Gezeichnete Kapital der Gesellschaft betrug zum 31.12.2012 30.670.056,00 € (Vorjahr: 30.670.056,00 €) und war in 30.670.056 (Vorjahr: 30.670.056) Inhaberstückaktien zu einem Nennbetrag von 1,00 € (Vorjahr: 1,00 €) eingeteilt und voll eingezahlt.

Die gesetzliche Rücklage beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 41.703,95 € und übersteigt gemeinsam mit der Kapitalrücklage den zehnten Teil des Grundkapitals.

Die Kapitalrücklage enthält Aufgelder aus der Ausgabe von Aktien, freiwillige Zuzahlungen von Gesellschaftern sowie Einlagen der Gesellschafter aus der Ausgabe von Aktienoptionen. Durch Beschluss des Vorstands wurde zum Ausgleich des Bilanzverlustes ein Betrag in Höhe von 21.913.730,79 € aus der Kapitalrücklage entnommen.

Bedingtes Kapital

Zum 31. Dezember 2012 verfügte die aap Implantate AG über bedingtes Kapital von bis zu insgesamt nominal 2.311.100,00 € bzw. bis zu 2.311.100 Aktien zur Erfüllung von ausgeübten Aktienoptionen. Im Einzelnen:

Die Hauptversammlung vom 06.07.2012 hat die mit Hauptversammlung vom 30.06.2006 beschlossene bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 629.500 Stück (ursprünglich 1.200.000 Stück) in Höhe von 567.500 € aufgehoben. Das Grundkapital der Gesellschaft ist daher um bis zu 62.000,00 € durch Ausgabe von bis zu 62.000 Stück neuer auf den Inhaber lautende Stückaktien bedingt erhöht. Die neuen Aktien sind gewinnberechtigt ab Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden (Bedingtes Kapital 2006/I). Das bedingte Kapital 2006/I dient der Erfüllung von ausgeübten Optionsrechten, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 30.06.2006 bis zum 31.12.2008 gewährt wurden. Die durch die

Hauptversammlung vom 29.09.2008 erteilte Ermächtigung an Vorstand und Aufsichtsrat zur Ausgabe von Aktienoptionen wurde insoweit, als sie noch nicht durch Gewährung von Aktienoptionen ausgeübt worden ist - also hinsichtlich 70.000 Stück Aktienoptionen -, aufgehoben. Das Grundkapital der Gesellschaft ist somit um bis zu 602.500 € durch Ausgabe von bis zu 602.500 Stück neuen auf den Inhaber lautenden Aktien der Gesellschaft bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2008/I). Das bedingte Kapital 2008/I dient der Erfüllung von ausgeübten Optionsrechten, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 29.09.2008 bis zum 28.09.2013 gewährt werden.

Die Hauptversammlung vom 16.07.2010 hat die mit Hauptversammlung vom 30.06.2006 beschlossene bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 1.200.000 Stück in Höhe von 570.500,00 € aufgehoben. Das Grundkapital der Gesellschaft ist daher um bis zu 629.500,00 € durch Ausgabe von bis zu 629.500 Stück neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien bedingt erhöht. Die neuen Aktien sind gewinnberechtigt ab Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden (Bedingtes Kapital 2006/I). Das bedingte Kapital 2006/I dient der Erfüllung von ausgeübten Optionsrechten, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 30.06.2006 bis zum 31.12.2008 gewährt wurden. Die durch die Hauptversammlung vom 29.09.2008 erteilte Ermächtigung an Vorstand und Aufsichtsrat zur Ausgabe von Aktienoptionen wurde insoweit, als sie noch nicht durch Gewährung von Aktienoptionen ausgeübt worden ist - also hinsichtlich 512.500 Stück Aktienoptionen -, aufgehoben. Das Grundkapital der Gesellschaft ist somit um bis zu 672.500,00 € durch Ausgabe von bis zu 672.500 Stück neuen auf den Inhaber lautenden Aktien der Gesellschaft bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2008/I). Das bedingte Kapital 2008/I dient der Erfüllung von ausgeübten Optionsrechten, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 29.09.2008 bis zum 28.09.2013 gewährt werden.

Die Hauptversammlung vom 16.07.2010 hat die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 1.486.000,00 € durch Ausgabe von bis zu 1.486.000 Stück neuer auf den Inhaber lautenden Stückaktien der Gesellschaft beschlossen. Die neuen Aktien sind gewinnberechtigt ab Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden (Bedingtes Kapital 2010/I). Das bedingte Kapital 2010/I dient der Erfüllung von ausgeübten Bezugsrechten, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 16.07.2010 bis zum 19.12.2011 gewährt wurden. Die Hauptversammlung vom 06.07.2012 hat die mit Hauptversammlung vom 16.07.2010 beschlossene bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 1.486.000 Stück in Höhe von 139.400 € aufgehoben. Das Grundkapital der Gesellschaft ist daher um bis zu 1.346.600 € durch Ausgabe von bis zu 1.346.600 Stück neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien bedingt erhöht.

Die Hauptversammlung vom 06.07.2012 hat die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 300.000,00 € durch Ausgabe von bis zu 300.000 Stück neuer auf den Inhaber lautenden Stückaktien der Gesellschaft beschlossen. Die neuen Aktien sind gewinnberechtigt ab Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden (Bedingtes Kapital 2012/I). Das bedingte Kapital 2012/I dient der Erfüllung von ausgeübten Bezugsrechten, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 06.07.2012 bis zum 19.12.2014 gewährt wurden.

Ermächtigungen

Aktienoptionsprogramm 2006

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 30. Juni 2006 ist der Vorstand – soweit Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft zu den berechtigten Personen gehören – der Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, bis zum 31. Dezember 2008 für die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und die Mitglieder der Geschäftsführungen der mit der Gesellschaft im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen Aktienoptionsprogramme aufzulegen und Optionsrechte auf bis zu 1.200.000 Stück Aktien der Gesellschaft mit einer Laufzeit von bis zu vier Jahren ab Ausgabetag zu gewähren. In einem Kalenderjahr sollen durch Aktienoptionsprogramme lediglich Optionsrechte, die zum Bezug eines Höchstbetrages von 600.000 Aktien berechtigen, herausgegeben werden. Ein Bezugsrecht der Aktionäre der Gesellschaft besteht nicht. Die Erfüllung der ausgeübten Optionsrechte kann nach Wahl der Gesellschaft entweder durch Ausnutzung des

bedingten Kapitals 2006/I oder durch etwaige künftig zu beschließende Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien der Gesellschaft erfolgen.

Das Gesamtvolumen der Optionsrechte verteilt sich auf die berechnigte Personengruppe wie folgt:

- 65 % auf die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und die Mitglieder der Geschäftsführungen der verbundenen Unternehmen
- 35 % auf die Arbeitnehmer der Gesellschaft und der verbundenen Unternehmen.

Die Aktienoptionen werden an die berechtigten Personen nur jeweils zwischen dem 10. und dem 20. Börsentag nach Veröffentlichung der Quartals- oder Jahresabschlüsse der Gesellschaft ausgegeben.

Der bei der Ausübung der jeweiligen Option für eine Stückaktie zu entrichtende Ausübungspreis richtet sich nach dem Durchschnittswert des Schlussauktionspreises der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 10 Börsentage vor dem Ausgabetag, mindestens jedoch dem geringsten Ausgabebetrag nach § 9 Abs. 1 AktG, mithin nicht unter dem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1,00 €.

Aus den Aktienoptionen können Bezugsrechte nur ausgeübt werden, wenn der Durchschnittswert des Schlussauktionspreises der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystems) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 10 Börsentage vor dem Tag der Ausübung des Bezugsrechts aus den Aktienoptionen den Ausübungspreis um mindestens 10 % seit dem Ausgabebetrag übersteigt.

Die gewährten Optionsrechte können frühestens zwei Jahre nach dem Ausgabetag ausgeübt werden.

Aktienoptionsprogramm 2008

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 29. September 2008 ist der Vorstand und – soweit Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft zu den berechtigten Personen gehören - der Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, bis zum 28. September 2013 für diejenigen Personen, die einer der in nachstehender Ziffer 1 genannten Personengruppe angehören, Aktienoptionsprogramme aufzulegen und bis zu 1.200.000 Stück Aktienoptionen mit Bezugsrechten auf jeweils eine Stückaktie der Gesellschaft mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren ab dem Ausgabetag im Sinne der nachstehenden Ziffer 3 zu gewähren. Ein Bezugsrecht der Aktionäre der Gesellschaft besteht nicht. Die Aktienoptionen können auch von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie nach Weisung der Gesellschaft an die einzelnen, gemäß nachstehender Ziffer 1 berechtigten Personen zu übertragen; auch in diesem Fall können die Optionen nur von der berechtigten Person selbst ausgeübt werden. Die Erfüllung der ausgeübten Optionsrechte kann nach Wahl der Gesellschaft entweder durch Ausnutzung des unter nachstehend lit. b) zur Beschlussfassung vorgeschlagenen bedingten Kapitals 2008/I oder durch eigene Aktien der Gesellschaft erfolgen. Die Gewährung der Optionen zum Bezug von Aktien der Gesellschaft und die Ausgabe dieser Aktien erfolgt gemäß folgenden Bestimmungen:

(1) Berechnigte Personen

Berechnigt zum Erwerb der Aktienoptionen und berechnigt zum Bezug von Aktien der Gesellschaft sind

- (i) die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft,
- (ii) die ausgewählten Führungskräfte der Gesellschaft sowie die Mitglieder der Geschäftsführung – diese nur, wenn sie am Ausgabetag nicht zugleich als Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft gemäß (i) berechnigt sind – und ausgewählte Führungskräfte der mit der Gesellschaft im Sinne des § 15 AktG verbundenen Unternehmen (im Folgenden „verbundene Unternehmen“),
- (iii) Arbeitnehmer der Gesellschaft und der verbundenen Unternehmen.

Das Gesamtvolumen der Optionsrechte verteilt sich wie folgt:

- | | |
|--------------------------------------|---|
| bis zu 800.000 Stück Aktienoptionen: | auf die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft, |
| bis zu 200.000 Stück Aktienoptionen: | auf die ausgewählten Führungskräfte der Gesellschaft sowie die Mitglieder der Geschäftsführung – diese nur, wenn sie am Ausgabetag nicht zugleich als Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft gemäß (i) berechtigt sind – und ausgewählte Führungskräfte der verbundenen Unternehmen, |
| bis zu 200.000 Stück Aktienoptionen: | auf die Arbeitnehmer der Gesellschaft und der verbundenen Unternehmen. |

Über die Ausgabe von Aktienoptionen an Mitglieder des Vorstands ist jährlich im Anhang des Jahresabschlusses unter Angabe der Namen der begünstigten Vorstandsmitglieder und der jeweiligen Anzahl der an diese ausgegebenen Aktienoptionen zu berichten. Dasselbe gilt für die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr ausgeübten Bezugsrechte aus Aktienoptionen, die dabei gezahlten Ausübungspreise sowie die Zahl der von Vorstandsmitgliedern zum Jahresabschluss noch gehaltenen Aktienoptionen.

(2) Recht zum Bezug von Aktien

Jede Aktienoption gewährt dem Inhaber der Option das Recht, eine auf den Inhaber lautende Stückaktie der Gesellschaft gegen Zahlung des Ausübungspreises gemäß Ziffer 4 zu erwerben. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an am Gewinn teil, für das zum Zeitpunkt der Ausübung des Bezugsrechts noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist.

(3) Erwerbszeiträume

Die Ausgabe der Aktienoptionen soll in nicht weniger als drei Jahrestanchen erfolgen, mit der Maßgabe, dass keine Tranche mehr als 50 % des Gesamtvolumens umfasst. Die Aktienoptionen können an die berechtigten Personen nur jeweils zwischen dem 10. und dem 20. Börsentag nach Veröffentlichung der Quartals- oder Jahresabschlüsse der Gesellschaft ausgegeben werden (der Tag, an dem die von der Gesellschaft unterzeichnete Optionsvereinbarung an den Berechtigten ausgehändigt wird, wird als der "Ausgabetag" bezeichnet).

(4) Ausübungspreis

Der bei der Ausübung der jeweiligen Option für eine Stückaktie zu entrichtende Ausübungspreis entspricht dem Durchschnittswert der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap Implantate AG* im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 20 Börsentage vor dem Ausgabetag, mindestens jedoch dem geringsten Ausgabebetrag nach § 9 Abs. 1 AktG und liegt mithin nicht unter dem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1,00 €.

(5) Anpassung bei Kapitalmaßnahmen

Die Optionsbedingungen können für den Fall von Maßnahmen während der Laufzeit der Aktienoptionen, die den Wert der Optionen beeinflussen (Kapitalerhöhung unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechts für Aktionäre der Gesellschaft, Veräußerung von eigenen Aktien, Ausgabe von Schuldverschreibungen mit Wandlungs- und/oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft), Anpassungen des Ausübungspreises und/oder des Bezugsverhältnisses vorsehen. Eine Ermäßigung erfolgt nicht, wenn der berechtigten Person ein unmittelbares oder

mittelbares Bezugsrecht auf die neuen Aktien oder eigenen Aktien oder neuen Schuldverschreibungen eingeräumt wird, das sie so stellt, als hätte sie die Option ausgeübt. Die Optionsbedingungen können darüber hinaus eine Anpassung der Optionsrechte für den Fall einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und Kapitalherabsetzung, im Falle einer Neustückelung der Aktien (Aktiensplit) oder einer Zusammenlegung von Aktien sowie bei Boni und außerordentlichen Bar- und/oder Sachausschüttungen entsprechend den Usancen an der deutschen und an internationalen Terminbörsen vorsehen. § 9 Abs. 1 AktG bleibt unberührt.

(6) Erfolgsziele

Aus den Aktienoptionen können Bezugsrechte nur ausgeübt werden, wenn der Durchschnittswert der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 20 Börsentage vor dem Tag der Ausübung des Bezugsrechts aus den Aktienoptionen mindestens 20 % über dem Ausübungspreis liegt (absolute Hürde).

(7) Wartezeiten

Die den einzelnen berechtigten Personen jeweils gewährten Optionsrechte können frühestens nach Ablauf einer Wartezeit von zwei Jahren ab dem jeweiligen Ausgabetag ausgeübt werden. Dabei können - jeweils frühestens - zwei Jahre nach dem Ausgabetag 25 %, drei Jahre nach dem Ausgabetag weitere 25 %, vier Jahre nach dem Ausgabetag weitere 25 % und fünf Jahre nach dem Ausgabetag die letzten 25 % ausgeübt werden.

(8) Ausübungszeiträume

Nach Ablauf der vorstehenden Wartezeiten können die Bezugsrechte aus den Aktienoptionen jederzeit ausgeübt werden, jedoch nicht innerhalb folgender Zeiträume:

- in der Zeit ab dem letzten Tag, an dem sich Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung der Gesellschaft anmelden können, bis zum dritten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main nach dieser Hauptversammlung;
- in der Zeit ab dem Tag der Veröffentlichung eines Bezugsangebotes auf neue Aktien oder auf Schuldverschreibungen mit Wandel- und/oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft in einem Pflichtblatt der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main bis zum Tage, an dem die Bezugsfrist endet;
- in der Zeit von vier Wochen vor der Veröffentlichung des jeweiligen Quartals- oder Jahresabschlusses.

(9) Persönliches Recht

Die Aktienoptionen können nur durch die berechnigte Person selbst ausgeübt werden. Dies gilt auch dann, wenn die Aktienoptionen von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie nach Weisung der Gesellschaft an die einzelnen berechtigten Personen zu übertragen. Die Verfügung über die Aktienoptionen ist ausgeschlossen, insbesondere sind sie nicht übertragbar. Die Aktienoptionen sind jedoch vererblich. Die Optionsbedingungen können abweichend hiervon besondere Regelungen vorsehen für den Fall, dass die berechnigte Person verstirbt oder in den Ruhestand tritt oder ihr Anstellungs- bzw. Arbeitsverhältnis mit der Gesellschaft bzw. dem verbundenen Unternehmen in sonstiger nicht kündigungsbedingter Weise endet oder das verbundene Unternehmen aus der *aap*-Gruppe ausscheidet.

(10) Verfall

- (a) Die Aktienoptionen verfallen sechs Jahre nach dem Ausgabetag.

- (b) Nicht ausgeübte Aktienoptionen erlöschen des Weiteren beim Zugang der schriftlichen Kündigung der Optionsrechtsvereinbarung durch die Gesellschaft. Eine solche Kündigung, die mit einer Frist von einem Monat erfolgen kann, ist möglich, wenn entweder von einem Gläubiger des Bezugsberechtigten die Zwangsvollstreckung in seine Aktienoptionen betrieben wird, wenn über das Vermögen des Bezugsberechtigten das Insolvenzverfahren eröffnet wird, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder wenn der Bezugsberechtigte wesentliche Pflichten nach dem Gesetz, der Satzung der Gesellschaft oder seinem Anstellungsvertrag mit der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen oder der Optionsrechtsvereinbarung verletzt.
- (c) Nicht ausgeübte Aktienoptionen erlöschen außerdem, sobald das jeweilige Dienst- oder Arbeitsverhältnis mit dem Bezugsberechtigten - sei es als Mitglied des Vorstands, ausgewählte Führungskraft oder Arbeitnehmer der Gesellschaft oder als Geschäftsführer, ausgewählte Führungskraft oder Arbeitnehmer eines verbundenen Unternehmens - gekündigt oder aufgehoben wird oder aus sonstigen Gründen, insbesondere durch Zeitablauf endet; bei Kündigung oder Aufhebung ist der Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungserklärung oder der des wirksamen Abschlusses der Aufhebungsvereinbarung maßgebend, auch wenn die Beendigungswirkung erst in der Zukunft eintritt. Die einem Mitglied des Vorstands der Gesellschaft oder der Geschäftsführung eines verbundenen Unternehmens in dieser Eigenschaft gewährten Aktienoptionen erlöschen auch mit dessen Amtsniederlegung oder der Abberufung dieses Vorstandsmitglieds oder dieses Mitglieds der Geschäftsführung des verbundenen Unternehmens.
- (d) Sofern die Beendigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses bei der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen mit der Aufnahme eines neuen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses bei der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen im Zusammenhang steht, verfallen die einem Bezugsberechtigten eingeräumten Aktienoptionen jedoch nicht. Entsprechendes gilt für die Beendigung der Organstellung, wenn im Zusammenhang damit eine Neubestellung in der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen erfolgt.
- (e) Die einem Bezugsberechtigten eingeräumten Aktienoptionen verfallen ferner nicht, wenn sein Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Erreichen der Altersgrenze oder durch Invalidität oder Tod endet. In diesen Fällen kann der Optionsberechtigte bzw. können die Erben des verstorbenen Optionsberechtigten die Optionsrechte nach Ablauf der Wartezeit nach Ziffer 7 Satz 1 und unter Beachtung der Staffelung gemäß Ziffer 7 Satz 2 innerhalb des jeweils nächsten Ausübungszeitraums ausüben. Werden sie nicht in diesem Ausübungszeitraum ausgeübt, erlöschen sie.

(11) Barausgleich

Anstelle des Bezugs neuer Aktien kann dem Berechtigten ein Barausgleich gewährt werden. Über die Ausübung des Wahlrechts entscheidet der Vorstand, soweit Vorstandsmitglieder betroffen sind, der Aufsichtsrat. Der Barausgleich entspricht der Differenz zwischen dem Ausübungspreis und dem Durchschnittswert der Schlussauktionspreise der Aktie der *aap* Implantate AG im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten 20 Börsenhandelstage vor dem Tag der Ausübung des Bezugsrechts aus den Aktienoptionen.

(12) Regelung der Einzelheiten

Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten für die Ausgabe von Aktien aus dem bedingten Kapital und die weiteren Bedingungen des Aktienoptionsprogramms einschließlich der Optionsbedingungen für die berechtigten Personengruppen festzulegen; abweichend hiervon

entscheidet für die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft auch insoweit der Aufsichtsrat der Gesellschaft. Zu diesen weiteren Einzelheiten gehören insbesondere Bestimmungen über die Aufteilung der Optionsrechte innerhalb der berechtigten Personengruppen, den Ausgabebetrag innerhalb des vorgegebenen Zeitraums, das Verfahren für die Zuteilung an die einzelnen berechtigten Personen und die Ausübung der Optionsrechte sowie weitere Verfahrensregelungen.

Aktienoptionsprogramm 2010

Der Vorstand und - soweit Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft zu den berechtigten Personen gehören - der Aufsichtsrat der Gesellschaft werden ermächtigt, bis zum 19.12.2011 für die in Ziffer 1 genannten berechtigten Personen ein Aktienoptionsprogramm ("Aktienoptionsplan 2010") aufzulegen und bis zu 1.486.000 Stück Aktienoptionen mit Bezugsrechten auf jeweils 1 Stückaktie der Gesellschaft ("Bezugsrechte") mit einer Laufzeit von bis zu acht Jahren ab dem Tag nach der Ausgabe gemäß Ziffer 6 zu gewähren. Ein Bezugsrecht der Aktionäre der Gesellschaft besteht nicht. Die Bezugsrechte können auch von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie nach Weisung der Gesellschaft an die einzelnen, gemäß Ziffer 1 berechtigten Personen zu übertragen; auch in diesem Fall können die Bezugsrechte nur von der berechtigten Person selbst ausgeübt werden. Die Erfüllung der ausgeübten Bezugsrechte kann nach Wahl der Gesellschaft entweder durch Ausnutzung des zur Beschlussfassung vorgeschlagenen bedingten Kapitals, durch eigene Aktien der Gesellschaft oder durch einen Barausgleich erfolgen. Die Gewährung der Bezugsrechte und die Ausgabe der Aktien erfolgt gemäß folgenden Bestimmungen:

(1) Berechtigte Personen

Im Rahmen des Aktienoptionsplans 2010 werden Bezugsrechte an Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder der Gesellschaft sowie an Mitarbeiter und Mitglieder der Geschäftsführung verbundener Unternehmen der Gesellschaft ausgegeben.

(2) Erwerb der Bezugsrechte

Die Gewährung des Bezugsrechts erfolgt durch Abschluss eines Optionsvertrages zwischen der Gesellschaft und dem jeweiligen Bezugsberechtigten.

Jedes Bezugsrecht gewährt dem Inhaber das Recht zum Bezug je einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie der Gesellschaft gegen Zahlung des Ausübungspreises. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres am Gewinn teil, in dem sie entstehen. Die Optionsbedingungen können vorsehen, dass die Gesellschaft dem Bezugsberechtigten in Erfüllung des Bezugsrechts wahlweise anstelle von neuen Aktien unter Inanspruchnahme des bedingten Kapitals auch eigene Aktien oder einen Barausgleich gewähren kann. Die Einzelheiten legt der Vorstand oder, soweit der Vorstand betroffen ist, der Aufsichtsrat fest.

(3) Erwerbszeiträume

Die Ausgabe der Bezugsrechte soll in zwei Jahrestanchen mit der Maßgabe erfolgen, dass keine Tranche mehr als 60% des Gesamtvolumens umfasst. Der Abschluss eines Optionsvertrags muss während eines Erwerbszeitraums in den Jahren 2010 und 2011 erfolgen. Dabei sind Erwerbszeiträume:

- der jeweils vierte und die neun folgenden Bankarbeitstage nach der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft ("Erwerbszeitraum 1"),
- der jeweils vierte und die neun folgenden Bankarbeitstage nach der Veröffentlichung des Quartalsberichts der Gesellschaft über das dritte Quartal eines Geschäftsjahres ("Erwerbszeitraum 2")

Eine Gewährung von Bezugsrechten auf der Grundlage dieses Beschlusses ist letztmals im Erwerbszeitraum 2 des Jahres 2011 zulässig.

Die jeweils während eines Erwerbszeitraums ausgegebenen Bezugsrechte bilden eine Tranche, so dass insgesamt für einen Zeitraum von zwei Jahren jeweils zwei jährliche Tranchen ausgegeben werden können.

Soweit ausgegebene Bezugsrechte vor Ablauf des letzten Erwerbszeitraums verfallen, können diese an andere Mitglieder der entsprechenden Gruppe im Sinne der Ziffer 5 erneut ausgegeben werden.

(4) Ausübungspreis

Die Ausgabe der Bezugsrechte erfolgt für den Bezugsberechtigten unentgeltlich. Jedes ausgegebene Bezugsrecht berechtigt zum Bezug einer Aktie der Gesellschaft zum Ausübungspreis. Der Ausübungspreis der jeweils in einer Tranche ausgegebenen Bezugsrechte ist der durchschnittliche Schlusskurs (arithmetisches Mittel) der *aap*-Aktie im elektronischen Handel (Xetra oder Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den fünf Handelstagen, die dem ersten Tag des jeweiligen Erwerbszeitraums vorangehen. Ein Handelstag im Sinne dieses Beschlusses ist ein Tag, an dem die Frankfurter Wertpapierbörse im elektronischen Handel Kurse für die Aktien der Gesellschaft feststellt.

Der durch die Ausübung des Bezugsrechts erzielte Vermögensvorteil des Bezugsberechtigten (Differenz zwischen dem Schlussauktionspreis der *aap*-Aktie im Xetra-Handel oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem am Tag der Ausübung des Bezugsrechts und dem Ausübungspreis) darf das Vierfache des bei Ausgabe festgelegten Ausübungspreises ("Höchstgrenze") nicht überschreiten. Im Falle einer Überschreitung der Höchstgrenze wird der Ausübungspreis angepasst und entspricht der Differenz zwischen dem Schlussauktionspreis der *aap*-Aktie im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse am Tag der Ausübung des Bezugsrechts und dem Vierfachen des Ausübungspreises. Der Vorstand oder, soweit es die Mitglieder des Vorstands betrifft, der Aufsichtsrat kann im Einzelfall beschließen, dass die Höchstgrenze angemessen verringert wird.

Die Optionsbedingungen können für den Fall, dass während der Laufzeit der Aktienoptionen unter Einräumung eines Bezugsrechts an die Aktionäre das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer Aktien erhöht wird oder eigene Aktien ausgegeben werden oder Schuldverschreibungen mit Wandlungs- oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft ausgegeben werden, eine Anpassung des Ausübungspreises in dem Verhältnis vorsehen, in dem der Durchschnittskurs des den Aktionären zustehenden Bezugsrechts an allen Handelstagen der Frankfurter Wertpapierbörse zu dem Schlussauktionspreis der Aktien der Gesellschaft im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse am letzten Börsentag vor Bezugsrechtsabschluss steht. Die Anpassung entfällt, wenn kein Bezugsrechtshandel stattfindet oder den Inhabern der Aktienoptionen ein Bezugsrecht eingeräumt wird, welches dem Bezugsrecht der Aktionäre entspricht.

Die Optionsbedingungen können ferner eine Anpassung für den Fall von Kapitalmaßnahmen (Aktienzusammenlegung oder -split, Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, Kapitalherabsetzung) während der Laufzeit der Bezugsrechte vorsehen.

Der Mindestausübungspreis ist in jedem Fall der geringste Ausgabebetrag im Sinne von § 9 Abs. 1 AktG.

(5) Aufteilung

Von den insgesamt möglichen Bezugsrechten auf bis zu 1.486.000 Aktien dürfen Bezugsrechte auf

- bis zu 40% der Aktien der Gruppe der Vorstandsmitglieder ("Gruppe 1") und auf
- bis zu 60% der Aktien der Gruppe der Mitarbeiter der Gesellschaft sowie Mitglieder der Geschäftsführung und Mitarbeiter mit der Gesellschaft verbundener Unternehmen ("Gruppe 2")

gewährt werden.

Der genaue Kreis der Bezugsberechtigten und der Umfang der ihnen jeweils zum Bezug anzubietenden Aktienoptionen wird vom Vorstand, bzw. soweit eine Gewährung an Mitglieder des Vorstands erfolgt, vom Aufsichtsrat der Gesellschaft festgelegt. Eine Doppelzuteilung bei Zugehörigkeit zu beiden Gruppen ist ausgeschlossen. Ein Bezugsrecht der Aktionäre besteht nicht.

(6) Wartezeit, Ausübungszeiträume, letztmalige Ausübung

Die Bezugsrechte aus Aktienoptionen können erstmals nach Ablauf einer Wartezeit und dann bis zum Ende der Optionslaufzeit ausgeübt werden. Die Wartezeit beträgt vier Jahre. Die Optionslaufzeit beträgt acht Jahre.

Die Ausübung der Bezugsrechte ist jeweils nur innerhalb von vier Wochen beginnend am zweiten Handelstag an der Frankfurter Wertpapierbörse

- nach der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft,
- nach dem Tag, an dem die Geschäftsführung der Börse den Jahresfinanzbericht, den Halbjahresfinanzbericht oder den Zwischenbericht zum ersten oder dritten Quartal des Geschäftsjahres der Gesellschaft am Publikum zur Verfügung gestellt hat,

zulässig (Ausübungszeiträume).

Die Wartezeit und die Optionslaufzeit beginnen am Tag nach der Ausgabe der Aktienoptionen. Demnach können die im Erwerbszeitraum 1 des Jahres 2010 gewährten Bezugsrechte letztmals im Jahr 2018 ausgeübt werden. Entsprechend können die im jeweils im folgenden Erwerbszeitraum gewährten Bezugsrechte im jeweils folgenden Ausübungszeitraum letztmals ausgeübt werden, so dass im letztmöglichen Erwerbszeitraum 2 des Jahres 2011 gewährte Bezugsrechte letztmals im Jahr 2019 ausgeübt werden können. Nicht ausgeübte Bezugsrechte verfallen.

(7) Erfolgsziel

Aus den Aktienoptionen können Bezugsrechte nur ausgeübt werden, wenn der Schlussauktionspreis der Aktien der Gesellschaft im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse am letzten Handelstag vor dem Ausübungstag mindestens 10% über dem Ausübungspreis liegt.

(8) Weitere Ausübungsbedingungen

In dem Optionsvertrag ist festzulegen, dass zur Ausübung eines Bezugsrechts nur berechtigt ist, wer in einem ungekündigten Arbeits- oder Anstellungsverhältnis mit der Gesellschaft oder einem mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen steht. Abweichend davon soll das Recht zur Ausübung von Bezugsrechten nur dann und nur für den jeweils nächstfolgenden Ausübungszeitraum erhalten bleiben, wenn die Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf einer dauerhaften Erkrankung, dem Eintritt der Erwerbsunfähigkeit oder dem Eintritt in den Ruhestand beruht. Außerdem soll abweichend davon das Recht zur Ausübung von Bezugsrechten erhalten bleiben, falls der Vorstand oder, soweit Mitglieder der Vorstands betroffen sind, der Aufsichtsrat im Einzelfall den Fortbestand der Ausübungsberechtigung beschließt. Die Übertragbarkeit des Bezugsrechts ist auszuschließen. Für den Fall des Todes des Bezugsberechtigten ist die Vererblichkeit des Bezugsrechts vorzusehen. Außerdem sind in dem Optionsvertrag Regelungen über die Anpassung der Ausübungsbedingungen bei Kapitalmaßnahmen der Gesellschaft aufzunehmen. Ferner Regelungen, wonach sämtliche Steuern und Abgaben von den jeweiligen Bezugsberechtigten zu tragen sind.

Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten für die Ausgabe der Aktien aus der bedingten Kapitalerhöhung und die weiteren Bedingungen des Aktienoptionsplans 2010 festzulegen. Der

Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung festzulegen. Soweit der Aktienoptionsplan und die Durchführung der Kapitalerhöhung den Vorstand betreffen, werden diese Ermächtigungen dem Aufsichtsrat erteilt.

Aktienoptionsprogramm 2012

Der Vorstand der Gesellschaft wird ermächtigt, bis zum 19.12.2014 für die in nachstehender Ziffer 1 genannten berechtigten Personen ein Aktienoptionsprogramm ("Aktienoptionsplan 2012") aufzulegen und bis zu 300.000 Stück Aktienoptionen mit Bezugsrechten auf jeweils 1 Stückaktie der Gesellschaft ("Bezugsrechte") mit einer Laufzeit von bis zu acht Jahren ab dem Tag nach der Ausgabe gemäß nachstehender Ziffer 4 zu gewähren. Ein Bezugsrecht der Aktionäre der Gesellschaft besteht nicht. Die Bezugsrechte können auch von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie nach Weisung der Gesellschaft an die einzelnen, gemäß Ziffer 1 berechtigten Personen zu übertragen; auch in diesem Fall können die Bezugsrechte nur von der berechtigten Person selbst ausgeübt werden. Die Erfüllung der ausgeübten Bezugsrechte kann nach Wahl der Gesellschaft entweder durch Ausnutzung des zur Beschlussfassung vorgeschlagenen bedingten Kapitals, durch eigene Aktien der Gesellschaft oder durch einen Barausgleich erfolgen. Die Gewährung der Bezugsrechte und die Ausgabe der Aktien erfolgt gemäß folgenden Bestimmungen:

(1) Berechtigte Personen

Im Rahmen des Aktienoptionsplans 2012 werden Bezugsrechte an Mitarbeiter der Gesellschaft sowie an Mitarbeiter verbundener Unternehmen der Gesellschaft ausgegeben. Eine Ausgabe an Mitglieder des Vorstandes ist nicht möglich.

(2) Erwerb der Bezugsrechte

Die Gewährung des Bezugsrechts erfolgt durch Abschluss eines Optionsvertrages zwischen der Gesellschaft und dem jeweiligen Bezugsberechtigten.

Jedes Bezugsrecht gewährt dem Inhaber das Recht zum Bezug je einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie der Gesellschaft gegen Zahlung des Ausübungspreises. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres am Gewinn teil, in dem sie entstehen. Die Optionsbedingungen können vorsehen, dass die Gesellschaft dem Bezugsberechtigten in Erfüllung des Bezugsrechts wahlweise anstelle von neuen Aktien unter Inanspruchnahme des bedingten Kapitals auch eigene Aktien oder einen Barausgleich gewähren kann. Die Einzelheiten legt der Vorstand fest.

(3) Erwerbszeiträume

Die Ausgabe der Bezugsrechte soll in drei Jahrestanchen mit der Maßgabe erfolgen, dass keine Tranche mehr als 60 % des Gesamtvolumens umfasst. Der Abschluss eines Optionsvertrags muss während eines Erwerbszeitraums in den Jahren 2012, 2013 und 2014 erfolgen. Dabei sind Erwerbszeiträume:

- der jeweils vierte und die neun folgenden Bankarbeitstage nach der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft ("Erwerbszeitraum 1"),
- der jeweils vierte und die neun folgenden Bankarbeitstage nach der Veröffentlichung des Quartalsberichts der Gesellschaft über das dritte Quartal eines Geschäftsjahres ("Erwerbszeitraum 2")

Eine Gewährung von Bezugsrechten auf der Grundlage dieses Beschlusses ist letztmals im Erwerbszeitraum 2 des Jahres 2014 zulässig.

Die jeweils während eines Erwerbszeitraums ausgegebenen Bezugsrechte bilden eine Tranche, so dass insgesamt für einen Zeitraum von drei Jahren jeweils zwei jährliche Tranchen ausgegeben werden können.

Soweit ausgegebene Bezugsrechte vor Ablauf des letzten Erwerbszeitraums verfallen, können diese an andere berechnigte Personen erneut ausgegeben werden.

(4) Ausübungspreis

Die Ausgabe der Bezugsrechte erfolgt für den Bezugsberechtigten unentgeltlich. Jedes ausgegebene Bezugsrecht berechnigt zum Bezug einer Aktie der Gesellschaft zum Ausübungspreis. Der Ausübungspreis der jeweils in einer Tranche ausgegebenen Bezugsrechte ist der durchschnittliche Schlusskurs (arithmetisches Mittel) der *aap*-Aktie im elektronischen Handel (Xetra oder Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den fünf Handelstagen, die dem ersten Tag des jeweiligen Erwerbszeitraums vorangehen. Ein Handelstag im Sinne dieses Beschlusses ist ein Tag, an dem die Frankfurter Wertpapierbörse im elektronischen Handel Kurse für die Aktien der Gesellschaft feststellt.

Der durch die Ausübung des Bezugsrechts erzielte Vermögensvorteil des Bezugsberechtigten (Differenz zwischen dem Schlussauktionspreis der *aap*-Aktie im Xetra-Handel oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem am Tag der Ausübung des Bezugsrechts und dem Ausübungspreis) darf das Vierfache des bei Ausgabe festgelegten Ausübungspreises ("Höchstgrenze") nicht überschreiten. Im Falle einer Überschreitung der Höchstgrenze wird der Ausübungspreis angepasst und entspricht der Differenz zwischen dem Schlussauktionspreis der *aap*-Aktie im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse am Tag der Ausübung des Bezugsrechts und dem Vierfachen des Ausübungspreises. Der Vorstand oder, soweit es die Mitglieder des Vorstands betrifft, der Aufsichtsrat kann im Einzelfall beschließen, dass die Höchstgrenze angemessen verringert wird.

Die Optionsbedingungen können für den Fall, dass während der Laufzeit der Aktienoptionen unter Einräumung eines Bezugsrechts an die Aktionäre das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer Aktien erhöht wird oder eigene Aktien ausgegeben werden oder Schuldverschreibungen mit Wandlungs- oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft ausgegeben werden, eine Anpassung des Ausübungspreises in dem Verhältnis vorsehen, in dem der Durchschnittskurs des den Aktionären zustehenden Bezugsrechts an allen Handelstagen der Frankfurter Wertpapierbörse zu dem Schlussauktionspreis der Aktien der Gesellschaft im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse am letzten Börsentag vor Bezugsrechtsabschluss steht. Die Anpassung entfällt, wenn kein Bezugsrechtshandel stattfindet oder den Inhabern der Aktienoptionen ein Bezugsrecht eingeräumt wird, welches dem Bezugsrecht der Aktionäre entspricht.

Die Optionsbedingungen können ferner eine Anpassung für den Fall von Kapitalmaßnahmen (Aktienzusammenlegung oder -split, Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, Kapitalherabsetzung) während der Laufzeit der Bezugsrechte vorsehen.

Der Mindestausübungspreis ist in jedem Fall der geringste Ausgabebetrag im Sinne von § 9 Abs. 1 AktG.

(5) Aufteilung

Eine Aufteilung in verschiedene Gruppen von bezugsberechtigten Personen erfolgt nicht, da die Optionen ausschließlich Mitarbeitern der Gesellschaft und Mitarbeitern von mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen, mithin einer Gruppe bezugsberechtigter Personen angeboten werden sollen.

Der genaue Kreis der Bezugsberechtigten und der Umfang der ihnen jeweils zum Bezug anzubietenden Aktienoptionen wird vom Vorstand der Gesellschaft festgelegt. Eine Doppelzuteilung bei Zugehörigkeit zu beiden Gruppen ist ausgeschlossen. Ein Bezugsrecht der Aktionäre besteht nicht.

(6) Wartezeit, Ausübungszeiträume, letztmalige Ausübung

Die Bezugsrechte aus Aktienoptionen können erstmals nach Ablauf einer Wartezeit und dann bis zum Ende der Optionslaufzeit ausgeübt werden. Die Wartezeit beträgt vier Jahre. Die Optionslaufzeit beträgt acht Jahre.

Die Ausübung der Bezugsrechte ist jeweils nur innerhalb von vier Wochen beginnend am zweiten Handelstag an der Frankfurter Wertpapierbörse

- nach der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft,
- nach dem Tag, an dem die Geschäftsführung der Börse den Jahresfinanzbericht, den Halbjahresfinanzbericht oder den Zwischenbericht zum ersten oder dritten Quartal des Geschäftsjahres der Gesellschaft am Publikum zur Verfügung gestellt hat,

zulässig (Ausübungszeiträume).

Die Wartezeit und die Optionslaufzeit beginnen am Tag nach der Ausgabe der Aktienoptionen. Demnach können die im Erwerbszeitraum 1 des Jahres 2012 gewährten Bezugsrechte letztmals im Jahr 2020 ausgeübt werden. Entsprechend können die im jeweils folgenden Erwerbszeitraum gewährten Bezugsrechte im jeweils folgenden Ausübungszeitraum letztmals ausgeübt werden, so dass im letztmöglichen Erwerbszeitraum 2 des Jahres 2014 gewährte Bezugsrechte letztmals im Jahr 2022 ausgeübt werden können. Nicht ausgeübte Bezugsrechte verfallen.

(7) Erfolgsziel

Aus den Aktienoptionen können Bezugsrechte nur ausgeübt werden, wenn der Schlussauktionspreis der Aktien der Gesellschaft im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse am letzten Handelstag vor dem Ausübungstag mindestens 10% über dem Ausübungspreis liegt.

(8) Weitere Ausübungsbedingungen

In dem Optionsvertrag ist festzulegen, dass zur Ausübung eines Bezugsrechts nur berechtigt ist, wer in einem ungekündigten Arbeits- oder Anstellungsverhältnis mit der Gesellschaft oder einem mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen steht. Abweichend davon soll das Recht zur Ausübung von Bezugsrechten nur dann und nur für den jeweils nächstfolgenden Ausübungszeitraum erhalten bleiben, wenn die Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf einer dauerhaften Erkrankung, dem Eintritt der Erwerbsunfähigkeit oder dem Eintritt in den Ruhestand beruht. Außerdem soll abweichend davon das Recht zur Ausübung von Bezugsrechten erhalten bleiben, falls der Vorstand im Einzelfall den Fortbestand der Ausübungsberechtigung beschließt. Die Übertragbarkeit des Bezugsrechts ist auszuschließen. Für den Fall des Todes des Bezugsberechtigten ist die Vererblichkeit des Bezugsrechts vorzusehen. Außerdem sind in dem Optionsvertrag Regelungen über die Anpassung der Ausübungsbedingungen bei Kapitalmaßnahmen der Gesellschaft aufzunehmen. Ferner Regelungen, wonach sämtliche Steuern und Abgaben von den jeweiligen Bezugsberechtigten zu tragen sind.

Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten für die Ausgabe der Aktien aus der bedingten Kapitalerhöhung und die weiteren Bedingungen des Aktienoptionsplans 2012 festzulegen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung festzulegen.

Eigene Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 07.08.2009 wurde die Gesellschaft ermächtigt, eigene Aktien bis zu einem rechnerischen Anteil von insgesamt 1.000.000,00 € am Grundkapital zu erwerben. Diese bis zum 04.02.2011 befristete Ermächtigung wurde für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen in der Hauptversammlung vom 16.07.2010 beschlossenen Ermächtigung aufgehoben. Die Ermächtigung zur Verwendung der aufgrund des Beschlusses vom 07.08.2009 erworbenen eigenen Aktien bleibt bestehen. Auf

die erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach den §§ 71 a ff. AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung darf nicht zum Zwecke des Handels in eigene Aktien ausgenutzt werden.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft oder durch Dritte für Rechnung der Gesellschaft ausgeübt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 15.07.2015.

Der Erwerb erfolgt nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels einer öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots.

Genehmigtes Kapital

Zum 31. Dezember 2012 verfügte die *aap* Implantate AG über genehmigtes Kapital von insgesamt nominal 15.335.028,00 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Befristungen von bis zu 15.335.028 Inhaberstückaktien ausgegeben werden kann. Im Einzelnen:

Durch Beschluss der Hauptversammlung am 27.08.2007 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 26.08.2012 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt 2.988.935,00 € gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2007) und dabei, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen. Hierbei kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden

- a) zum Ausgleich von Spitzenbeträgen,
- b) wenn eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet (§ 186 Abs. 3 Satz 4 AktG),
- c) zur Ausgabe von Aktien gegen Sacheinlagen im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen (auch im Rahmen von Umwandlungen gemäß dem Umwandlungsgesetz),
- d) zur Ausgabe an strategische Partner,
- e) zur Bezahlung von Beratungsdienstleistungen,
- f) zur Ausgabe an Kreditgeber anstelle von Zinszahlungen in bar oder zusätzlich zu solchen (sog. „equity kicker“),
- g) zur Tilgung von Darlehens- oder sonstigen Verbindlichkeiten.

Das genehmigte Kapital 2007 beträgt nach teilweiser Ausnutzung nunmehr noch 1.721.578,00 €.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 07.08.2009 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, bis zum 06.08.2014 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt 8.026.571,00 € gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2009/I) und dabei mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Bedingungen der Aktienausgabe festzulegen. Hierbei kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden

- a) zum Ausgleich von Spitzenbeträgen,
- b) wenn eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet (§ 186 Abs. 3 Satz 4 AktG),
- c) zur Ausgabe von Aktien gegen Sacheinlagen im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen (auch im Rahmen von Umwandlungen gemäß dem Umwandlungsgesetz),

- d) zur Ausgabe an strategische Partner,
- e) zur Bezahlung von Beratungsdienstleistungen,
- f) zur Ausgabe an Kreditgeber anstatt von Zinszahlungen in bar oder zusätzlich zu solchen (sog. „equity kicker“), insbesondere im Rahmen von Mezzanine-Finanzierungen,
- g) zur Tilgung von Darlehens- oder sonstigen Verbindlichkeiten.

Das genehmigte Kapital 2009/I beträgt nach teilweiser Ausnutzung nunmehr noch 5.238.385,00 €.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 16.07.2010 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 15.07.2015 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt 4.192.786,00 € gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2010/I) und dabei mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen. Hierbei kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden

- a) zum Ausgleich von Spitzenbeträgen,
- b) wenn eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet (§ 186 Abs. 3 Satz 4 AktG),
- c) zur Ausgabe von Aktien gegen Sacheinlagen im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Teilen von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen sowie Zusammenschlüssen von Unternehmen (auch im Rahmen von Umwandlungen gemäß dem Umwandlungsgesetz),
- d) zur Ausgabe an strategische Partner,
- e) zur Bezahlung von Beratungsdienstleistungen,
- f) zur Ausgabe an Kreditgeber anstelle von Zinszahlungen in bar oder zusätzlich zu solchen (sog. „equity kicker“), insbesondere im Rahmen von Mezzanine-Finanzierungen,
- g) zur Tilgung von Darlehens- oder sonstigen Verbindlichkeiten.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 06.07.2012 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 05.07.2017 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach um bis zu insgesamt 4.182.279,00 € gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2012/I) und dabei, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen. Hierbei kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausgeschlossen werden:

- a) zum Ausgleich von Spitzenbeträgen,
- b) wenn eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet (§ 186 Abs. 3 Satz 4 AktG),
- c) zur Ausgabe von Aktien gegen Sacheinlagen im Rahmen des Erwerbs von Unternehmen, Teilen von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen sowie Zusammenschlüssen von Unternehmen (auch im Rahmen von Umwandlungen gemäß dem Umwandlungsgesetz),
- d) zur Ausgabe an strategische Partner,
- e) zur Bezahlung von Beratungsdienstleistungen,
- f) zur Ausgabe an Kreditgeber anstelle von Zinszahlungen in bar oder zusätzlich zu solchen (sog. „equity kicker“), insbesondere im Rahmen von Mezzanine-Finanzierungen,
- g) zur Tilgung von Darlehens- oder sonstigen Verbindlichkeiten.

(25) Aktienkursbasierte Vergütungen

Im Geschäftsjahr 2006 wurde ein konzernweites aktienkursbasiertes Vergütungssystem mit Eigenkapitalausgleich für die Mitarbeiter der *aap* Implantate AG und der verbundenen Unternehmen aufgelegt. In 2008 und in 2010 wurden weitere Aktienoptionsprogramme aufgelegt.

Der Vorstand und die Mitarbeiter der *aap* haben Aktienoptionen erhalten, die sie bei Eintritt bestimmter Bedingungen zum Bezug von *aap* Aktien zu einem vorher bestimmten Preis berechtigen. *aap* wird die erforderlichen Aktien über Kapitalerhöhungen schaffen und verfügt zu diesem Zweck über verschiedene bedingte Kapitale.

Für die Aktienoptionsprogramme gelten die folgenden Bedingungen:

	Aktienoptionsprogramm			
	2006	2008	2010	2012
Aktienoptionen	Jede Option gewährt dem Berechtigten das Recht zum Bezug von einer auf den Inhaber lautenden Stückaktie der <i>aap</i> mit einem rechnerischen Nennbetrag von je 1,00 €.			
Berechtigte	Mitglieder des Vorstands, sowie ausgewählte Führungskräfte der Gesellschaft und die Arbeitnehmer der Gesellschaft sowie die Mitglieder der Geschäftsführungen und Arbeitnehmer der mit der Gesellschaft im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen.		Arbeitnehmer der Gesellschaft und Arbeitnehmer der mit der Gesellschaft im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen.	
Wartefrist ab Beschluss über Zuteilung an Berechtigten	2 Jahre	2 Jahre nach Ausgabe 25 %; jeweils weitere 25 % 3 Jahre, 4 Jahre und 5 Jahre nach Ausgabebetrag	4 Jahre	
Laufzeit	Bis zu 4 Jahre ab Ausgabebetrag	Bis zu 5 Jahre ab Ausgabebetrag	Bis zu 8 Jahre ab Ausgabebetrag	
Ausübungszeiträume	<p><u>2006 und 2008</u></p> <p>Jederzeit nach Ablauf der Wartefrist möglich, jedoch nicht innerhalb der folgenden Zeiträume:</p> <ul style="list-style-type: none"> - in der Zeit ab dem letzten Tag, an dem sich Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung der Gesellschaft anmelden können, bis zum dritten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main nach dieser Hauptversammlung; - in der Zeit ab dem Tag der Veröffentlichung eines Bezugsangebotes auf neue Aktien oder auf Schuldverschreibungen mit Wandel- und/oder Optionsrechten auf Aktien der <i>aap</i> in einem Pflichtblatt der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main bis zum Tage, an dem die Bezugsfrist endet; - in der Zeit von vier Wochen vor der Veröffentlichung des jeweiligen Quartals- oder Jahresabschlusses <p><u>2010 und 2012</u></p> <p>Innerhalb von vier Wochen beginnend am zweiten Handelstag der Frankfurter Wertpapierbörse</p> <ul style="list-style-type: none"> - nach der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft 			

	Aktienoptionsprogramm			
	2006	2008	2010	2012
	- nach dem Tag, an dem die Geschäftsführung der Börse den Jahresfinanzbericht, den Halbjahresfinanzbericht oder den Zwischenbericht zum ersten oder dritten Quartal des Geschäftsjahres der Gesellschaft dem Publikum zur Verfügung gestellt hat			
Ausübungspreis	Durchschnittswert des Schlussauktionspreises der Aktie der <i>aap</i> im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der letzten			
	10 Börsentage	20 Börsentage	5 Handelstage	
	mindestens jedoch nach dem geringsten Ausgabebetrag nach § 9 Abs. 1 AktG, mithin nicht unter dem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1,00 €.			
Erfolgsziel	Durchschnittswert des Schlussauktionspreises (für 2006 und 2008) bzw. der Schlussauktionspreis (für 2010 und 2012) der Aktie der <i>aap</i> im XETRA-Handel (oder einem an die Stelle des XETRA-Systems getretenen funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Wertpapierbörse in Frankfurt am Main während der/am letzten			
	10 Börsentage	20 Börsentage	Handelstag	
	vor dem Tag der Ausübung des Bezugsrechts aus den Aktienoptionen den Ausübungspreis um mindestens			
	10 %	20 %	10 %	
	seit dem Ausgabetag übersteigt.			

Die folgenden anteilsbasierten Vergütungsvereinbarungen haben während der aktuellen Berichtsperiode und früheren Berichtsperioden bestanden.

<u>Options-</u> <u>programm</u>	<u>Zusagezeitpunkt</u> <u>Optionstranche</u>	<u>Anzahl der</u> <u>gewährten</u> <u>Optionen</u>	<u>Verfallstag</u>	<u>Ausübungspreis</u>	<u>Beizulegender</u> <u>Zeitwert zum</u> <u>Zeitpunkt der</u> <u>Gewährung</u>
2006	18.04.2007	152.500	17.04.2011	2,37 €	0,99 €
2006	30.11.2007	477.500	29.11.2011	2,41 €	0,69 €
2006	17.04.2008	131.500	16.04.2012	2,27 €	0,87 €
2006	10.09.2008	96.000	09.09.2012	2,23 €	0,74 €
2008	01.12.2008	200.000	30.11.2014	1,61 €	0,55 €
2008	26.05.2009	487.500	25.05.2015	1,29 €	0,48 €
2010	29.07.2010	360.000	28.07.2018	1,29 €	0,58 €
2010	17.11.2010	505.000	16.11.2018	1,17 €	0,50 €
2010	15.07.2011	481.600	14.07.2019	1,01 €	0,40 €
2010	15.11.2011	55.000	14.11.2019	1,00 €	0,39 €
2012	25.07.2012	65.000	24.07.2020	1,00 €	0,51 €
2012	28.11.2012	180.000	27.11.2020	1,30 €	0,63 €

Die beizulegenden Zeitwerte wurden im Berichtsjahr mittels eines Binomialmodells ermittelt. Im Rahmen der Ermittlung wurden die folgenden Parameter berücksichtigt:

<u>Aktienoptionsprogramm 2012</u>	<u>Tranche 07/2012</u>	<u>Tranche 11/2012</u>
Gewährszeitpunkt	25.07.2012	28.11.2012
Erfolgsziel	1,10 €	1,43 €
Risikofreier Zinssatz	0,37 %	0,47 %
Erwartete Volatilität	46,80 %	46,41 %
Erwarteter Dividendenertrag	0 €	0 €
Börsenkurs im Gewährungszeitpunkt	1,10 €	1,40 €
Erwartete Optionslaufzeit	5 Jahre	5 Jahre

In die Ermittlung der voraussichtlichen Optionslaufzeit ist die beste Schätzung des Vorstands hinsichtlich folgender Einflussfaktoren eingegangen: Nichtübertragbarkeit, Ausübungseinschränkungen, einschließlich der Wahrscheinlichkeit, dass die an die Option geknüpften Marktbedingungen erfüllt werden, und Annahmen zum Ausübungsverhalten. Die Volatilität wurde auf Basis von Wochenrenditen ermittelt. Die erwartete Volatilität der Aktie basiert auf der Annahme, dass von historischen Volatilitäten auf künftige Trends geschlossen werden kann, wobei die tatsächlich eintretende Volatilität der Aktie von den getroffenen Annahmen abweichen kann. Zur Berücksichtigung frühzeitiger Ausübungseffekte wurde angenommen, dass die Mitarbeiter ihre ausübungsfähigen Optionen ausüben, wenn der Aktienkurs dem 1,4 fachen des Ausübungspreises entspricht.

Nachstehend sind die Veränderungen in den Aktienoptionsprogrammen für das abgelaufene Geschäftsjahr und für das Vorjahr dargestellt:

	<u>Aktienoptionsprogramm</u>							
	<u>2006</u>		<u>2008</u>			<u>2010</u>		<u>2012</u>
	<u>Tranche</u> <u>2006</u>	<u>Tranche</u> <u>2007</u>	<u>Tranche</u> <u>2008</u>	<u>Tranche</u> <u>2008</u>	<u>Tranche</u> <u>2009</u>	<u>Tranche</u> <u>2010</u>	<u>Tranche</u> <u>2011</u>	<u>Tranche</u> <u>2012</u>
Ausstehend								
zum 1.1.2012	0	0	106.500	200.000	402.500	810.000	536.600	0
Ausgegeben								
im								
Geschäftsjahr	0	0	0	0	0	0	0	245.000
Verfallen								
im								
Geschäftsjahr	0	0	106.500	0	0	50.000	20.000	10.000
Ausgeübt im								
Geschäftsjahr	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausstehend								
zum								
31.12.2012	0	0	0	200.000	402.500	760.000	516.600	235.000
Ausübbar								
zum								
31.12.2012	0	0	0	150.000	201.250	0	0	0

Im Geschäftsjahr 2012 sind folgende Aktienoptionen verfallen:

<u>Aktienoptionsprogramm</u>	<u>Aktienoptionen</u>
2006	106.500
2008	0

2010	70.000
2012	10.000

	<u>Aktienoptionsprogramm</u>						
	<u>2006</u>		<u>2008</u>		<u>2010</u>		
	<u>Tranche</u> <u>2006</u>	<u>Tranche</u> <u>2007</u>	<u>Tranche</u> <u>2008</u>	<u>Tranche</u> <u>2008</u>	<u>Tranche</u> <u>2009</u>	<u>Tranche</u> <u>2010</u>	<u>Tranche</u> <u>2011</u>
Ausstehend zum 1.1.2011	0	470.000	117.000	200.000	422.500	850.000	0
Ausgegeben im Geschäftsjahr	0	0	0	0	0	0	536.600
Verfallen/ Verzicht im Geschäftsjahr	0	470.000	10.500	0	20.000	40.000	0
Ausgeübt im Geschäftsjahr	0	0	0	0	0	0	0
Ausstehend zum 31.12.2011	0	0	106.500	200.000	402.500	810.000	536.600
Ausübbar zum 31.12.2011	0	0	106.500	150.000	100.625	0	0

Im Geschäftsjahr 2011 sind folgende Aktienoptionen verfallen:

<u>Aktienoptionsprogramm</u>	<u>Aktienoptionen</u>
2006	480.500
2008	20.000
2010	40.000

Die Bandbreite der Ausübungspreise für die zum 31.12.2012 ausstehenden Aktienoptionen beläuft sich auf 1,00 € bis 1,61 € (Vorjahr: 1,00 € bis 2,27 €). Die am Ende des Geschäftsjahres ausstehenden Aktienoptionen haben eine gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit von 5,2 Jahren (Vorjahr: 4,3 Jahre).

Der im Berichtszeitraum erfasste Aufwand aus aktienbasierter Vergütung betrug insgesamt 208 T€ (Vorjahr: 210 T€).

(26) Rückstellungen

	Stand		Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand		RLZ* > 1 Jahr
	01.01.2012	31.12.2012				01.01.2012	31.12.2012	
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Verpflichtungen								
Mitarbeiter	63	41	-31	0	9	41	0	0
Aufbewahrungskosten	35	26	0	-9	0	26	26	0
Sonstige ungewisse Verbindlichkeiten	28	29	0	0	1	29	0	0
Prozesskosten und -risiken	80	70	-3	-7	0	70	0	0
Sonstige Rückstellungen	15	66	0	0	51	66	0	0

Gesamt	221	-34	-16	61	232	26
--------	-----	-----	-----	----	-----	----

*RLZ = Restlaufzeit

(27) Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2012 gesamt	Restlaufzeit (RLZ)			Vorjahr
		bis 1 Jahr	1-5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	T€	T€	T€	T€	T€
Finanzverbindlichkeiten	6.516	4.497	2.019	0	5.553
Erhaltene Anzahlungen	1.125	1.125	0	0	337
Entwicklungsaufträge mit passivischem Saldo gegenüber Kunden	0	0	0	0	32
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.259	3.259	0	0	3.120
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.057	1.057	0	0	3.522
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	2.111	1.742	369	0	1.776
Sonstige Verbindlichkeiten	1.334	1.133	201	0	1.064
	<u>15.402</u>	<u>12.813</u>	<u>2.589</u>	<u>0</u>	<u>15.404</u>

Von den langfristigen Verbindlichkeiten (RLZ > 1 Jahr) in Höhe von 2.589 T€ (Vorjahr: 464 T€) waren 2.389 T€ (Vorjahr: 224 T€) verzinslich. Von den kurzfristigen Verbindlichkeiten (RLZ < 1 Jahr) in Höhe von insgesamt 12.813 T€ (Vorjahr: 14.940 T€) waren 5.589 T€ (Vorjahr: 8.831 T€) verzinslich. Die durchschnittliche Zinsbelastung lag bei rd. 5,8 % (Vorjahr: 6,3 %).

Der *aap*-Gruppe standen zum 31.12.2012 vertraglich zugesicherte Kreditlinien in Höhe von 5,8 Mio. € (Vorjahr: 4,8 Mio. €) zur Verfügung, von denen zum Bilanzstichtag brutto 4,5 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €) in Anspruch genommen wurden. Die gesamten Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente betragen zum 31.12.2012 3.698 T€ (Vorjahr: 2.152 T€). Zum 31.12.2012 verfügte *aap* über eine freie und nutzbare Liquidität (Summe aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten sowie freiverfügbaren Kreditlinien) in Höhe von 4,9 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €).

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Brutto-Inanspruchnahme Kreditlinien	-4,5	-4,4
Guthaben unter Kreditlinien	3,3	1,9
Netto-Inanspruchnahme Kreditlinien	<u>-1,2</u>	<u>-2,5</u>

Die kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten der *aap*-Gruppe bestehen gegenüber Kreditinstituten und lauten auf Euro.

Zum 31.12.2012 bestanden folgende Fremdwährungsverbindlichkeiten:

	31.12.2012		Währung	Währung
	gesamt			
	T€	T€		T€
Erhaltene Anzahlungen	189	189	US \$	0

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	25	24	US \$	1	CHF
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	12	12	US \$	0	
	<u>226</u>	<u>225</u>		<u>1</u>	

Zum 31.12.2011 bestanden folgende Fremdwährungsverbindlichkeiten:

	31.12.2011		Währung	Währung	
	gesamt				
	T€	T€		T€	
Erhaltene Anzahlungen	193	193	US \$	0	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	29	28	US \$	1	CHF
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	140	140	US \$	0	
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	91	91	US \$	0	
Sonstige Verbindlichkeiten	4	4	US \$	0	
	<u>457</u>	<u>456</u>		<u>1</u>	

(28) Entwicklungsaufträge mit passivischem Saldo gegenüber Kunden

Unter dem Posten Entwicklungsaufträge mit passivischem Saldo gegenüber Kunden wurden im Vorjahr Auftragskosten inklusive der zugehörigen Ergebnisbeiträge erfasst, die saldiert mit den korrespondierenden Anzahlungen zu einem Passivsaldo führen. Zum Bilanzstichtag bestanden Verbindlichkeiten aus Entwicklungsaufträgen in Höhe von 0 T€ (Vorjahr: 32 T€).

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Forderungen aus Entwicklungsaufträgen	0	-112
verrechnet mit Erhaltenen Anzahlungen	0	144
Entwicklungsaufträge mit passivischem Saldo	<u>0</u>	<u>32</u>

(29) Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

	31.12.2012	Restlaufzeit (RLZ)			Vorjahr
		bis 1 Jahr	1-5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	gesamt				
	T€	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	0	12
Finanzierungsleasingverbindlichkeiten	499	130	369	0	226
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	1.612	1.612	0	0	1.538
	<u>2.111</u>	<u>1.742</u>	<u>369</u>	<u>0</u>	<u>1.776</u>

Die übrigen finanziellen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Mitarbeiterboni und Tantiemen in Höhe von 935 T€ (Vorjahr: 567 T€), Lizenzzahlungen in Höhe von 153 (Vorjahr: 12 T€), Urlaubs- und Weihnachtsgeld in Höhe von 101 T€ (Vorjahr: 141 T€) und Verbindlichkeiten für Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von 76 T€ (Vorjahr: 162 T€).

Die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing betreffen Maschinen und sind durch die geleaste Vermögenswerte gesichert. Der Zinssatz wurde für die gesamte Laufzeit des Leasingverhältnisses fest vereinbart und beträgt durchschnittlich rd. 5 % (Vorjahr: 6 %).

(30) Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2012 gesamt	Restlaufzeit (RLZ)			Vorjahr
		bis 1 Jahr	1-5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	T€	T€	T€	T€	T€
Sonderposten für Investitionszuschüsse	245	44	201	0	292
Personalverbindlichkeiten	287	287	0	0	366
Verbindlichkeiten aus Steuern	731	731	0	0	330
Übrige Verbindlichkeiten	71	71	0	0	76
	1.334	1.133	201	0	1.064

Die Personalverbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Urlaubsansprüche.

(31) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2012	Tilgungszahlungen		
		2013	2014 bis 2017	ab 2018
	T€	T€	T€	T€
Künftige Zahlungen aus Miete	4.956	1.210	2.924	822
Künftige Zahlungen aus Operate-Leasing	707	396	308	3
	5.663	1.606	3.232	825

	31.12.2011	Tilgungszahlungen		
		2012	2013 bis 2016	ab 2017
	T€	T€	T€	T€
Künftige Zahlungen aus Miete	5.952	1.181	3.713	1.058
Künftige Zahlungen aus Operate-Leasing	945	444	501	0
	6.897	1.625	4.214	1.058

Die Operate-Leasing-Verträge betreffen kurzfristige Verträge für PKWs und sehen zum Teil Verlängerungs- und Kaufoptionen vor. Der im Berichtszeitraum erfasste Aufwand aus Operate-Leasing-Verträgen betrug 423 T€ (Vorjahr: 405 T€).

(32) Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten bestehen in Höhe von 124 T€ aufgrund erhaltener Investitionszuschüsse und -zulagen der öffentlichen Hand. Danach müssen die finanzierten Vermögenswerte mindestens 5 Jahre nach Abschluss des Investitionsvorhabens in der Berliner Betriebsstätte verbleiben. Die hergestellten Güter dürfen nicht überwiegend überregional abgesetzt werden. Aufgrund der betrieblichen Gegebenheiten geht der Vorstand davon aus, dass die Wirtschaftsgüter in der Berliner Betriebsstätte verbleiben und auch die übrigen Voraussetzungen eingehalten werden, und damit eine Inanspruchnahme unwahrscheinlich ist.

Im Rahmen der Beendigung eines Vertriebsvertrages hat ein ehemaliger Vertriebspartner der Tochtergesellschaft *aap* Biomaterials GmbH Schadensersatzansprüche geltend gemacht und zum 30. Dezember 2010 eine Klageschrift über eine Forderung in Höhe von 350 T€ eingereicht. Die Geschäftsführung der *aap* Biomaterials GmbH hält die dafür bereits im Jahr 2009 gebildete und zum 31.12.2012 in Höhe von 70 T€

(Vorjahr: 80 T€) bestehende Rückstellung für angemessen. Die mit diesem Verfahren in Zusammenhang stehenden Rechtsanwaltskosten sind ebenfalls in dem vorgenannten Betrag berücksichtigt.

Anlässlich der Beendigung eines Liefervertrages fordert ein Lieferant der *aap* Implantate AG Schadensersatz aufgrund behaupteter unzulässiger Vertragsaufgabe in Höhe von 83 T€ nebst Zinsen und Rechtsverfolgungskosten. Am 23. Januar 2013 ist bei *aap* Implantate AG eine Klage eingegangen, nachdem im August 2012 der Vertrag seitens *aap* Implantate AG mit Wirkung zum 15. Februar 2013 gekündigt wurde. Nach Einschätzung der Geschäftsführung der *aap* Implantate AG besteht gemäß Vertrag keine Abnahmeverpflichtung für den ursprünglich geplanten Auftrag. Nach aktuellem Kenntnisstand und anwaltlicher Beratung wird eine mögliche Inanspruchnahme von *aap* Implantate AG als unwahrscheinlich erachtet.

I. Berichterstattung zu Finanzinstrumenten

(33) Grundlagen

Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 (Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung) in die folgenden Kategorien

- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte,
- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten,
- bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen,
- Kredite und Forderungen und
- zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

eingeteilt. Die Kategorisierung hängt von Art und Verwendungszweck der finanziellen Vermögenswerte ab und erfolgt bei Zugang. Der Ansatz und die Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte erfolgt zum Handelstag, wenn es sich um Vermögenswerte handelt, deren Lieferung innerhalb des für den relevanten Markt üblichen Zeitrahmens erfolgt. Handelstag ist der Zeitpunkt, zu dem alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum an den Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden oder die Verfügungsmacht über den Vermögenswert abgegeben wird. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die dieser Verbindlichkeit zugrundeliegende Verpflichtung erfüllt, aufgehoben oder erloschen ist. Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten sind bei Zugang zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten.

Bei Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, werden auch direkt zurechenbare Transaktionskosten berücksichtigt, die den beizulegenden Zeitwert der finanziellen Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten reduzieren oder erhöhen. Transaktionskosten, die direkt dem Erwerb von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten zuzurechnen sind und die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, werden unmittelbar ergebniswirksam erfasst. Die Folgebewertung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten hängt von ihrer Kategorisierung ab.

Die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert anzusetzenden Finanzinstrumente umfassen vor allem die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie für Zwecke der Veräußerung oder des Rückkaufs in der nahen Zukunft erworben werden. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts solcher Finanzinstrumente werden stets erfolgswirksam erfasst. Der *aap*-Konzern hat beim erstmaligen Ansatz keine finanziellen Vermögenswerte oder finanziellen Verbindlichkeiten als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft. Kredite und Forderungen bzw. Darlehen sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Nach ihrer erstmaligen Erfassung werden solche finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Rahmen einer Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Hiervon ausgenommen sind kurzfristige

Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr, da hier der Zinseffekt als unwesentlich einzustufen ist. Erträge und Aufwendungen werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung unter den Finanzerträgen und den Finanzaufwendungen gezeigt.

Der *aap*-Konzern verfügt nur über originäre Finanzinstrumente. Hierzu zählen auf der Aktivseite im Wesentlichen die übrigen Beteiligungen, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen aus ausgereichten Darlehen sowie sonstigen Forderungen und die flüssigen Mittel. Auf der Passivseite enthalten die originären Finanzinstrumente im Wesentlichen die zu Anschaffungskosten bewerteten Verbindlichkeiten.

Der Bestand an originären Finanzinstrumenten wird in der Bilanz ausgewiesen. Die Höhe der finanziellen Vermögenswerte entspricht dem maximalen Ausfallrisiko. Soweit Ausfallrisiken erkennbar sind, werden diese durch Wertberichtigungen erfasst. Wertminderungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden auf gesonderten Wertberichtigungskonten erfasst.

Die beizulegenden Zeitwerte ergeben sich aus den Börsenkursen oder werden mit anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt.

Die Marktwerte von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten, von kurzfristigen Forderungen, von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, von sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten und Finanzschulden entsprechen ihren Buchwerten, insbesondere aufgrund der kurzen Laufzeit solcher Finanzinstrumente.

Langfristige festverzinsliche und variabel verzinsliche Forderungen werden auf der Basis verschiedener Parameter wie Zinssätze, der individuellen Bonität des Kunden und der Risikostruktur des Finanzierungsgeschäfts, bewertet. Danach entsprechen die Buchwerte dieser Forderungen abzüglich der gebildeten Wertberichtigungen zum 31.12.2012 und 31.12.2011 annähernd ihren Marktwerten.

Der Marktwert von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstigen Finanzschulden, Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing sowie sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten werden durch Abzinsung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme mit den für ähnliche Finanzschulden mit vergleichbaren Restlaufzeiten marktüblichen Zinsen bewertet.

(34) Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien

Die Wertansätze der einzelnen Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien zeigen die nachfolgenden Tabellen.

Bewertungskategorien:

- 1 - Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Fair Value Through Profit or Loss (FVTPL))
- 2 - Zu fortgeführten Anschaffungskosten gehaltene Verbindlichkeiten (Financial Liabilities Measured at Amortised Cost (FLAC)),
- 3 - Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity (HtM)),
- 4 - Kredite und Forderungen (Loans and Receivables (LaR))
- 5 - Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale (Afs))

Bewertungs- kategorien nach IAS 39	Buchwert 31.12.2012	Wertansatz Bilanz nach IAS 39		Wertansatz zu IAS 17	Beizulegen- der Zeitwert 31.12.2012
		Fortgeführte Anschaf- fungskosten	Beizulegen-der Zeitwert erfolgsneutral		

		T€	T€	T€	T€	T€
Vermögenswerte						
Finanzielle Vermögenswerte	AfS	356	0	356	-	356
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	4.226	4.226	0	-	4.226
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	LaR	1.331	1.331	0	-	1.331
Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente	LaR	3.698	3.698	0	-	3.698
Verbindlichkeiten						
Finanzverbindlichkeiten	FLAC	6.516	6.516	0	-	6.516
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	3.259	3.259	0	-	3.259
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	FLAC	1.057	1.057	0	-	1.057
Finanzierungsleasingverbindlichkeiten	-	499	-	0	499	499
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	FLAC	1.612	1.612	0	-	1.612

davon aggregiert nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39:

	Bewertungskategorien nach IAS 39	Buchwert 31.12.2012 T€	Wertansatz Bilanz nach IAS 39			Wertansatz zu IAS 17 T€	Beizulegender Zeitwert 31.12.2012 T€
			Fortgeführte Anschaffungskosten	Beizulegender Zeitwert			
			T€	T€	T€		
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	AfS	356	0	356	-	356	
Kredite und Forderungen (inkl. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente)	LaR	9.255	9.255	0	-	9.255	
Finanzielle Vermögenswerte gesamt		9.611	9.255	356	-	9.611	
Zu fortgeführten Anschaffungskosten gehaltene Verbindlichkeiten	FLAC	12.444	12.444	0	-	12.444	
Finanzierungsleasingverbindlichkeiten		499	-	-	499	499	
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt		12.943	12.444	0	499	12.943	
			Wertansatz Bilanz nach IAS 39				
	Bewertungskategorien nach IAS 39	Buchwert 31.12.2011 T€	Fortgeführte Anschaffungskosten	Beizulegender Zeitwert		Wertansatz zu IAS 17 T€	Beizulegender Zeitwert 31.12.2011 T€
		T€	T€	T€		T€	T€
Vermögenswerte							

Finanzielle Vermögenswerte	AfS	356	-	356	-	356
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	5.508	5.508	-	-	5.508
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	LaR	331	331	-	-	331
Zahlungsmittel und Zahlungsäquivalente	LaR	2.152	2.152	-	-	2.152
Verbindlichkeiten						
Finanzverbindlichkeiten	FLAC	5.553	5.553	-	-	5.553
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	3.120	3.120	-	-	3.120
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	FLAC	3.522	3.522	-	-	3.522
Finanzierungsleasingverbindlichkeiten	-	226	-	-	226	226
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	FLAC	1.550	1.550	-	-	1.550

davon aggregiert nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39:

	Bewertungskategorien nach IAS 39	Buchwert 31.12.2011 T€	Wertansatz Bilanz nach IAS 39		Wertansatz zu IAS 17 T€	Beizulegender Zeitwert 31.12.2011 T€
			Fortgeführte Anschaffungskosten T€	Beizulegender Zeitwert Erfolgsneutral T€		
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
Vermögenswerte	AfS	356	-	356	-	356
Kredite und Forderungen (inkl. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente)	LaR	7.991	7.991	-	-	7.991
Finanzielle Vermögenswerte gesamt		8.347	8.347	356		8.347
Zu fortgeführten Anschaffungskosten gehaltene Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten	FLAC	13.745	13.745	-	-	13.745
Finanzierungsleasingverbindlichkeiten	-	226	-	-	226	226
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt		13.971	13.745		226	13.971

Die zur Veräußerung verfügbaren finanzielle Vermögenswerte betreffen die Anteile an der AEQUOS Endoprothetik GmbH, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden und gemäß IFRS 7 der Bewertungshierarchie Stufe 3 (Die Marktwertermittlung für diese Vermögenswerte erfolgte auf Basis von Parametern, für die keine beobachtbaren Marktdaten zur Verfügung stehen) zugeordnet sind. Die Bewertung orientierte sich an den im Rahmen der durchgeführten Kapitalerhöhungen gezahlten Aufgeldern. Im Geschäftsjahr 2012 hat sich keine Veränderung des beizulegenden Zeitwertes ergeben.

(35) Aufwendungen, Erträge, Verluste und Gewinne aus Finanzinstrumenten

2012	Zinserträge	Zinsaufwen- dungen	Aufwen- dungen aus Wertmin- derungen	Erträge aus Zuschrei- bungen	Netto- ergebnis
	T€	T€	T€	T€	T€
Kredite und Forderungen (inkl. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente) Zu fortgeführten Anschaffungskosten gehaltene Verbindlichkeiten	29	0	-131	78	-24
Gesamt	29	-504	-131	78	-528

2011	Zinserträge	Zinsaufwen- dungen	Aufwen- dungen aus Wertmin- derungen	Erträge aus Zuschrei- bungen	Netto- ergebnis
	T€	T€	T€	T€	T€
Kredite und Forderungen (inkl. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente) Zu fortgeführten Anschaffungskosten gehaltene Verbindlichkeiten	58	0	-243	53	-132
Gesamt	58	-605	-243	53	-737

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich im Geschäftsjahr auf 28 T€ (Vorjahr: 46 T€). Die Wertminderungsaufwendungen betreffen Wertkorrekturen auf Forderungen und Effekte aus Währungsumrechnung.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden 13 T€ (Vorjahr: 14 T€) als Zinsaufwand aus Finanzierungsleasingverbindlichkeiten erfasst, die nicht im Rahmen der Effektivzinsmethode berücksichtigt werden.

(36) Wertminderung finanzieller Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, mit Ausnahme der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte, werden zu jedem Bilanzstichtag auf das Vorhandensein von Indikatoren für Wertminderungen untersucht. Finanzielle Vermögenswerte sind wertgemindert, wenn infolge eines oder mehrerer Ereignisse, die nach dem erstmaligen Ansatz des Vermögenswertes eintraten, ein objektiver Hinweis dafür vorliegt, dass sich die erwarteten künftigen Cash-Flows negativ verändert haben.

Die Wertberichtigungen werden unter den jeweiligen Bilanzposten ausgewiesenen und erläutert.

(37) Management von Finanzrisiken

Der aap-Konzern unterliegt aufgrund seiner operativen Tätigkeit den folgenden finanziellen Risiken:

- Marktrisiken
- Liquiditätsrisiken

- Kreditrisiken

Das Risikomanagement des Konzerns erfolgt durch die zentrale Finanzabteilung entsprechend den vom Vorstand verabschiedeten Leitlinien, mit dem Ziel, potentiell negative Auswirkungen auf die Finanzlage des Konzerns zu minimieren. Hierfür werden finanzielle Risiken identifiziert, bewertet und in enger Abstimmung mit den operativen Einheiten des Konzerns abgesichert.

Interne Richtlinien geben hierfür Handlungsrahmen, Verantwortlichkeiten und Kontrollen verbindlich vor. Die Risiken des *aap*-Konzerns sowie Ziele und Prozesse des Risikomanagements werden im Lagebericht unter dem Punkt „Risikobericht“ ausführlich erläutert (vgl. Abschnitt D)).

Marktrisiken

Unter Marktrisiko wird das Risiko verstanden, dass der beizulegende Zeitwert oder künftige Cash-Flows eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Marktpreise schwanken. Zum Marktrisiko zählen Zinsrisiko, Währungsrisiko und sonstige Preisrisiken, wie das Rohstoffrisiko oder das Aktienkursrisiko.

Zinsrisiken

Zinsrisiken resultieren aus Finanzschulden und Geldanlagen. Der *aap*-Konzern versucht, das Zinsergebnis zu optimieren und die Zinsrisiken zu minimieren. Hierzu werden ein konzernweites Cash-Management betrieben und originäre Finanzgeschäfte abgeschlossen. Zins- und Preisänderungsrisiken werden durch die Mischung von Laufzeiten sowie von fest- und variabel verzinslichen Positionen gesteuert. Der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten wird im Einzelfall geprüft, im Berichtsjahr erfolgten keine solchen Vereinbarungen.

Die zinstragenden Schulden des Konzerns sind, mit Ausnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter- und Finanzierungsleasingverbindlichkeiten, variabel verzinslich. Zum 31.12.2012 waren ca. 19 % (Vorjahr: 30 %) des Fremdkapitals des Konzerns festverzinslich. Marktzinssatzänderungen wirken sich hier nur aus, soweit diese Finanzinstrumente zum fair value zu bilanzieren wären. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Sensitivitätsanalysen wurden für die variabel verzinslichen Finanzverbindlichkeiten vorgenommen. Hierbei wurde eine gleichartige Veränderung des Zinssatzes für alle Finanzverbindlichkeiten und alle Währungen unterstellt. Danach ergibt sich aus einer Veränderung des Zinssatzes um einen Prozentpunkt eine Erhöhung des Ergebnisses vor Ertragsteuern um 71 T€ (Vorjahr: 41 T€) bzw. eine Verminderung um 71 T€ (Vorjahr: 41 T€).

Fremdwährungsrisiken

Aus dem Ein- und Verkauf in Fremdwährung können sich je nach Entwicklung des Wechselkurses Risiken für die Gesellschaft ergeben.

Die überwiegende Geschäftstätigkeit des Konzerns erstreckt sich auf den Euro-Wirtschaftsraum. Die im außereuropäischen Raum getätigten Geschäfte waren hinsichtlich Art und Umfang für eine generelle Absicherung durch Devisentermingeschäfte oder ähnliche Sicherungsmaßnahmen nicht geeignet. Wichtige Fremdwährungen des Konzerns bilden der US-Dollar, der Schweizer Franken und das Britische Pfund. Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen wurde ermittelt, dass die Auswirkungen für andere Fremdwährungen des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind. Zum 31.12.2012 betrug der Bestand an Fremdwährungsforderungen rund 16,34 % (Vorjahr: 0,5 %) des Forderungsbestandes und entfiel ausschließlich auf Forderungen in US-Dollar. Die Verbindlichkeiten in Fremdwährung hatten einen Anteil am Fremdkapital des Konzerns von rd. 1,27 % (Vorjahr: 2,56 %). Der Anteil der Verbindlichkeiten in US-Dollar betrug rd. 1,27 % (Vorjahr: 2,56 %). Wenn sich der Kurs des Euros gegenüber dem US-Dollar um 10 % verändert, wäre das Ergebnis vor Ertragsteuern, sofern alle anderen Variablen konstant geblieben wären, für die Berichtsperiode um 23 T€ (Vorjahr: 98 T€) höher bzw. niedriger ausgefallen. Hierfür wären im Wesentlichen die Währungsumrechnungsgewinne aus auf US-Dollar basierenden Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ursächlich gewesen. Vor diesem Hintergrund und einer Kosten-Nutzenabwägung hat der Konzern daher auf den Abschluss von Sicherungsgeschäften verzichtet.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko des *aap*-Konzerns besteht darin, dass mangels vorhandener Liquidität finanziellen Verpflichtungen möglicherweise nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Dieses Risiko betrifft zum Beispiel die Tilgung von Finanzschulden, die Bezahlung von Einkaufsverpflichtungen und die Verpflichtungen aus Finanzierungsleasing. Die mangelnde Verfügbarkeit von Finanzierungsquellen kann sich u. a. aus der Nichteinhaltung von sog. finanziellen Covenants, die im Rahmen der Kreditverträge eingehalten werden müssen, ergeben. Sollten diese finanziellen Covenants nicht eingehalten werden, hat die finanzierende Bank das Recht, die jeweiligen Kredite außerordentlich zu kündigen und sofort fällig zu stellen. Unter den derzeit laufenden langfristigen Kreditverträgen darf *aap* beispielsweise ein gewisses Mindestrating nach „Moody’s“ nicht unterschreiten beziehungsweise muss bestimmte Höchst-/Mindestgrenzen hinsichtlich der Eigenmittelquote, dem Verschuldungsgrad oder der Fremdkapitallast einhalten. *aap* beurteilt das Risiko der Nichteinhaltung der finanziellen Covenants, das aus der retrograden Ermittlung der jeweiligen finanzierenden Bank resultieren könnte, als gering. Daneben pflegt *aap* eine sehr transparente und offene Kommunikationspolitik mit den sie finanzierenden Banken, um frühzeitig mögliches Gefahrenpotenzial zu identifizieren und risikoadäquate Lösungen gemeinsam zu erarbeiten.

Daneben begrenzt der Konzern dieses Risiko durch ein effektives und zentrales Cash-Management und die Vereinbarung von ausreichenden Kreditlinien. Dem *aap*-Konzern stehen bis auf weiteres Kreditlinien für die deutschen Gesellschaften in Höhe von 4,5 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €) sowie für die niederländischen Gesellschaften in Höhe von 1,3 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €) zur Verfügung. Der *aap*-Gruppe standen zum 31.12.2012 vertraglich zugesicherte Kreditlinien in Höhe von 5,8 Mio. € zur Verfügung, von denen zum Bilanzstichtag 4,5 Mio. € in Anspruch genommen wurden. Zum 31.12.2012 verfügte *aap* über eine nutzbare Liquidität (Summe aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten sowie freiverfügbaren Kreditlinien) in Höhe von 4,9 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €).

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Brutto-Inanspruchnahme Kreditlinien	-4,5	-4,4
Guthaben unter Kreditlinien	3,3	1,9
Netto-Inanspruchnahme Kreditlinien	-1,2	-2,5

Die vertraglich fixierten Zahlungen, wie Tilgungen und Zinsen, aus bilanzierten, finanziellen Verbindlichkeiten sind nachfolgend dargestellt:

Tilgungs-/Zinszahlungen für finanzielle Verbindlichkeiten	Buchwert 31.12.2012	Tilgungszahlungen			Zinszahlungen		
		2013	2014 bis 2017	ab 2018	2013	2014 bis 2017	ab 2018
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Finanzverbindlichkeiten Finanzschulden gegenüber Gesellschaftern	6.516	4.497	2.019	0	157	136	0
Finanzierungsleasing- verbindlichkeiten	1.057	1.057	0	0	74	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	499	130	369	0	16	41	0
Gesamt	1.612	1.612	0	0	0	0	0
Gesamt	9.684	7.296	2.388	0	247	177	0

Tilgungs-/Zinszahlungen für finanzielle Verbindlichkeiten	Buchwert 31.12.2011	Tilgungszahlungen				Zinszahlungen		
		2012	2013 bis 2016	ab 2017	2012	2013 bis 2016	ab 2017	
								T€
Finanzverbindlichkeiten	5.553	5.479	74	0	117	56	0	
Finanzschulden gegenüber								
Gesellschaftern	3.522	3.522	0	0	270	0	0	
Finanzierungsleasing- verbindlichkeiten	226	76	150	0	10	19	0	
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1.550	1.550	0	0	1	0	0	
Gesamt	10.851	10.627	224	0	398	75	0	

Kreditrisiken

Unter Kreditrisiko wird das Risiko des Zahlungsausfalls eines Kunden oder Vertragspartners verstanden, welches dazu führt, dass in der Konzern-Bilanz ausgewiesene Vermögenswerte, Finanzanlagen oder Forderungen einer Wertberichtigung unterzogen werden müssen. Demnach ist das Risiko auf den Buchwert dieser Vermögenswerte beschränkt.

Kreditrisiken resultieren im Wesentlichen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Kreditrisiken gegenüber Vertragspartnern werden vor Vertragsabschluss geprüft und laufend überwacht. Kreditrisiken verbleiben, da Kunden möglicherweise ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Der *aap*-Konzern begrenzt dieses Risiko durch eine regelmäßige Bonitätseinschätzung der Kunden und ein effizientes Forderungsmanagement. Darüber hinaus sind die Forderungen durch Eigentumsvorbehalte besichert, so dass bei nicht erfolgter Zahlung die Produkte zurückgefordert werden können und nach Prüfung und Aufarbeitung auch an andere Kunden der *aap* veräußert werden können. Die Ausfälle von Finanzforderungen betragen im Berichtsjahr 19 T€ (Vorjahr: 42 T€).

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die zum 31. Dezember 2012 nicht wertberichtet waren, lagen keine Anhaltspunkte für Zahlungsausfälle vor.

(38) Kapitalmanagement

aap steuert sein Kapital mit dem Ziel, die langfristige Entwicklung des Unternehmens, seine kurzfristige Zahlungsfähigkeit und einen ausreichend hohen Selbstfinanzierungsgrad sicherzustellen. Dabei wird sichergestellt, dass alle Konzernunternehmen unter der Unternehmensfortführungsprämisse operieren können. Daneben ist es Ziel des Kapitalmanagements der *aap* sicherzustellen, dass zur Unterstützung ihrer Geschäftstätigkeit u. a. ein den Kreditverträgen entsprechendes Bonitätsrating und eine gute Eigenkapitalquote aufrechterhalten wird. Der Konzern steuert seine Kapitalstruktur und nimmt Anpassungen unter Berücksichtigung des Wandels der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor. *aap* überwacht ihr Kapital mithilfe des Schulden- und Zinsdeckungsgrads sowie des Nettoverschuldungsgrads. Dabei erachtet der Vorstand der *aap* einen Schuldendeckungsgrad kleiner als 2,0 und einen Zinsdeckungsgrad größer 10 als strategisch zu erreichende Zielgrößen.

Schulden-/Zinsdeckungsgrad

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Zinstragende Verbindlichkeiten Brutto	7.978	9.055
Guthaben unter Kreditlinien	-3.328	-1.922
Zinstragende Verbindlichkeiten Netto	4.650	7.133

Operatives EBITDA	6.122	4.126
Schuldendeckungsgrad	0,8	1,7
	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Zinsaufwendungen	-520	-605
Operatives EBITDA	6.122	4.126
Zinsdeckungsgrad	11,8	6,8

Nettoverschuldungsgrad

Der Nettoverschuldungsgrad der aap-Gruppe zum Jahresende stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Zinstragende Verbindlichkeiten	7.978	9.055
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	<u>-3.698</u>	<u>- 2.152</u>
Nettoschulden	4.280	6.903
Eigenkapital	50.866	48.350
Nettoschulden zu Eigenkapital (Quote)	8 %	14 %

(39) Kapitalflussrechnung

Im Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sind u. a. enthalten:

<u>Zinseinnahmen</u>	0 T€ (Vorjahr: 0 T€)
<u>Zinsausgaben</u>	185 T€ (Vorjahr: 307 T€)

Die gezahlten Ertragsteuern belaufen sich auf 9 T€ (Vorjahr: 100 T€); es wurden keine Ertragsteuern erstattet (Vorjahr: 4 T€).

J. Sonstige Angaben

(40) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen werden nach Personengruppen dargestellt.

In der Berichtsperiode wurden folgende Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt:

2012	<u>Nahestehende Unternehmen</u>	<u>Sonstige nahestehende</u>
		<u>Personen</u>
	T€	T€
Verkäufe von Gütern	0	0
bezogene Dienstleistungen	0	-285
Finanzierungen		

- Darlehensaufnahmen	0	0
- Darlehenstilgungen	-2.753	0
- Zinsaufwand	-288	0
- Zinssatz	6 %-9 %	0 %

2011	<u>Nahestehende Unternehmen</u>	<u>Sonstige nahestehende</u>
		<u>Personen</u>
	T€	T€
Verkäufe von Gütern	36	0
bezogene Dienstleistungen	0	-56
Finanzierungen		
- Darlehensaufnahmen	0	0
- Darlehenstilgungen	0	0
- Zinsaufwand	-278	0
- Zinssatz	6 % - 9 %	0 %

Alle Transaktionen erfolgen zu marktüblichen Konditionen und unterscheiden sich grundsätzlich nicht von Liefer- und Leistungsbeziehungen mit fremden Dritten.

Die Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen haben zu folgenden Abschlussposten geführt:

2012	<u>Nahestehende Unternehmen</u>	<u>Sonstige nahestehende</u>
		<u>Personen</u>
	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	27
Verbindlichkeiten Darlehen	1.057	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	150

2011	<u>Nahestehende Unternehmen</u>	<u>Sonstige nahestehende</u>
		<u>Personen</u>
	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12	0
Verbindlichkeiten Darlehen	3.522	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	14

(41) Geschäftsführungsorgan, Aufsichtsrat

Vorstandsmitglieder der Gesellschaft waren im Berichtsjahr

Herr Biense Visser, **Chief Executive Officer**, Utrecht, Niederlande

Herr Bruke Seyoum Alemu, **Chief Operating Officer**, Berlin

Herr Marek Hahn, **Chief Financial Officer**, Berlin

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen 864 T€ (Vorjahr: 809 T€). Die Grundzüge des Vergütungssystems von Vorstand und Aufsichtsrat sind im Vergütungsbericht dargestellt. Dieser ist Bestandteil des Lageberichts.

Vergütungskomponenten in T€

	erfolgsunabhängig	erfolgsbezogen	mit langfristiger Anreizwirkung	Gesamt	Gesamt (2011)
Biense Visser	213	95	38	346	265
Bruke Seyoum Alemu	305	95	31	431	344
Marek Hahn	<u>191</u>	<u>60</u>	<u>18</u>	<u>269</u>	<u>200</u>
	<u>709</u>	<u>250</u>	<u>87</u>	<u>1.046</u>	<u>809</u>

Die Gesellschaft hat für die Geschäftsführung eine D & O-Versicherung abgeschlossen. Die Beiträge des Jahres 2012 betragen 27 T€ (Vorjahr: 27 T€).

Von den Mitgliedern des Vorstands hat nur Herr Visser Aufsichtsratsmandate inne. Er nimmt folgende Mandate wahr:

Biense Visser	Mediq N.V. (bis 07.06.2012)
	HZPC Holland B.V.
	Kreatech Biotechnology B.V.
	Actavis Group hf. (bis 30.11.2012)

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören im Berichtsjahr an:

Herr Rubino Di Girolamo (Vorsitzender),
Delegierter des Verwaltungsrates, Oberägeri bei Zug, Schweiz

Herr Ronald Meersschaert (stellvertretender Vorsitzender),
Private Equity Investor, Arnhem, Niederlande

Herr Prof. Prof. h.c. Dr. Dr. Dr. h.c. Reinhard Schnettler,
Klinikdirektor, Gießen

Die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erfolgte für die volle satzungsmäßige Amtszeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2012 beschließt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats betrug im Geschäftsjahr insgesamt 75 T€ (Vorjahr: 85 T€). Diese setzt sich wie folgt zusammen:

	2012 T€	2011 T€
Herr Rubino Di Girolamo	25	30
Herr Ronald Meersschaert	25	25
Herr Prof. Prof. h.c. Dr. Dr. Dr. h.c. Reinhard Schnettler	25	30
Gesamt	75	85

Im Berichtsjahr erfolgten Auszahlungen in Höhe von 153 T€ (Vorjahr: 20 T€). Davon entfallen 42 T€ auf Auszahlungen an frühere Aufsichtsräte.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind neben ihrer Tätigkeit für die *aap* Implantate AG Mitglied in folgenden weiteren Kontrollgremien:

Herr Rubino Di Girolamo	Deepblue Holding AG, Zug (Schweiz), Verwaltungsratspräsident Metalor Dental Holding AG, Zug (Schweiz), Verwaltungsrat
Herr Ronald Meersschaert	Toeca International Company B.V., Arnhem (Niederlande), Verwaltungsrat Voice Cash Holding B.V., Arnhem (Niederlande), Verwaltungsrat Novum Bank Ltd., Malta, Verwaltungsrat
Herr Prof. Prof. h.c. Dr. Dr. Dr. h.c. Reinhard Schnettler	Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH, Bad Soden/Frankfurt

Der Anteilsbesitz der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands stellt sich wie folgt dar:

	Aktien		Optionen	
	2012	2011	2012	2011
<u>Aufsichtsrat</u>				
Rubino Di Girolamo	1.626.157	1.622.357	0	0
Ronald Meersschaert	0	0	0	0
Prof. Prof. h.c. Dr. Dr. Dr. h.c. Reinhard Schnettler	197.094	182.094	0	0
<u>Vorstand</u>				
Biense Visser	390.000	370.000	400.000	400.000
Bruke Seyoum Alemu	70.000	70.000	350.000	350.000
Marek Hahn	20.000	13.422	175.000	180.000

Die beizulegenden Zeitwerte der Optionen im Zeitpunkt der Gewährung liegen zwischen 0,87 € und 0,39 €.

(42) Angaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG werden nachfolgend von *aap*, die der *aap* zugegangenen Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 1a des WpHG mit der letzten, jeweilig gemeldeten Beteiligungsstufe wiedergegeben. Zu diesen Mitteilungen sind Personen verpflichtet, deren Stimmrechte an der *aap* Implantate AG durch Erwerb, Veräußerung oder sonstiger Weise direkt oder indirekt 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % oder 75 % erreichen oder über- oder unterschreiten.

2011:

Die Elocin B.V., Arnhem, Niederlande hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 18.05.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der *aap* Implantate AG, Berlin, Deutschland, ISIN: DE0005066609, WKN: 506660 am 16.05.2011 die Schwelle von 15 % und 20 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 20,89 % (das entspricht 6.405.722 Stimmrechten) betragen hat.

Die Boekhoorn M & A B.V., Arnhem, Niederlande hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 26.05.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der *aap* Implantate AG, Berlin, Deutschland, ISIN: DE0005066609, WKN: 506660 am 16.05.2011 die Schwelle von 15 % und 20 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 20,89 % (das entspricht 6.405.722 Stimmrechten) betragen hat. 20,89 % der Stimmrechte (das entspricht 6.405.722 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der Elocin B.V. zuzurechnen.

Die Ramphastos Investments N.V., Arnhem, Niederlande hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 26.05.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der *aap* Implantate AG, Berlin, Deutschland, ISIN: DE0005066609, WKN: 506660 am 16.05.2011 die Schwelle von 15 % und 20 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 20,89 % (das entspricht 6.405.722 Stimmrechten) betragen hat. 20,89 % der Stimmrechte (das entspricht 6.405.722 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der Elocin B. V. über die Boekhoorn M & A B.V. zuzurechnen.

Herr Marcel Martinus Jacobus Johannes Boekhoorn, Niederlande hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 26.05.2011 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der *aap* Implantate AG, Berlin, Deutschland, ISIN: DE0005066609, WKN: 506660 am 16.05.2011 die Schwelle von 15 % und 20 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 20,89 % (das entspricht 6.405.722 Stimmrechten) betragen hat. 20,89 % der Stimmrechte (das entspricht 6.405.722 Stimmrechten) sind Herrn Boekhoorn gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der Elocin B.V. über die Ramphastos Investments N.V. und die Boekhoorn M & A B.V. zuzurechnen.

2010:

Herr Jan Albert de Vries, Niederlande hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 19.10.2010 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der *aap* Implantate AG, Berlin, Deutschland, ISIN: DE0005066609, WKN: 506660 am 15.10.2010 die Schwelle von 20 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 19,60 % (das entspricht 5.465.924 Stimmrechten) betragen hat. 19,60 % der Stimmrechte (das entspricht 5.465.924 Stimmrechten) sind Herrn de Vries gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 1 WpHG von der Noes Beheer B.V. zuzurechnen.

Die Noes Beheer B.V., Nijmegen, Niederlande hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 19.10.2010 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der *aap* Implantate AG, Berlin, Deutschland, ISIN: DE0005066609, WKN: 506660 am 15.10.2010 die Schwelle von 20 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 19,60 % (das entspricht 5.465.924 Stimmrechten) betragen hat.

2009:

Herr Jürgen W. Krebs, Schweiz, hat am 13. Januar 2009 die Schwellen von 30, 25, 20 und 15 % unterschritten. Herr Krebs hielt am 13. Januar 2009 3.287.200 Aktien (12,35 %), wovon ihm 346.000 Aktien (1,30 %) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG über die Merval AG zugerechnet werden.

Die Merval AG, Zug, Schweiz, hat am 13. Januar 2009 die Schwelle von 30, 25, 20, 15, 10, 5 und 3 % unterschritten. Die Merval AG hielt am 13. Januar 2009 346.000 Aktien (1,30 %).

Herr Rubino di Girolamo, Schweiz, hat am 13. Januar 2009 die Schwellen von 30, 25, 20, 15 und 10 % unterschritten. Herr di Girolamo hielt am 13. Januar 2009 1.530.000 Aktien (5,75 %), wovon ihm 1.530.000 Aktien (5,75 %) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG über die Deepblue Holding AG zugerechnet werden.

Die Deepblue Holding AG, Zug, Schweiz, hat am 13. Januar 2009 die Schwellen von 30, 25, 20, 15 und 10 % unterschritten. Die Deepblue Holding AG hielt am 13. Januar 2009 1.530.000 Aktien (5,75 %).

2008:

Die DZ Bank AG, Frankfurt am Main, Deutschland hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 09.09.2008 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der *aap* Implantate AG, Berlin, Deutschland, ISIN: DE0005066609, WKN: 506660 am 05.09.2008 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,8 % (das entspricht 1.267.357 Stimmrechten) betragen hat.

(43) Honorar des Abschlussprüfers

Die im Geschäftsjahr als Aufwand erfassten Honorare für den Abschlussprüfer betragen:

a) für die Abschlussprüfung (Einzel- und Konzernabschluss) 115 T€ (Vorjahr: 115 T€)

b) sonstige Leistungen 26 T€ (Vorjahr: 23 T€)

(44) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Das Tochterunternehmen EMCM B.V. hat mit Datum vom 20.03.2013 einen exklusiven Lizenzvertrag mit der amerikanischen BiosCompass, Inc. (Rochester, Minnesota) unterzeichnet. EMCM vergibt eine exklusive Lizenz an dem geistigen Eigentum (IP) des zuvor als nicht zum Fokusbereich der *aap*-Gruppe gehörenden Produkts Adcon® und bleibt weiterhin Hersteller des Produkts. Die exklusive Lizenz bezieht sich auf sämtliches IP (z.B. Patente, Markennamen, Designrechte, Herstellungs-Know-How u. ä.) und gilt weltweit. *aap* fließt im Zuge des Abschlusses dieser Vereinbarung eine einmalige Lizenzgebühr von 1,7 Mio. € zu. Die Transaktion wurde zu Buchwerten ausgeführt und hat daher keinen Effekt auf das Jahresergebnis.

Ein Tochterunternehmen hat im zweiten Quartal 2012 eine Vereinbarung mit einem weltweit tätigen MedTech-Unternehmen über die Entwicklung eines Biomaterials unterschrieben. Die Wirksamkeit des Vertrags steht noch unter der aufschiebenden Bedingung der Erreichung bestimmter Prüfungsergebnisse. Bis zur Veröffentlichung des Jahresabschlusses wurden diese Ergebnisse noch nicht erreicht.

(45) Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Die *aap* Implantate AG hat die gemäß § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zur Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben und den Aktionären auf unserer Website (www.aap.de/de/Investor/Corporate_Governance/index_html) zugänglich gemacht.

(46) Veröffentlichung

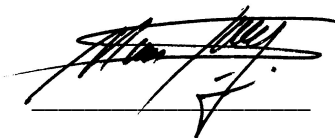
Der vorliegende Konzernabschluss zum 31.12.2012 wurde am 28. März 2013 durch den Vorstand der Gesellschaft zur Veröffentlichung freigegeben.

Berlin, 28. März 2013

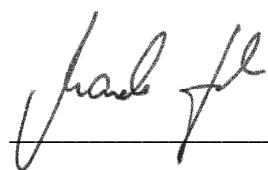
Der Vorstand



Biense Visser
Vorstandsvorsitzender/CEO



Bruke Seyoum Alemu
Mitglied des Vorstands/COO



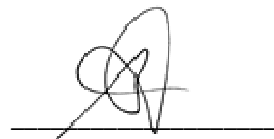
Marek Hahn
Mitglied des Vorstands/CFO

Versicherung der gesetzlichen Vertreter (gemäß § 37y Nr. 1 WpHG)

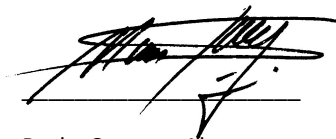
Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, 28. März 2013

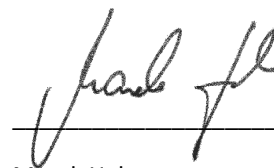
Der Vorstand



Biense Visser
Vorstandsvorsitzender/CEO



Bruke Seyoum Alemu
Mitglied des Vorstands/COO



Marek Hahn
Mitglied des Vorstands/CFO

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der *aap* Implantate AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1.1.2012 bis 31.12.2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der *aap* Implantate AG. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, 28.03.2013

RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Helmut Schuhmann
Wirtschaftsprüfer

Ralf Bierent
Wirtschaftsprüfer

Glossar

A

Adhäsion	das Aneinanderhaften, Verwachsen oder Verkleben von Gewebe und Organen
Allograft	Knochenersatzmaterial oder Gewebe humanen Ursprungs, bei welchem der Spender und der Empfänger keine identische Person sind.
Assoziiertes Unternehmen	Unternehmen, auf das der Anteilseigner einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Gemeinschaftsunternehmen des beteiligten Unternehmens darstellt. Die Unternehmen sind nach der Equity-Methode zu bilanzieren (siehe Equity-Methode).

B

Biomaterialien	Als Biomaterial oder zum Teil als Implantatmaterial werden allgemein synthetische oder natürliche nichtlebende Materialien oder Werkstoffe bezeichnet, die in der Medizin für therapeutische oder diagnostische Zwecke eingesetzt werden und dabei in unmittelbarem Kontakt mit biologischem Gewebe des Körpers kommen. Im engeren Sinne bezeichnet der Begriff Materialien, die als Implantate längerfristig im Körperinneren verbleiben.
BRICS	„BRICS“ steht für die Anfangsbuchstaben der fünf Wachstumstaaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

C

Cash-Flow	Zahlungswirksamer Saldo aus Mittelzu- und -abflüssen; Kennzahl zur Beurteilung der Eigenfinanzierungskraft.
Compliance	Einhaltung von Gesetzen sowie von externen und internen Richtlinien bzw. Verhaltenskodizes.
Corporate Governance Kodex	Zusammenfassung gesetzlicher Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften; enthält international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

D

Derivate/Derivative Finanzinstrumente	Finanzinstrumente, deren Wert sich von einem zugrunde liegenden Vermögenswert oder Index ableitet und in der Zukunft beglichen wird, wobei anfänglich nur eine vergleichsweise geringfügige oder keine Investition erforderlich ist.
---------------------------------------	--

E

EBIT	Earnings before interest and taxes: Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern.
EBITDA	Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization: Zum Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) werden Abschreibungen und Wertberichtigungen hinzuaddiert.
Eigenkapitalquote	Kennzahl, die das Eigen- und Gesamtkapital ins Verhältnis setzt.

	Sie dient zur Beurteilung der finanziellen Stabilität und Unabhängigkeit eines Unternehmens.
Endoprothesen	Bei Endoprothesen handelt es sich um Implantate, welche dauerhaft im Körper verbleiben. Heutzutage stehen auch Endoprothesen für alle Gelenke zur Verfügung (Knie, Schulter, Sprunggelenk, Ellenbogengelenk und Fingergelenk), wobei chronische, schmerzhaft, zunehmend funktionsbehindernde Gelenkveränderungen (Arthrose) eine häufige Indikation darstellen.
Ergebnis je Aktie	Das Ergebnis je Aktie ergibt sich aus der Division des Konzernergebnisses durch die gewichtete durchschnittliche Anzahl der Aktien. Die Berechnung erfolgt nach IAS 33.
Equity-Bilanzierung	Verfahren zur Berücksichtigung von Beteiligungsgesellschaften, die nicht auf Basis der Vollkonsolidierung mit allen Aktiva und Passiva in den Konzernabschluss einbezogen werden. Hierbei wird der Beteiligungsbuchwert um die Entwicklung des anteiligen Eigenkapitals der Beteiligung fortgeschrieben. Diese Veränderung geht in die Gewinn- und Verlustrechnung der Eigentümergesellschaft ein.
F	
Fair Value	Siehe Zeitwert.
Freshness Index	Maß für die Innovationskraft des Unternehmens. Anteil von Produkten am Gesamtumsatz, deren Zulassung in den letzten drei Jahren erfolgt ist.
Free Cash-Flow	Kennzahl zur Ermittlung der operativen Zahlungsmittelgenerierung. <i>aap</i> definiert den Free Cash-Flow als Zahlungsmittelzufluss/-abfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit, abzgl. Zahlungsmittelabfluss für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen.
FuE/F&E	Abkürzung für "Forschung und Entwicklung"
G	
Gemeinschaftsunternehmen	Vertragliche Vereinbarung, in der zwei oder mehr Partner eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt (englisch: Joint Venture).
Gezeichnetes Kapital	Bestandteil des bilanziellen Eigenkapitals, der den Betrag umfasst, auf den die Haftung der Gesellschafter beschränkt ist (bei der Aktiengesellschaft auch als Grundkapital bezeichnet).
Goodwill	Geschäfts- und Firmenwert. Positiver Unterschied zwischen den Anschaffungskosten eines erworbenen Unternehmens und dem Wert seines Nettovermögens.
H	
HGB	Abkürzung für "Handelsgesetzbuch".
I	
IFRS	Abkürzung für "International Financial Reporting Standards", vormals "International Accounting Standards" (IAS).
Impairment Tests	Siehe Wertminderungstests.

Implantat	Ein Implantat ist ein im Körper eingepflanztes künstliches Material, welches permanent oder zumindest für einen längeren Zeitraum dort verbleiben soll.
IP	IP (Intellectual Property) englisch für geistiges Eigentum
K	
Kaufpreisallokation	Durch die Kaufpreisallokation werden die Anschaffungskosten (Kaufpreis) eines Unternehmens auf die damit erworbenen materiellen und immateriellen Vermögenswerte und Schulden verteilt.
Kapitalkostensatz (WACC)	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten (englisch: Weighted Average Cost of Capital, WACC). Mindestrendite, die Kapitalgeber zur Finanzierung ihrer Vermögenswerte von einem Unternehmen erwartet.
Kollagen	Kollagen ist ein bei Menschen und Tieren vorkommendes Strukturprotein des Bindegewebes. Es ist der organische Bestandteil von Knochen und Zähnen und der wesentliche Bestandteil von Knorpel, Sehnen, Bändern und Haut. Kollagenfasern besitzen eine enorme Zugfestigkeit und sind nicht dehnbar.
L	
Latente Steuern	Aktiv- und/oder Passivpositionen zum Ausgleich des Unterschieds zwischen der tatsächlich veranlagten Steuerschuld und der nach handelsrechtlicher Bilanzierung ermittelten wirtschaftlichen Steuerbelastung.
Lavage-System	Hochdruck-Spülsystem zur Vorbereitung von Implantatlager bei Gelenkersatzoperationen
Leasing	Vereinbarung, bei der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen Entgelt das Recht auf Nutzung eines Vermögenswerts für einen vereinbarten Zeitraum überträgt.
Leistungsorientierte Pläne	Pläne für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, die nicht unter die Definition der betragsorientierten Pläne fallen (englisch: Defined Benefit Plan).
Leverage Factor	Siehe Verschuldungsfaktor.
M	
Minimalinvasiv	Möglichst schonend, wenig belastend, d. h. operative Eingriffe mit kleinstem Trauma (mit kleinster Verletzung von Haut und Weichteilen).
N	
Nanopartikel	Nanopartikel oder auch Nanoteilchen bezeichnen einen Verbund von wenigen 91 bis einigen tausend Atomen oder Molekülen. Der Name entspringt ihrer Größe, die typischerweise bei einigen Nanometern (einem Milliardenstel Meter) liegt.
Net Working Capital	Siehe Nettoumlaufvermögen.
Nettoumlaufvermögen	Saldo zwischen kurzfristigen Vermögenswerten und kurzfristigen Verbindlichkeiten (englisch: Net Working Capital).
Nicht fortgeführte Aktivitäten	Unternehmensbestandteile, die veräußert wurden oder als "zur

Veräußerung gehalten" klassifiziert sind und einen gesonderten, wesentlichen Geschäftszweig oder geografischen Geschäftsbereich darstellen; oder ein Teil eines einzelnen abgestimmten Plans zur Veräußerung eines bestimmten Geschäftszweigs oder Geschäftsbereichs; oder ein Tochterunternehmen, das ausschließlich mit der Absicht einer Weiterveräußerung erworben wurde.

O

OEM	Abkürzung für Original Equipment Manufacturer, einen Hersteller fertiger Produkte, der diese in seinen eigenen Fabriken produziert, sie aber nicht selbst in den Handel bringt.
Operating working capital	Summe aus Vorratsvermögen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
Orthopädie	Die Orthopädie (vom griechischen „aufrecht“ und „erziehen“) befasst sich mit der Entstehung, Verhütung, Erkennung und Behandlung angeborener oder erworbener Form- oder Funktionsfehler des Stütz- und Bewegungsapparat, also der Knochen, Gelenke, Muskeln und Sehnen, sowie mit der Rehabilitation des Patienten.
Osteosynthese	Die Osteosynthese ist die operative Versorgung von Knochenbrüchen und anderen Knochenverletzungen mit Implantaten zumeist aus Metall. Ziel ist dabei die Fixierung der zueinander gehörigen Fragmente in einer möglichst normalen Stellung möglichst unter mildem Druck.

P

Polymere	Chemische Verbindung, die aus mehreren Molekülen besteht, welche ebenfalls aus mehreren gleichartigen Einheiten (sogenannten Monomeren) bestehen.
----------	---

R

Resorbierbar	Die Eigenschaft eines Stoffes von biologischen Systemen aufgenommen und vollständig abgebaut zu werden.
Retrograd	Rückläufig gegenläufig, zeitlich zurückliegend
Reversibel	umkehrbar
Risikomanagement	Systematische Vorgehensweise, potenzielle Chancen und Risiken zu identifizieren, zu bewerten und Strategien zur Reaktion auf diese Chancen und Risiken auszuwählen und umzusetzen.

S

Segment	Berichtspflichtige Einheit.
Sensitivitätsanalyse	Analyse der Wirkung möglicher Veränderungen von Annahmen; beispielsweise wird ermittelt, wie sich der periodenbezogene Nettopensionsaufwand infolge sinkender oder steigender Abzinsungsfaktoren verändert.
SMIT	„SMIT“ steht für die Anfangsbuchstaben der vier Wachstumsregionen: Südkorea, Mexiko, Indonesien und Türkei.
Spine	englisch für Wirbelsäule

T

Trauma bzw. Traumatologie	Als Trauma bezeichnet man in der Medizin eine Schädigung, Verletzung oder Wunde, die durch Gewalt von außen entsteht. Die Traumatologie (griechischen Wundenkunde) ist also die Wissenschaft von den Verletzungen und Wunden sowie deren Entstehung und Therapie. Sie setzt sich in Form der Unfallchirurgie als Zusatzbezeichnung der Chirurgen und in einigen Staaten auch als Zweig der Orthopädie mit der Versorgung unfallverletzter Patienten auseinander.
TÜV, DEKRA	TÜV (Technischer Überwachungs-Verein), Dekra (Deutscher Kraftfahrzeugüberwachungs-Verein) sind Vereine, die technische Sicherheitskontrollen durchführen, insbesondere auch solche, die durch staatliche Gesetze oder Anordnungen vorgeschrieben sind.

V

Verschuldungsfaktor	Kennzahl, die das Verhältnis der Nettoschulden zum EBITDA angibt.
Verwässertes Ergebnis je Aktie	Eine Verwässerung ist eine Reduzierung des Ergebnisses je Aktie bzw. eine Erhöhung des Verlusts je Aktie aufgrund der Annahme, dass bei wandelbaren Instrumenten eine Wandlung stattfindet, dass Optionen oder Optionsscheine ausgeübt oder dass Stammaktien unter bestimmten Voraussetzungen emittiert werden.
Vollkonsolidierung	Verfahren zur Einbeziehung von Tochterunternehmen in den Konzernabschluss, wenn das Mutterunternehmen diese beherrscht (durch Mehrheit der Stimmrechte oder anderen Beherrschungsgrund).

W

Wertminderungstests	Überprüfung der Werthaltigkeit von Vermögenspositionen. Der Buchwert wird mit dem erzielbaren Wert verglichen. Soweit der Buchwert oberhalb des erzielbaren Werts liegt, wird die Differenz als Wertminderung ergebniswirksam erfasst. (Englisch: Impairment Test)
Winkelstabil	Als winkelstabil bezeichnet man generell die feste und bewegungsfreie Verbindung zwischen den Kontaktflächen zweier Teile.

Z

Zahlungsmittelzufluss/ Zahlungsmittelabfluss	Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln (Barmittel und Sichteinlagen) und Zahlungsmitteläquivalenten (kurzfristig hochliquide Finanzinvestitionen). Die Zahlungsmittelflüsse werden in der Konzern-Kapitalflussrechnung dargestellt.
Zeitwert	Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.